

# **Russlanddeutsche im Rhein-Main-Gebiet 1990 - 2015**

## **Wahrnehmungen anhand der Mainzer Allgemeinen Zeitung und der Mainzer Rhein- Zeitung**

Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Arts

vorgelegt dem Fachbereich 07 – Geschichts- und Kulturwissenschaften

der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

**Sophia Sonja Guthier**

geboren am 12. Dezember 1991 in Karlsruhe

2017

Gutachter: Professor Dr. Jan Kusber

Zweitgutachter: Professor Dr. Hans-Christian Maner

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Willkommenskultur in der Bundesrepublik Deutschland? .....</b>	<b>1</b>
1.1 Identität, Integration und Wahrnehmung - Annäherungen .....	3
1.2 Methodische Zugänge und Forschungsstand .....	7
1.3 Quellenanalyse .....	10
1.4 Vorgehensweise .....	13
<b>2. „Russlanddeutsch“ – ein Begriff mit Konstruktcharakter?.....</b>	<b>14</b>
2.1 Geschichte der Russlanddeutschen .....	14
2.2 Identität und Selbstwahrnehmung der Russlanddeutschen.....	21
2.3 Verteilung der Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion und Gründe für die Ausreise.....	24
2.4 Rechtlicher Status in der Bundesrepublik Deutschland.....	26
2.5 Anzahl der Zuzüge von 1990 bis 2015 in die Bundesrepublik Deutschland .....	27
<b>3. Russlanddeutsche in Rheinland-Pfalz und Hessen.....</b>	<b>28</b>
3.1 Ausgangslage bei der Integration.....	28
3.2 Integrationsstrategien .....	29
3.2.1 Aufnahme der Russlanddeutschen .....	30
3.2.2 Übergangswohnheime: Wie wurden Russlanddeutsche in Rheinland-Pfalz und Hessen untergebracht? .....	35
3.2.3 Sprach- und Integrationskurse .....	37
3.2.4 Integrationsprojekte und geförderte Vereine im Rhein-Main- Gebiet.....	41
3.2.5 Förderung der politischen Teilhabe in Rheinland-Pfalz und Hessen .....	48
3.3 Zwischenfazit .....	50
<b>4. Wahrnehmung in der Mainzer Rhein-Zeitung und Mainzer     Allgemeine Zeitung.....</b>	<b>53</b>
4.1 Willkommenskultur in den Medien?.....	53
4.2 Vorgehen bei der Quellenauswertung .....	56
4.3 Trennschärfe bei dem Begriff „Russlanddeutsche“ .....	61
4.4 Anzahl der Zuzüge der Russlanddeutschen.....	63

4.5	Herausforderungen der Russlanddeutschen in den Herkunftsländern und in der Bundesrepublik Deutschland .....	66
4.6	Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik Deutschland.....	74
4.7	Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen.....	80
4.8	Sprach-, Integrationskurse und Integrationsprojekte.....	84
4.9	Drogenkonsum und Kriminalität.....	88
4.10	Zwischenfazit .....	93
<b>5.</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>97</b>
	<b>Quellen- und Literaturverzeichnis .....</b>	<b>105</b>
	Abkürzungen .....	105
	Quellenverzeichnis .....	105
	Literaturverzeichnis .....	119
	Onlineliteratur.....	119
	Literatur.....	121
	<b>Anhang.....</b>	<b>131</b>
	Darstellungsverzeichnis.....	131
	Eidesstattliche Erklärung .....	145

## **1. Willkommenskultur in der Bundesrepublik Deutschland?**

„Wenn ihr sowieso alle weg wollt [sic!], dann brauchen wir Euch auch nicht mehr Hilfe zu schicken... und soviel [sic!] Menschen können wir bei uns gar nicht aufnehmen.“<sup>1</sup>

Mit diesen Worten wandte sich der damalige Bundesbeauftragte für Spätaussiedler Horst Waffenschmidt im Jahr 1992 bei einem Besuch an die deutschen Einwohner eines kasachischen Dorfs nahe der Großstadt Karaganda.

Die von Waffenschmidt angesprochene Unterstützung für die in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion lebenden Russlanddeutschen beruhte auf dem sogenannten „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR“ vom 9. November 1990. Ziel der Hilfsmaßnahmen war es, die dort ansässigen Deutschen zum Verbleib an ihren aktuellen Wohnorten zu bewegen. Absatz 15 des Vertrags betonte dabei die Absicht, die Entfaltung der nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität der Deutschen in Russland zu fördern. Zunächst waren kulturelle und sprachliche Förderung vor allem in Russland und Kasachstan bedeutsam, ab 1991 aber auch wirtschaftliche Maßnahmen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ging der Großteil der finanziellen Mittel an die Russische Föderation. Es wurden mehrere Vereine für Deutsche im Ausland, später die „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ und die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ gegründet. Für den Bildungs- und Kulturbereich und die Kultur- und Spracharbeit traten das „Goethe-Institut“, der „Deutsche Akademische Austauschdienst“, und die „Zentralstelle für das Auslandsschulwesen“ ein. Darüber hinaus entstanden noch weitere Verbände und Organisationen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Zit. Horst Waffenschmidt, zitiert nach *Mainzer Allgemeine Zeitung*. 9. September 1992. S. 3.

<sup>2</sup> Vgl. Peter Hilkes: Die Rußlanddeutschen in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. In: Hans Rothe (Hg.): *Deutsche aus Russland*. Köln 1996 (=Studien zum Deutschtum im Osten, Bd. 27). S. 151-170. Hier: S. 163.

Die oben zitierte Aussage des Bundesbeauftragten für Spätaussiedler Waffenschmidt aus der Mainzer Allgemeinen Zeitung lässt darüber hinaus die These zu, dass die Russlanddeutschen in den 1990er Jahren mehr geduldet als herzlich empfangen wurden.

Doch wie wurden die Russlanddeutschen hierzulande wahrgenommen und lässt sich dabei ein Wandel feststellen? Dieser Forschungsfrage geht die Arbeit am Beispiel des Rhein-Main-Gebiets von 1990 bis 2015 nach. Dieser Zeitraum wurde ausgewählt, da durch den Zusammenbruch der Sowjetunion der Zuzug an Russlanddeutschen in den 1990er Jahren erheblich zunahm und damit an Aktualität gewann.

Das Rhein-Main-Gebiet ist eine der elf europäischen Metropolregionen in Deutschland, wo 2014 5.604.523 Menschen lebten. Damit ist es die am drittstärksten bewohnte Region Deutschlands.<sup>3</sup> Die Stadt Frankfurt, welche das Zentrum bildet, verfügt außerdem über eine große wirtschaftliche, internationale Bedeutung. Der Mikrozensus aus dem Jahr 2011 wählte bestimmte Großstädte aus und untersuchte dabei, wie viele (Spät-)Aussiedler in diesen lebten. So wohnten 24.000 (Spät-)Aussiedler in Frankfurt, was einen Bevölkerungsanteil von 3,5 Prozent darstellte. Offenbach am Main, Darmstadt und Wiesbaden hatten insgesamt 25.300, was einem Anteil von 4,7 Prozent entsprach. Damit lagen diese im Rhein-Main-Gebiet gelegenen Städte bundesweit im Mittelfeld.<sup>4</sup>

Die Begrifflichkeiten „Integration“, „Identität“ und „Wahrnehmung“ sind im Zusammenhang mit der Fragestellung von großer Bedeutung. Ihre genaue Definition ist daher unentbehrlich. Der bereits eingeführte Begriff der „Russlanddeutschen“ bedarf ebenfalls einer Präzisierung. Nachfolgend wird daher den weiteren Ausführungen zu Methodik und Quellenbasis zunächst ein ausführlicher definitorischer Teil vorangestellt.

---

<sup>3</sup> Vgl. Regionalverband Rhein-Main: Regionales Monitoring 2015. Daten und Fakten – Metropolregion FrankfurtRheinMain. Frankfurt am Main 2015. S. 8.

<sup>4</sup> Vgl. Eva Bund (u.a.): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Nürnberg 2013. S. 102 f.

## 1.1 Identität, Integration und Wahrnehmung - Annäherungen

Der Begriff „Identität“ wird in der Geisteswissenschaft seit dem 20. und 21. Jahrhundert verwendet und nahm im Zuge der Globalisierung weiter an Bedeutung zu.<sup>5</sup> Dabei ist es notwendig, zu beachten, dass der Terminus „Identität“ vielmehr einen Konstruktionscharakter aufweist und dieser in der Forschung zunehmend durch „Zugehörigkeit“ ersetzt wird.<sup>6</sup>

Die Identität kann sich aus objektiven und subjektiven Elementen zusammensetzen. Die Gewichtung dieser einzelnen Identitätsbestandteile unterliegt der historischen, gesellschaftlichen und individuellen Perspektive. Im Gegensatz zur traditionellen Definition werden inzwischen subjektive Komponenten, also das Bekenntnis zur ethnischen Gruppe und die Wahrnehmung ethnischer Grenzen sowie die Veränderbarkeit der Bezugspunkte ethnischer Identität, stärker betont. Nach der Soziologin Barbara Dietz lässt sich die ethnische Zugehörigkeit und darauf aufbauend die ethnische Identität anhand folgender Kriterien definieren:

- 1) Die Vorstellung einer gemeinsamen Herkunft, gemeinsamer geschichtlicher Hintergrund,
- 2) Soziokulturelle Gemeinsamkeiten (Sprache, Religionszugehörigkeit, Verhaltensmuster, Brauchtum),
- 3) Bekenntnis zur gemeinsamen ethnischen Gruppe,
- 4) Fremdzuweisung, das heißt die ethnische Gruppe wird „von außen“ wahrgenommen.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Olga Kurilo: Die Lebenswelt der Russlanddeutschen in den Zeiten des Umbruchs (1917-1991). Ein Beitrag zur kulturellen Mobilität und zum Identitätswandel. Essen 2010. S. 287. Einschlägig ist ebenso die Studie von Gabriele Rosenthal. Vgl. Gabriele Rosenthal/ Viola Stephan, Niklas Radenbach: Brüchige Zugehörigkeiten. Wie sich Familien von „Russlanddeutschen“ ihre Geschichte erzählen. Frankfurt am Main 2011.

<sup>6</sup> Vgl. Anke Hilbrenner: Russlanddeutsche und andere Zugehörigkeiten: Der Begriff der „Identität“ zwischen Erinnerung und Geschichte. In: Victor Dönninghaus/ Jannis Panagiotidis/ Hans-Christian Petersen: Jenseits der „Volksgruppe“. Neue Perspektiven auf die Russlanddeutschen zwischen Russland, Deutschland und Amerika. Bd. 68. Berlin, Boston 2018. S. 29-40. Hier: S. 30.

<sup>7</sup> Vgl. Barbara Dietz: Zwischen Anpassung und Autonomie. Rußlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995. S. 38 f.

Die Ausprägung dieser Kriterien kann sich je nach ethnischer Gruppe unterscheiden. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe nimmt in verschiedenen sozialen Zusammenhängen und gesellschaftlichen Bereichen eine unterschiedliche Bedeutung ein und ist sowohl vom Zeitgeschehen als auch von der Gesellschaftsformation abhängig. Der individuelle Stellenwert ethnischer Identität für einzelne Individuen schwankt erheblich. Denn ethnische Gruppen lassen sich zwar nach außen abgrenzen, sind aber nicht homogen. Oft existieren innerhalb bestimmter, die ethnische Gruppe kennzeichnender Merkmale Unterschiede: Von Bedeutung sind hierbei insbesondere Sprache, Ausformungen kultureller Traditionen und das subjektive Zugehörigkeitsgefühl.<sup>8</sup>

Die Identität einer Gruppe setzt sich im Verständnis dieser Arbeit aus den angeführten vier Elementen zusammen: gemeinsame Herkunft sowie Geschichte, soziokulturelle Gemeinsamkeit, ein Bekenntnis zur gemeinsamen ethnischen Gruppe und Fremdzugehörigkeit. Jedoch kann sie innerhalb der Gruppen verschiedene Ausprägungen annehmen.

„Integration“ wurde oftmals in der Forschung der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie untersucht. Eine Definition ist jedoch schwierig.<sup>9</sup> Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde „Integration“ in den USA in der Soziologie erforscht. Dabei wurde die Frage gestellt, wie sich Einwanderer an die neuen Bedingungen in der neuen Gesellschaft anpassen würden. Nach den klassischen Integrationstheorien der Soziologie werden Migranten durch eine Angleichung an die ethnische Mehrheit in die Einwanderungsgesellschaften integriert. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Arbeiten von Robert E. Park, Ernest W. Burgess und

---

<sup>8</sup> Vgl. Ebd. S. 39 f.

<sup>9</sup> Vgl. Ebd. S. 114.

anderer Soziologen der sogenannten Chicago School.<sup>10</sup> Verschiedene neuere Assimilationstheorien bieten Alternativen bei der Definition der Integration. Eine von ihnen ist die „Neoassimilation“ der amerikanischen Soziologen Richard Alba und Victor Nee, welche in Anlehnung an die älteren Theorien einen neuen Ansatz formulieren. Dabei ist es das Ziel, die ethnischen Abgrenzungen zu reduzieren, also die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit in verschiedenen Lebensbereichen kontinuierlich zu mindern, bis sie völlig an Relevanz verliert. Assimilation ist dabei kein einseitiger Prozess, sondern beinhaltet Veränderung auch bei der Mehrheitsbevölkerung. Assimilation ist weder unausweichlich noch normativ erwünscht.<sup>11</sup>

Im deutschsprachigen Raum spielt der Ansatz von Hartmut Esser eine große Rolle.<sup>12</sup> Hartmut Esser ging von zwei Bedeutungen der Integration aus: der Systemintegration und der Sozialintegration. Die Systemintegration definiert den Zusammenhalt und das Funktionieren eines gesellschaftlichen Verbandes, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um einen ethnisch homogenen oder ethnisch heterogenen Verband handelt. Die Sozialintegration ist mit der Eingliederung individueller Gruppenmitglieder in die verschiedenen Bereiche der Aufnahmegesellschaft zu verbinden. Dies kann durch die Gewährung von Rechten, durch die Aufnahme interethnischer Kontakte oder mittels emotionaler Identifikation geschehen.<sup>13</sup> Integration geht von zwei Seiten aus, von der Aufnahmegesellschaft und von den Migranten.<sup>14</sup>

Eine Integration, so nach Esser, könne nur mittels Assimilation erreicht werden. Hierbei unterschied er in vier inhaltliche Dimensionen der

---

<sup>10</sup> Vgl. Silke Hans: Theorien der Integration von Migranten – Stand und Entwicklung. In: H[ans] U[rich] Brinkmann, M[artina] Sauer: Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden 2016. S. 23-50. Hier: S. 28.

<sup>11</sup> Vgl. Ebd. S. 35.

<sup>12</sup> Vgl. Ebd. S. 45 f.

<sup>13</sup> Vgl. Hartmut Esser: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt am Main. 2000. S. 286.

<sup>14</sup> Prägend für die Forschung war dabei die Unterscheidung der Sozialintegration in vier verschiedenen Typen. Mehr in: Vgl. Ebd. S. 286 f.

Assimilation – kulturell, strukturell, sozial und emotional. Die kulturelle Assimilation geht mit der Angleichung im Wissen, beispielsweise der Sprache einher. Die strukturelle Assimilation zeigt sich durch die Ausübung eines Berufs und gute Bildung. Die soziale Assimilation äußert sich durch Kontakte zu Gruppen der Aufnahmegesellschaft, Teilhabe an Vereinen und Partnerschaften, wie durch Heirat. Die emotionale Assimilation entspricht einer Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft.<sup>15</sup> Die Arbeit formiert sich zwischen den beiden Ansätzen Hartmut Essers, Richard Albas und Victor Nees.

In der vorliegenden Arbeit wird die Wahrnehmung der Russlanddeutschen im Rhein-Main-Gebiet von 1990 bis 2015 untersucht. Eine mögliche Definition zu dem Begriff „Wahrnehmung“ bietet Reinhard Brandt:

„Dinge und Sachverhalte lassen sich nur auf Grund sinnlicher Information erkennen, das heißt interpretierend erschließen. Dabei können wir uns im Einzelfall irren. In jede Erfahrung geht immer bewusst oder unbewusst eine Vielzahl von Wahrnehmungstätigkeiten ein. Hören, Sehen, Riechen etc. wirken mit ihren spezifischen Eigentümlichkeiten auf die jeweilige Erfahrung ein. Keine unserer Sinneserfahrungen ist aber isoliert tätig, sie ist immer integriert in die Erfahrung des ganzen Menschen.“<sup>16</sup>

Die Wahrnehmung divergiert also je nach Lebenserkenntnissen von Person zu Person. Der Begriff wurde gewählt, da er im Gegensatz zum Wort „Bild“ ergebnisoffen ist; während „Bild“ etwas Feststehendes, Geschlossenes darstellt, sind Veränderungen in der Wahrnehmung mit zunehmender Lebenserfahrung möglich. Das Ziel der Arbeit ist es, genau jene ergebnisoffene Betrachtungsweise zur Beleuchtung der Wahrnehmung Russlanddeutscher im Rhein-Main-Gebiet zu nutzen.

---

<sup>15</sup> Vgl. Ebd. S. 289.

<sup>16</sup> Zit. Reinhard Brandt: Bildererfahrungen – von der Wahrnehmung zum Bild. In: Hubert Burda, Christa Maar: Iconic Turn. Die neue Macht der Bilder. Köln 2004. S. 44-54. Hier: S. 45.

## 1.2 Methodische Zugänge und Forschungsstand

Diese landesgeschichtliche Arbeit ist methodisch innerhalb der Sozialgeschichte, Zeitgeschichte, dem „iconic“ sowie „linguistic turn“ und der historischen Stereotypenforschung anzusiedeln. Die Sozialgeschichte fordert Interdisziplinarität und stellt die Gesellschaft ins Zentrum des Interesses. Außerdem geht sie nicht von einer bestimmten Wahrheit aus.<sup>17</sup>

Die Verfasserin der Arbeit agiert interdisziplinär, indem sie die Wahrnehmung der Russlanddeutschen anhand von Zeitungsartikeln der Mainzer Allgemeinen Zeitung und Mainzer Rhein-Zeitung von 1990 bis 2015 mithilfe der Methoden der Empirischen Sozialforschung – der qualitativen Inhaltsanalyse – untersucht.

Nach dem Soziologen Philipp Mayring gibt es drei verschiedene Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung. Für diese Arbeit wurde die „Strukturierung“ gewählt, welche die „zentralste inhaltsanalytische Technik“ darstellt.<sup>18</sup> Nach der Bildung der Fragestellung werden Kategorien festgelegt, in die bestimmte Texte fallen. Durch die Bildung von Kodierregeln wird eine eindeutige Zuordnung der Texte ermöglicht.<sup>19</sup> Der Soziologe Andreas Diekmann sieht in der Inhaltsanalyse drei Vorteile: Der Vergangenheitsbezug, wodurch eine Untersuchung von Material in der Vergangenheit möglich wird. Außerdem wird der Wandel sozialer Werte erforschbar. Darüber hinaus ist die Nichtreaktivität des Datenmaterials vorteilhaft.<sup>20</sup>

Des Weiteren enthält diese Untersuchung Elemente des „linguistic“ und des „iconic turn“. Ersterer fordert die Hinwendung zur Sprache,<sup>21</sup> letzterer

---

<sup>17</sup> Vgl. Jürgen Kocka: Sozialgeschichte: Begriff, Entwicklung, Probleme. Göttingen 1986. S. 82 f.

<sup>18</sup> Vgl. Philipp Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Theorien. 12. Auflage. Weinheim/Basel 2010. S. 92.

<sup>19</sup> Vgl. Ebd. S. 92.

<sup>20</sup> Nichtreaktivität bedeutet, dass der Untersuchende nicht mit dem Untersuchungsobjekt in Kontakt tritt, keine Kommunikation stattfindet; auch die Verfasserin dieser Arbeit greift auf nichtreaktive Methoden zurück, da Zeitungsartikel im Zentrum stehen. Vgl. Andreas Diekmann: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Hamburg 2014. S. 609 f., S. 586.

<sup>21</sup> Vgl. Jürgen Trabant (Hg.): Sprache der Geschichte. München 2005. S. 9.

setzt den Fokus auf die Aussagekraft von Bildern. Im Zentrum der Arbeit stehen folglich die Zeitungsartikel in Text und Bild.

Die historische Stereotypenforschung hat außerdem Schnittmengen mit der Untersuchung der Wahrnehmung Russlanddeutscher im Rhein-Main-Gebiet. Jene befasst sich mit der Wirksamkeit von öffentlich geäußerten Stereotypen sowie mit der Frage, in welchem Kontext diese auftreten und ob ein Wandel zu bemerken ist.<sup>22</sup>

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt darin, wie die Russlanddeutschen im Rhein-Main-Gebiet in der Mainzer Allgemeinen Zeitung und der Mainzer Rhein-Zeitung wahrgenommen wurden. Gerade in Hinblick auf weiterhin die weiterhin existente Relevanz des Themas „Migranten“ kann es bedeutsam sein, den Blick in die Vergangenheit zu richten, um den Verlauf von Integration grundsätzlich besser zu verstehen.

In den Geschichtswissenschaften wurde das Thema der Migration seit dem 19. Jahrhundert behandelt. Im deutschen Sprachraum war vor allem das von dem Historiker Klaus J. Bade in den 1970er Jahren entwickelte Konzept der „Sozialhistorischen Migrationsforschung“ bedeutsam. Die historische Migrationsforschung ist in den letzten 20 Jahren zu einem anerkannten Zweig der Geschichtswissenschaft geworden, welche sich durch transnationale Perspektiven auszeichnet.<sup>23</sup> Mit „Integration“ haben sich zuvor vor allem Soziologie und Politikwissenschaft seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts befasst.<sup>24</sup>

Die Erforschung der Geschichte der Russlanddeutschen gewann ab dem Ende der 1970er Jahren innerhalb der Geschichtswissenschaft immer mehr an Bedeutung. Einzelne wissenschaftliche Monographien und

---

<sup>22</sup> Vgl. Hans Henning Hahn: 12 Thesen zur historischen Stereotypenforschung. In: Hans Henning Hahn, Elena Mannová (Hg.): Nationale Wahrnehmungen und ihre Stereotypisierung. Beiträge zur Historischen Stereotypenforschung. Frankfurt am Main 2009. (Mittleuropa-Osteuropa Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas, 9), S. 15-24, bes.: S. 23 f.

<sup>23</sup> Vgl. Josef Ehmer: Migrationen in der historischen Forschung – Themen und Perspektiven. In Heinz Fassmann, Julia Dahlvik (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Göttingen 2011. S. 89-102. Hier: S. 89.

<sup>24</sup> Vgl. Sylvia Hahn: Historische Migrationsforschung. Frankfurt am Main 2012. S. 34.

Forschungsprojekte beschäftigten sich mit der Geschichte der Russlanddeutschen. Dazu zählt, unter anderem, die Arbeit von Benjamin Pinkus und Ingeborg Fleischhauer.<sup>25</sup> Mit dem vermehrten Zuzug der Russlanddeutschen seit dem Ende der 1980er Jahre wuchs das Forschungsinteresse an diesem Themenbereich.<sup>26</sup>

Vor allem seit Ende der 1990er Jahre nahm die Forschung zu dem Thema Identität und Selbstwahrnehmung der Russlanddeutschen zu. Diese wurden in verschiedenen Studien mit Fragebögen, Interviews und mittels teilnehmender Beobachtungen untersucht. Für Rheinland-Pfalz sei an dieser Stelle exemplarisch auf die Untersuchung von Bernhard Köppen hingewiesen.<sup>27</sup> Erwähnenswert sind außerdem die Arbeiten von Gabriele Rosenthal<sup>28</sup> Olga Kurilo,<sup>29</sup> von Markus Kaiser,<sup>30</sup> von Birgit Menzel<sup>31</sup> sowie der Sammelband von Sabine Ipsen-Peitzmeier.<sup>32</sup> Untersuchungen zur Wahrnehmung sowie dem Bild von Spätaussiedlern auf der Grundlage von deutschen Medien sind nur ansatzweise vorhanden. Sabine Zinn-Thomas beschäftigt sich in einer Studie mit der Wahrnehmung der Kriminalität Russlanddeutscher in einer TV-Reportage im Rhein-Hunsrück-

---

<sup>25</sup> Vgl. Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion: Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Bearbeitet von Karl-Heinz Ruffmann. Baden-Baden 1987.

<sup>26</sup> Vgl. Walter Graßmann: Geschichte der evangelisch-lutherischen Rußlanddeutschen in der Sowjetunion, der GUS und in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gemeinde, Kirche, Sprache und Tradition. München 2006. S. 28 f.

<sup>27</sup> Vgl. Bernhard Köppen: Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz. In: Birte Nienaber, Ursula Roos (Hg.): Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Hannover 2015. S. 111-130.

<sup>28</sup> Vgl. Gabriele Rosenthal, Viola Stephan, Niklas Radenbach: Brüchige Zugehörigkeiten. Wie sich Familien von „Russlanddeutschen“ ihre Geschichte erzählen. Frankfurt am Main 2011.

<sup>29</sup> Vgl. Kurilo 2010.

<sup>30</sup> Vgl. Markus Kaiser: Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien. Bielefeld 2015.

<sup>31</sup> Vgl. Birgit Menzel (Hg.): Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014.

<sup>32</sup> Vgl. Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006.

Kreis aus dem Jahr 2003.<sup>33</sup> Olga Schlößler-Müller setzt sich mit dem Bild der Spätaussiedler in Print-Medien auseinander.<sup>34</sup>

Im Hinblick auf die Integration der Russlanddeutschen von 1990 bis 2015 in Hessen und Rheinland-Pfalz ist die Literaturlage schwierig. Es existiert eine Reihe von Studien des BAMF in der Bundesrepublik Deutschland. Auch hat die Landesregierung Hessens Integrationsberichte herausgegeben. Dennoch sind große Lücken vorhanden. Eine leicht bessere Datenlage ermöglichen die Zuwanderungsberichte in Rheinland-Pfalz; allerdings konnten keine durchgehenden Daten zu den Integrationskursen sowie den Integrationskursträgern nach Anfrage beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Bundesverwaltungsamt, Statistischem Bundesamt sowie den Landesbeauftragten für Spätaussiedler in Hessen und Rheinland-Pfalz ermittelt werden. Gleiches galt für die finanziellen Mittel zur Förderung der Integration, den Übergangsheimen und Integrationsprojekten. Einblicke ermöglichten große und kleine Anfragen der Landtage von Hessen und von Rheinland-Pfalz.

### 1.3 Quellenanalyse

Als Quellenbasis wurden alle Artikel der Mainzer Rhein-Zeitung und der Mainzer Allgemeinen Zeitung von 1990 bis 2015 herangezogen, die Russlanddeutsche zum Thema haben. Ausgewählt wurden diese beiden Zeitungen, da sie beide die Mainzer Region publizistisch vertraten. Sie ermöglichten einen Einblick in die Wahrnehmung der Russlanddeutschen für das Rhein-Main-Gebiet.

Die Allgemeine Zeitung ist eine regionale Tageszeitung, die in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz und deren Umgebung

---

<sup>33</sup> Vgl. Sabine Zinn-Thomas: Kriminelle, junge Spätaussiedler – Opfer oder Täter? Zur Ethnisierung des Sozialen. In: Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006. S. 307-320.

<sup>34</sup> Vgl. Olga Schlößler-Müller: Zum Bild der Spätaussiedler in Print-Medien und zur Rolle der Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang. Kiel 2002.

erscheint. Sie gehört zur Rhein Main Presse und wird von der Verlagsgruppe Rhein Main mit Sitz in Mainz herausgegeben. Der Grundstein für die Allgemeine Zeitung wurde 1850 mit dem „Täglichen Straßenanzeiger“ gelegt. 1853 wurde sie zu dem „Mainzer Anzeiger“ und ein redaktionelles Konzept mit einem politischen, wirtschaftlichen, feuilletonistischen und lokalen Teil entwickelt. Ab 1918 entwickelte sie sich zudem zur meistgelesenen Zeitung im Volksstaat Hessen (1918/1919 bis 1934), unterem Maingau sowie Rheingau. Mit dem Bombenangriff am 27. Februar 1945 auf große Teile der Mainzer Innenstadt war auch das Verlagsgebäude an der Großen Bleiche fast vollständig zerstört, weshalb der „Mainzer Anzeiger“ am 19. März 1945 zum letzten Mal erschien. Im Herbst 1945 gründeten ehemalige Verlagsmitarbeiter den „Neuen Mainzer Anzeiger“. Im Mai 1947 wurde der Zeitungstitel in „Allgemeine Zeitung“ geändert, der bis heute geblieben ist.<sup>35</sup>

Die Rhein Main Presse gehört zu den größten Regionalzeitungen von Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2014 wurden 101.332 Auflagen verkauft.<sup>36</sup> Allgemein ist ein Absteigen der Auflagenhöhe seit 2002 zu erkennen (Abbildung 1).<sup>37</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. „Allgemeine Zeitung“. In: Verlagsgruppe Rhein Main. URL: <https://www.vrm.de/produkte-und-services/tageszeitungen/10314196.htm> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

<sup>36</sup> Vgl. „IVW: die Auflagenentwicklung der 65 größten deutschen Regionalzeitungen auf einen Blick“. In: Meedia. URL <http://meedia.de/2015/01/21/ivw-die-auflagenentwicklung-der-65-groessten-regionalzeitungen-auf-einen-blick/> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

<sup>37</sup> Vgl. „Rhein-Main-Presse Classic“. In: IVW. URL <http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1223> (Letzter Aufruf: 25.03.2017)

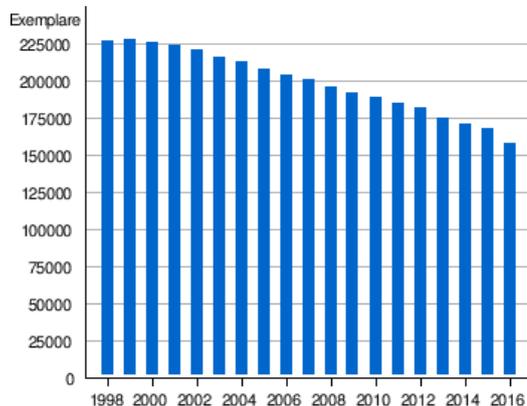


Abbildung 1: Auflagenstärke der Mainzer Allgemeinen Zeitung von 1998 bis 2016.

Die *Mainzer Rhein-Zeitung* wurde 1987 von der Mittelrhein-Verlag GmbH mit Sitz in Koblenz gegründet. Es handelt sich bei der Zeitung um eine Lokalzeitung der bereits 1946 entstandenen „Rhein-Zeitung“ für den nördlichen Teil des Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Sie war eine Tageszeitung und erschien sechsmal in der Woche. Aufgrund stark gesunkener Abonnentenzahlen wurde die *Mainzer Rhein-Zeitung* im Jahr 2013 abgesetzt.<sup>38</sup>

Die Rhein-Zeitung ist in Rheinland-Pfalz die am zweithäufigsten verkaufte Zeitung. Aber wie bei der Mainzer Allgemeinen Zeitung ist seit 2002 ein deutlicher Abfall der Auflagenhöhe zu verzeichnen (Abbildung 2).<sup>39</sup>

<sup>38</sup> Vgl. „In eigener Sache“. In: Rhein-Zeitung. URL: [http://www.rhein-zeitung.de/mainzer-rhein-zeitung\\_artikel,-in-eigener-sache-\\_arid,1041274.html](http://www.rhein-zeitung.de/mainzer-rhein-zeitung_artikel,-in-eigener-sache-_arid,1041274.html) (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

<sup>39</sup> Vgl. „Rhein-Zeitung Gesamt“. In: IVW. URL: <http://www.iww.eu/aw/print/qa/titel/1190?> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

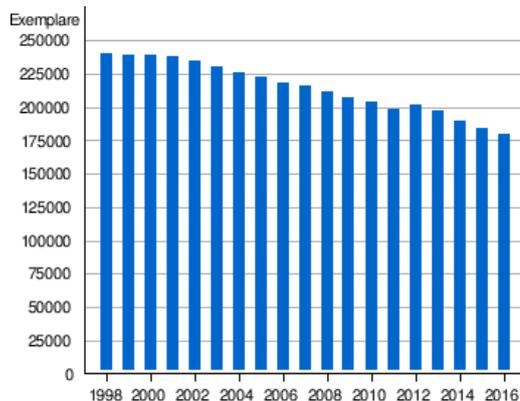


Abbildung 2: Auflagenstärke der Rhein-Zeitung von 1998 bis 2016.

#### 1.4 Vorgehensweise

Zur Untersuchung der oben genannten Forschungsfrage wurde diese Arbeit in drei Teile gegliedert. Zunächst wird die Geschichte, Identität und Selbstwahrnehmung der Russlanddeutschen, deren Verteilung in der ehemaligen Sowjetunion und ihr rechtlicher Status in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Dabei wird auch die Entwicklung der Zuzugszahlen von 1990 bis 2015 betrachtet.

Im nächsten Teil werden die Schwierigkeiten der Russlanddeutschen bei der Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland beleuchtet. Dabei werden die Lösungswege – die Integrationsstrategien – des Bundes und der beiden Länder Rheinland-Pfalz und Hessen im nächsten Unterkapitel thematisiert. Insbesondere werden die Art und Weise der Aufnahme der Russlanddeutschen und deren Verteilung in Übergangwohnheime, die Anzahl der Integrations- und Sprachkurse sowie konkrete Integrationsprojekte, die es in Rheinland-Pfalz und Hessen gab, behandelt. Hierbei wird auch der Blick auf die rechtliche Situation gelenkt.

Das vierte Kapitel ist der Auswertung und Interpretation der Zeitungsartikel gewidmet. Dabei werden zunächst die Kategorien- und die Rubrikenauswahl begründet und anschließend die Bewertungsmethode vorgestellt. Danach werden die Texte zu den verschiedenen Themenbereichen bewertet. Beide Hauptteile werden in Zwischenfazits zusammengefasst. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in einem abschließenden Fazit dargelegt.

## **2. „Russlanddeutsch“ – ein Begriff mit Konstruktcharakter?**

In diesem Unterkapitel wird untersucht, ob die Geschichte, die Identität, die Verteilung und der rechtliche Status der aufgenommenen Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion die Zuschreibung „Russlanddeutsch“ rechtfertigen. Hans-Werner Retterath geht nämlich in seiner Forschungsarbeit von einem Konstruktcharakter dieses Begriffes aus.<sup>40</sup> Außerdem wird die zahlenmäßige Entwicklung der Zuzüge in die Bundesrepublik Deutschland von 1990 bis 2015 thematisiert.

### **2.1 Geschichte der Russlanddeutschen**

Bereits im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit ließen sich Deutsche in russischen Städten nieder. Vor allem unter Iwan dem IV., genannt der Schreckliche (1530 – 1584), waren unter anderem Kaufleute der norddeutschen Hanse in Nowgorod vertreten.<sup>41</sup>

Im 18. und 19. Jahrhundert wurde im Russischen Kaiserreich die Politik der bäuerlichen Koloniebildung betrieben; die Wurzeln hierfür gehen auf ein Dekret vom 22. Juli 1763 der Kaiserin Katharina II. zurück. Das Ziel war dabei die wirtschaftliche Erschließung des Landes. Die Lokatoren, bezahlte Agenten der russischen Regierung, waren für die Anwerbung verantwortlich und agierten in fast allen europäischen Staaten; in den meisten jedoch – auch in den deutschsprachigen Staaten wie Preußen, Österreich, Sachsen, Bayern, Pfalz und Schweiz – wurde ihre Tätigkeit verboten, da keine Auswanderung zugelassen werden sollte.<sup>42</sup> Den in Russland Zuwandernden wurden Privilegien versprochen: unter anderem Religionsfreiheit, dreißig Jahre Steuer- und Abgabefreiheit, zinslose Darlehen zum Aufbau der Bauernwirtschaft oder des Handwerksbetriebes,

---

<sup>40</sup> Vgl. Hans-Werner Retterath: Endlich daheim? Postsowjetische Migration und kulturelle Integration Russlanddeutscher in Südbaden. Teil 1: Anlage des Forschungsprojektes und Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern. Freiburg 2002.

<sup>41</sup> Vgl. Ortfried Kotzian: Wer sind die Russlanddeutschen? Leben, Schicksal und Kultur einer deutschen Volksgruppe im Osten Europas und in Mittelasien. Augsburg 2015. S. 37.

<sup>42</sup> Vgl. Dittmar Dahlmann: Die Deutschen an der Wolga von der Ansiedlung 1764 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In: Deutsche in Russland. Hrsg. v. Hans Rothe. Köln 1996. (=Studien zum Deutschtum im Osten, Bd. 27). S. 1-30. Hier: S. 2 f.

das nach Ablauf von zehn Jahren in drei Jahresraten getilgt werden sollte, die Selbstverwaltung, zollfreie Einfuhr des Vermögens sowie Befreiung von Militär- und Zivildienst.<sup>43</sup>

Aufgrund des Siebenjährigen Krieges, welcher schwere politische und wirtschaftliche Folgen hatte, waren viele Deutsche auswanderungswillig. Ausschlaggebend waren die höheren Steuern sowie Abgaben und die Einschränkung der religiösen Freiheiten durch die Herrscher. Den Großteil der Siedler stellten vor allem die kleineren Regionen Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau, das Fürstbistum Fulda, das mittlere Rheinland und die Pfalz. Es migrierten auch Bewohner aus Württemberg und Baden, aus der Schweiz und dem Elsass, später auch aus Preußen. Zwischen 1763 und 1775 zogen etwa 27.000 bis 29.000 Menschen nach Russland. Aufgrund steigender Kosten und Unterbringungsschwierigkeiten unterbrach die russische Regierung im November 1766 die Anwerbung vorläufig.<sup>44</sup>

Obwohl im Einladungsmanifest Wohnorts- und Berufswahlfreiheit versprochen wurden, mussten die Kolonisten in die Gegend um Saratow ziehen. Nur ein paar hundert Familien wurden auf neu gegründete Siedlungen nahe der Hauptstadt St. Petersburg in Livland, im Gouvernement Woronesh (Kolonie Riebensburg) und in der heutigen Nordukraine verteilt.<sup>45</sup> Fast ein Jahr benötigten die Kolonisten, um von St. Petersburg aus die zugewiesenen Orte an der Wolga zu erreichen. Unterwegs starben 3000 Menschen. Die Verbliebenen wurden auf dem linken (Wiesenseite) und rechten (Bergseite) Ufer der Wolga angesiedelt. So entstanden 66 evangelische und 38 katholische Mutterkolonien, 44 auf der Berg- und 60 auf der Wiesenseite. Den Lokatoren unterstanden

---

<sup>43</sup> Vgl. Barbara Dietz, Peter Hilkes: Rußlanddeutsche: Unbekannte im Osten. München 1992. S. 14.

<sup>44</sup> Vgl. Dahlmann 1996. S. 4. Vgl. Lydia Klötzel: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung. Die Geschicke einer nationalen Minderheit vor dem Hintergrund des wechselhaften deutsch-sowjetischen/russischen Verhältnisses. München 1997. S. 31. Nach Viktor Krieger waren es hingegen 30.000. Die Zahlen sind also nicht sicher. Vgl. Krieger, Viktor: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen. Bonn 2015. S. 25.

<sup>45</sup> In der Belowsher Kolonie um die Stadt Tschnerigow.

anfänglich 63 Dörfer, der staatlichen Verwaltung 41. Es bildeten sich außerdem Siedlungen in Sarepta nahe von Zarizyn, wo eine Herrnhuter Brüdergemeinde 1765/66 ihr Gemeinwesen gründete.<sup>46</sup>

Aufgrund von Beschwerden der Bewohner wegen körperlicher Züchtigungen der privat verwalteten Kolonien entschädigte der Staat diese. Bis 1779 wurden alle Siedlungen der direkten Verwaltung der russischen Regierung unterstellt. Die Kolonisationsplanung lag in deren Verantwortung.<sup>47</sup> Die Regierung ließ Musterpläne für Kolonien und einzelne Familienhöfe mit Wohnhäusern und Scheunen erstellen. Jede Familie erhielt zu Beginn ein Darlehen in Höhe von 200 Rubel und ca. 30 Hektar Land. Die ersten Monate verbrachten die Siedler in Sammelunterkünften in Saratow. 1764 zogen 92 Familien in drei neu angelegte Dörfer. Insgesamt dauerte die Kolonisation bis 1773.<sup>48</sup>

Ende der 1780er-Jahre kam es zu Koloniegründungen in der Schwarzmeerregion oder Neu- beziehungsweise Südrussland. Vor allem Mennoniten an der Weichsel, die ab der ersten Teilung Polen-Litauens (1772) unter preußischer Verwaltung lebten und sich immer größeren Probleme, beispielsweise finanzieller Art, stellen mussten, wollten auswandern. Die russische Regierung kannte deren Situation und bot für die Übersiedlung Privilegien an. 1789 kamen 228 Familien auf das ihnen zugewiesene Land, die Insel Chortitza am Dnjepr und Umgebung.<sup>49</sup>

Für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kolonien war die von Zar Paul I. (1796-1801) unterschriebene „Instruktion für die innere Ordnung und Verwaltung“ vom 17. September 1800 bedeutsam, welche die Selbstverwaltung für alle Kolonien festsetzte. Diese „innere Jursidiction“<sup>50</sup> war eine Mischung von Verwaltungs-, Gerichts- und

---

<sup>46</sup> Vgl. Krieger 2015. S. 24-25.

<sup>47</sup> Vgl. Ebd. S. 26.

<sup>48</sup> Vgl. Ebd. S. 27.

<sup>49</sup> Später wurde das Territorium zum Chortitzaer Mennonitengebiet. Vgl. Ebd. S. 28.

<sup>50</sup> Zit. Klötzel 1997. S. 33.

Polizeikompetenzen auf örtlicher Ebene und wurde über siebzig Jahre in den ausländischen Kolonien Russlands verwendet.<sup>51</sup>

Kaiser Alexander I. (1801-1825) setzte die Kolonisationspolitik durch einen Grunderlass vom 20. Februar 1804 fort. Es sollten gute Landwirte, verheiratete Bürger, aber auch Schneider, Schmiede, Schuster, Maurer und Müller angeworben werden. Jede Familie erhielt unentgeltlich ein Gebiet von 60 Desjatinen<sup>52</sup>, die Mennoniten sogar 65 Desjatinen Land. Die Einwanderung der Mennoniten und Pietisten Anfang des 19. Jahrhunderts hatte vor allem religiöse Gründe, da in dem Erlass freie Religionsausübung nach ihren Kirchensatzungen und Gebräuchen sowie Befreiung vom Militär- und Zivildienst versprochen wurden.<sup>53</sup>

Im Norden der Schwarzmeerküste um Odessa, Nikolaew und Jekaterinoslaw, in den angrenzenden Regionen des heutigen Moldawiens (Bessarabien ehemals) und Südkaukasus entstanden neue Kolonisationsgebiete.<sup>54</sup> Die deutschen Auswanderer im Schwarzmeergebiet stammten größtenteils aus Westpreußen (Mennoniten), Württemberg, Baden, dem Elsass und der Pfalz. Die Zuwanderung wurde am 25. Oktober 1819 mit dem „Gesetz über die Einstellung der Herbeiführung von Ausländern“ begrenzt. So bildeten sich im Zeitraum von 1802 bis 1823 insgesamt 181 Mutter- oder Altkolonien.<sup>55</sup>

Die Wirtschaftsleistung der Wolgadeutschen war zu Beginn gering, da ihnen häufig Kenntnisse im Bereich der Landwirtschaft fehlten und sie sich an die neue Umgebung gewöhnen mussten. Sie waren länger als vorgesehen auf staatliche Unterstützung angewiesen. In den 1780er

---

<sup>51</sup> Kaiser Paul I. brachte weitere Veränderungen: Im Jahr 1797 Wiedereinführung der staatlichen Behörde „Saratower Kontor der ausländischen Kolonisten“ zur Betreuung der Kolonien, Übertragung der Aufsicht über ausländische Siedler auf die „Expedition für Staatswirtschaft, Ausländervormundschaft und Hauswirtschaft“, im Jahr 1800 Gründung der lokalen staatlichen Verwaltungsbehörde „Vormundschaftskontor für ausländische Siedler in Neurussland“ zur Regelung des ausländischen Kolonisationsprozesses vor Ort mit zeitweiligem Sitz in Jekaterinoslaw. Hierzu: Vgl. Krieger 2015. S. 33 f.

<sup>52</sup> Russisches Flächenmaß, 1 Desjatine entspricht 1,09 Hektar.

<sup>53</sup> Vgl. Ebd. S. 30, S. 32.

<sup>54</sup> Vgl. Klötzel 1997. S. 36.

<sup>55</sup> Vgl. Krieger 2015. S. 33. Vgl. Klötzel 1997. S. 36.

Jahren kam es daher zu einer Änderung in der Agrarverfassung. Die örtliche Verwaltung ging von dem im Jahr 1764 gesetzlich verankerten Minoratsrecht<sup>56</sup> zur russischen Feld- oder Umteilungsgemeinde (мир) über. Einzelne Wirtshöfe hatten nur noch über ihr Hoflandstück ein Verfügungs- und Nutzungsrecht, während die Gemeinde als Besitzer der Acker-, Wiesen- und Waldflächen auftrat. Diese wurden in der Regel alle sieben bis zwölf Jahre auf die einzelnen Bauernwirtschaften entsprechend der Anzahl ihrer männlichen „Seelen“ (души) umverteilt.<sup>57</sup>

Aufgrund der starken Zunahme von 39.193 Wolgadeutschen im Jahr 1798 auf 108.251 im Jahr 1834 entstand Landmangel. Einige Jahre später versuchte die russische Regierung diesen durch die Zuteilung von 458.000 Desjatinen Kronland zu mindern. Bis zur Aufhebung der Sonderverwaltung 1871 bildeten sich über 60 Tochttersiedlungen, größtenteils in der Steppe auf der Wiesenseite, wohin überwiegend landarme Familien aus den Altkolonien zogen.<sup>58</sup>

Das Einberufungsmanifest versprach den Einwanderern das Recht auf freie Religionsausübung, wobei die Missionierung der gläubigen Mehrheitsbevölkerung Russlands verboten wurde. Sie durften ihre Priester auswählen und über deren Besoldung verhandeln. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg betreuten 36 Pastoren 155 evangelische Siedlungen. Von den im Jahr 1866 registrierten 84.605 männlichen Kolonisten in Neurussland und Bessarabien wurden 42.272 Lutheraner und Reformierte (50 Prozent), 20.819 Katholiken (24,6 Prozent), 19.779 Mennoniten (21 Prozent) neben einer Reihe kleinerer Gruppen gezählt.<sup>59</sup>

Bei den deutschen Siedlern an der Wolga und im Schwarzmeergebiet war der Anteil der Katholiken zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei etwa 25 Prozent. Das 1857 in Saratow eröffnete Priesterseminar bildete vermehrt Seelsorger der deutschen Siedler aus. Es bestand aus einem

---

<sup>56</sup> Erblicher und unteilbarer Landbesitz.

<sup>57</sup> Vgl. Krieger 2015. S. 36.

<sup>58</sup> Vgl. Ebd. S. 25-33.

<sup>59</sup> Vgl. Ebd. S. 41.

Klerikalseminar, das für die Ausbildung zukünftiger Priester zuständig war, und einem Knabenseminar, das Dorflehrer für die katholischen Kolonien ausbildete.

Unter Kaiser Alexander II. (1855-1881) wurde die Sonderstellung der deutschen Kolonisten schrittweise abgeschafft. Mit dem Manifest vom 19. Februar 1861 kam es zur Befreiung russischer Bauern. Das Gesetz vom 1. Januar 1864 führte außerdem die lokale Selbstverwaltung (Земство) ein; darüber hinaus wurde das Gesetz vom 17. Dezember 1866 verabschiedet, welches das deutsche Privileg der lokalen Selbstverwaltung abschaffte. Die Selbstverwaltung hatte sich nun nach den Prinzipien der allgemeinen ländlichen Selbstverwaltungsinstitutionen zu richten. Außerdem wurden die Russlanddeutschen mit dem Gesetz über die Wehrpflicht vom 1. Januar 1874 in den Militärdienst einbezogen.<sup>60</sup>

Auch das Schulwesen war von den gesetzlichen Neubestimmungen betroffen. Es war konfessionell geprägt und bereitete die Jugendlichen in erster Linie auf die Konfirmation oder Firmung vor.<sup>61</sup> Kirchliche Schulen konnten Lesen, Schreiben und Rechnen lehren. Durch den obligatorischen Schulbesuch hoben sich die deutschen Siedler vorerst von den benachbarten leibeigenen Bauern und Staatsbauern ab. Ab den 1860er Jahren erlebte das Schulwesen durch die vielfältige Tätigkeit der örtlichen Selbstverwaltungsorgane allerdings einen Aufschwung. Nach der Jahrhundertwende wurde die Lesekompetenz der deutschen Schüler beinahe eingeholt. Mit dem Ziel der Integration mussten die Dorfschulen ab 1891 auf Russisch als Unterrichtssprache umstellen. Die deutschsprachigen Bauern weigerten sich jedoch häufig, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Erst die Rückkehr zum muttersprachlichen Unterricht in den Dorfschulen entspannte nach 1905 die Situation.<sup>62</sup>

---

<sup>60</sup> Vgl. Klötzel 1997. S. 38 f.

<sup>61</sup> Vgl. Krieger 2015. S. 42.

<sup>62</sup> Vgl. Ebd. S. 41-43.

Mit dem Ersten Weltkrieg verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Russlanddeutschen erheblich. So wurden, unter anderem, 150.000 Deutsche aus Wolhynien in Richtung Osten deportiert. Mit der Gründung des Autonomen Gebiets der Wolgadeutschen 1918, jedoch insbesondere mit der 1924 geschaffenen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Deutschen an der Wolga sowie Landkreisen mit eigenen deutschen Verwaltungseinheiten, konnte sich ihre Lage stabilisieren.

1935 mussten die deutsche und polnische Bevölkerung einen 100 km breiten Streifen an der Grenze zu Polen räumen. 1936 wurden deutsche Bauern aus der Ukraine nach Kasachstan deportiert und in landwirtschaftlichen Siedlungen des Volkskommissariats angesiedelt.

Der Zweite Weltkrieg stellte für die Russlanddeutschen eine Zäsur dar.<sup>63</sup> Ein Erlass vom 28. August 1941 beschuldigte die Russlanddeutschen der Kollaboration mit dem faschistischen Deutschland. Die Autonome Republik der Wolgadeutschen wurde durch den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. September aufgelöst und das Territorium der Wolgarepublik sowie die Verwaltung der Gebiete Saratow und Stalingrad übergeben. Zum 15. Oktober 1941 wurden insgesamt 749.613 Personen nach Sibirien und Zentralasien umgesiedelt, wovon 376.717 Wolgadeutsche waren. Bis zum 25. Dezember 1942 waren es 894.626.<sup>64</sup> Die Russlanddeutschen verloren damit nicht nur ihre Heimat, sondern auch im Verlauf der Jahrzehnte häufig den Bezug zu der deutschen Sprache.

Der Dienst in der sogenannten „Arbeitsarmee“, welche eine militarisierte Form der Zwangsarbeit in der Sowjetunion von 1941 bis 1946 darstellte, traf die Russlanddeutschen schwer. Mit der Entlassung aus der Arbeitsarmee Ende der vierziger Jahre und der Aufhebung von Beschränkungen im Jahr 1955 verbesserte sich ihre Lebenssituation wieder. Die Rehabilitierung der Russlanddeutschen im Jahr 1964 nahm

---

<sup>63</sup> Vgl. Klötzel 1997. S. 120.

<sup>64</sup> Vgl. Ebd. S. 121 f.

die Vorwürfe des Stalinschen Dekrets von 1941 zurück, verbot jedoch weiterhin die Rückkehr in die alten Siedlungsgebiete. Mit der Entspannungspolitik zu Beginn der siebziger Jahre normalisierte sich die Lage der Russlanddeutschen weiter. In diese Zeit fällt auch eine Liberalisierung der Ausreisepraxis in die Bundesrepublik. Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) hatten ebenso Auswirkungen auf die Russlanddeutschen.<sup>65</sup> Sie konnten sich vermehrt organisieren und versuchten, ihre Identität als Russlanddeutsche wiederzugewinnen. Die Ausreise in die Bundesrepublik schien dabei wichtig für die Bewahrung der Identität.<sup>66</sup>

## 2.2 Identität und Selbstwahrnehmung der Russlanddeutschen

Die Identität und Selbstwahrnehmung der Russlanddeutschen zu untersuchen, ist ein schwieriges Unterfangen und ist Gegenstand vieler wissenschaftlicher Studien.<sup>67</sup>

Die russlanddeutschen Vereine, die sich in Deutschland bildeten, geben verschiedene Selbstbilder wieder. „Die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V.“ wurde 1950 gegründet und vertritt das „traditionelle“ Bild; in § 4 der Satzung der Landsmannschaft aus dem Jahr 2003 wird der Begriff „Russlanddeutscher“ folgendermaßen definiert:

---

<sup>65</sup> Nach Michail Gorbatschows Amtsantritt im März 1985 als Generalsekretär in der Sowjetunion leitete er die Politik einer Transparenz und Offenheit (Glasnost) der Staatsführung gegenüber der Bevölkerung ein. Perestroika bezeichnete den von Michail Gorbatschow ab Anfang 1986 eingeleiteten Prozess zum Umbau und zur Modernisierung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion.

<sup>66</sup> Vgl. Hilkes 1996. S. 152 f. Ende März 1989 kam es zur Gründung der „Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt für Politik, Kultur und Bildung“ („Wiedergeburt“), die sich aus Anhängern verschiedener Gruppierungen der Russlanddeutschen, die sich unter anderem für die Wiederherstellung der Deutschen Wolgarepublik engagierten, zusammensetzte. Vgl. Klötzel 1997. S. 209.

<sup>67</sup> Vgl. Retterath 2002. Vgl. Maria Savoskul: Russlanddeutsche in Deutschland. Integration und Typen der ethnischen Selbstidentifizierung. In: Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006. S. 197-222. Vgl. Birgit Menzel: Identitätsfalle oder Chance? Russlanddeutsche SpätaussiedlerInnen als Sprach- und KulturmittlerInnen. In: Birgit Menzel (Hg.) Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014. S. 67-82.

„Russlanddeutscher ist ein Deutscher, der in den Grenzen der UdSSR von 1937 geboren ist.

Als Russlanddeutscher gilt auch ein Deutscher, der von mindestens einem russlanddeutschen Eltern- oder Großelternanteil abstammt oder mit einem russlanddeutschen Ehegatten verheiratet ist. Als Russlanddeutscher gilt auch ein Deutscher, der längere Zeit in dem im § 4 Abs. 1 bezeichneten Gebiet gewohnt hat und seine Verbundenheit mit der russlanddeutschen Volksgruppe bekundet.“<sup>68</sup>

Die Satzung aus dem Jahre 1992 beinhaltet den zweiten Satz nicht. Auffällig bei der Definition der Russlanddeutschen ist, dass sie in erster Linie „Deutsche“ und in zweiter „aus Russland“ sind.

Die zitierte Definition wird derweilen nicht von allen Russlanddeutschen gleichermaßen geteilt: Insbesondere mit dem verstärkten Zuzug Russlanddeutscher in den 1990er Jahren bildeten sich neue Vereine, die andere Auffassungen vertraten.<sup>69</sup> Ist es folglich überhaupt sinnvoll, von einer einzigen kollektiven Identität zu sprechen?

Einige ethnologische, soziologische und historische Untersuchungen beschäftigen sich mit der Identität und im Speziellen mit dem Identitätswandel der Russlanddeutschen. Der von Hans-Werner Retterath zitierte Historiker Edgar Hösch betonte dabei den Konstruktcharakter von „Russlanddeutschen“.<sup>70</sup>

Dies zeigt sich durch die Heterogenität der „russlanddeutschen“ Bevölkerungsgruppen.<sup>71</sup> Es gab nämlich Deutsche unterschiedlicher Herkunft: städtische Deutsche, Kolonisten, Wolga-, Wolhynien-,

---

<sup>68</sup> Zit. § 4 Satzung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. vom 11./12. Oktober 2003.

<sup>69</sup> Vgl. Retterath 2002. S. 51. Sprachliche Unterschiede waren innerhalb der Gruppe erkennbar. Aufgrund der verschiedenen Herkunftsgebiete bei der Einwanderung nach Russland, wurden unterschiedliche Dialekte mitgebracht - das Westpreußische, das Oberhessische, das Rheinpfälzische, das Ostpfälzische, das Nordelsässische, das Nordbadische, das Schwäbische und das Nordbairische -, welche jedoch durch die Deportation der Russlanddeutschen im Jahr 1941 und die fehlende Förderung der deutschen Sprache nur noch wenig vertreten sind. Vgl. Alena Petrova: Zur kulturellen Identität der Russlanddeutschen. 2003. S. 16.

<sup>70</sup> Vgl. Ebd. S. 48.

<sup>71</sup> Vgl. Rosenthal u.a. 2011, S. 63.

Schwarzmeer-, Bessarabiendeutsche, verschiedenste Konfessionen, assimilierte oder nicht assimilierte Deutsche, russische und deutsche Staatsbürger.<sup>72</sup>

Das vielseitige Verständnis der eigenen kulturellen Zugehörigkeit wurde in Untersuchungen und Interviews mit Russlanddeutschen in ihren ausländischen Herkunftsgebieten deutlich: „Ich bin Deutscher“, „Russe“, „1/4 deutsch“, „halb Russe“, „halb Deutscher“, „Deutscher aus Russland“; seltener: „Ich bin Wolgadeutscher“ oder „Schwabe“. Nach einer Untersuchung Igor Trutanows in dem deutschen Dorf Konstantinowka in Kasachstan aus dem Jahr 1992 nennen sich Russlanddeutsche weder „Sowjet“- noch „Russland-Deutsche“. Die Nachkommen der Mennoniten bezeichnen sich als „Mennisten“, die Deutschen aus dem Südkaukasus heißen nach ihren Herkunftsgebieten „Kaukasier“, „Kaukasus- oder Armenien-Deutsche“. Diese Bezeichnungen deuten auf zahlreiche Identitäten der „Russlanddeutschen“.<sup>73</sup>

Ebenso gibt es eine Reihe ethnologischer Untersuchungen zu der Identität der in Deutschland lebenden „Russlanddeutschen“. Die Sozialwissenschaftlerin Kleinknecht-Strähle führte 1998 70 Interviews mit Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion, die zu verschiedenen Zeiten nach Deutschland kamen.<sup>74</sup> Dabei konnten Zusammenhänge zwischen den Unterschieden im Selbstbild der Russlanddeutschen und der Einwanderungszeit festgestellt werden. Dies geht auf einen Kurswechsel in der russlanddeutschen Politik der Bundesregierung, die wirtschaftliche Lage und die Akzeptanz der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den Russlanddeutschen in den 1990er Jahren zurück. Die Soziologin Maria Savoskul stellte 2006 durch Analyse von Interviews drei

---

<sup>72</sup> Vgl. Kurilo 2010. S. 287 f.

<sup>73</sup> Vgl. Kurilo 2010. S. 310, S. 348.

<sup>74</sup> Vgl. Ulrike Kleinknecht-Strähle: Deutsche aus der ehemaligen UdSSR: Drei Phasen der Migration und Integration in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Wanderer und Wanderinnen zwischen zwei Welten? Zur kulturellen Integration rußlanddeutscher Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Hans-Werner Retterath. Freiburg im Breisgau 1998. S. 39-60.

Typen fest: Diejenigen, die sich als Deutsche identifizierten, als Russlanddeutscher oder als „Russaki“.<sup>75</sup>

Der Geograph Bernhard Köppen untersuchte 2015 die Identität der Russlanddeutschen in Rheinland-Pfalz anhand qualitativer und standardisierter Interviews. Dabei wurden diese befragt, ob sie sich eher als Deutsche, Russlanddeutsche und Russen empfinden oder keiner dieser Gruppen zugehörig fühlen. Das Ergebnis der Befragungen war, dass die Mehrheit der befragten Aussiedler in Rheinland-Pfalz, mit Ausnahme der ältesten Generation, eine latent „gemischte“ ethnische Identität besaß. Diese setzte sich aus Elementen russisch/(post-)sowjetischer und deutscher Kultur zusammen. Köppen ging deshalb von einer hybriden Identität aus.<sup>76</sup>

Anhand der verschiedenen Studien wird die Heterogenität der individuell empfundenen Identität der Russlanddeutschen ersichtlich.<sup>77</sup> Sie bewegt sich zwischen russisch/(post-)sowjetischer und deutscher Kultur. Es ist daher sinnvoll, auch im Rahmen dieser Arbeit von einer hybriden Identität auszugehen. Die Problematik des Begriffs „ruslanddeutsch“ wurde deutlich; es entsteht aufgrund fehlender Homogenität der Gruppe in Bezug auf ihre Herkunft und Kultur der Eindruck eines Konstruktcharakters.

### 2.3 Verteilung der Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion und Gründe für die Ausreise

In diesem Teil werden die geographische Verteilung der Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion und deren mögliche Ausreisegründe thematisiert. Im 20. Jahrhundert ergaben Volkszählungen, dass der Großteil der Russlanddeutschen in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und Kasachstan lebten. Insgesamt wohnten im Jahr 1989 2.038.603 Deutsche in der

---

<sup>75</sup> Vgl. Savoskul 2006. S. 211 f.

<sup>76</sup> Vgl. Köppen 2015. S. 115, S. 126.

<sup>77</sup> Vgl. Menzel 2014. S. 75.

Sowjetunion, davon 842.295 in der RSFSR und 957.518 in Kasachstan (Darstellungsverzeichnis 1).<sup>78</sup>

In der Russischen Föderation lag der Schwerpunkt der russlanddeutschen Siedlungsgebiete aufgrund der bereits im Kapitel 1.5.1. erwähnten Deportation Russlanddeutscher in Westsibirien. Insbesondere die Gebiete Altai (127.731), Krasnojarsk (54.254), Nowosibirsk (61.479), Omsk (134.199), Kemerowo (47.990), Tomsk (15.541) und Tjumen (29.569) wurden hierbei genannt. Im Wolgagebiet, einem wichtigen Siedlungsschwerpunkt vor dem Zweiten Weltkrieg, lebten den Volkszählungen zufolge vergleichsweise wenige Deutsche (beispielsweise im Gebiet Wolgograd 28.008, im Gebiet Saratow 17.068). In Nordkasachstan, worunter die Gebiete Pawlodar, Zelinograd, Petropawlowsk, Kustanaj und Kotschetaw fallen, lebte laut Volkszählung 1989 mit 450.711 Menschen der Großteil der Russlanddeutschen. In Südkasachstan mit den Gebieten Schymkent, Kysyl-Orda, Taras, Almaty sowie Taldykorgan, lebten 233.507 Deutsche, in Zentralkasachstan, zu dem die Gebiete Karaganda und Scheskasgan gehörten, 167.704.<sup>79</sup>

Bis Ende der 1980er Jahre dominierten ethnische Gründe und der Wunsch nach Familienzusammenführungen die Ausreisemotive; seit dem Zerfall der Sowjetunion wanderten Russlanddeutsche auch aufgrund der sich verschlechternden ökonomischen Lage vor allem aus Kasachstan und aus der Russischen Föderation aus.<sup>80</sup> In Kasachstan beeinflussten aber auch ethnische Gründe diese Entscheidung. Wichtige Arbeitspositionen erhielten zunehmend Kasachen nach dem Nationalitätenprinzip: Personen mit Leitungsfunktion und Schlüsselpositionen mussten Kasachisch beherrschen. Auch die mit der

---

<sup>78</sup> Vgl. Krieger 2015. S. 154.

<sup>79</sup> Vgl. Ebd. S. 144.

<sup>80</sup> Vgl. Hilkes 1996. S. 156 f.

Unabhängigkeit gebildete kasachische Armee und die einhergehende Kriegsdienstpflicht waren Faktor für eine Auswanderung.<sup>81</sup>

#### 2.4 Rechtlicher Status in der Bundesrepublik Deutschland

Der Artikel 116 des Grundgesetzes regelt die Aufnahme der Aussiedler in Deutschland. Er findet sich in der Verfassung, um Solidarität mit den von den Folgen des Zweiten Weltkriegs betroffenen Menschen auszudrücken. Demnach werden Flüchtlinge oder Vertriebene allen anderen Deutschen gleichgestellt, wenn sie als deutsche Volkszugehörige oder als deren Ehegatten oder Abkömmlinge aufgenommen wurden. Durch das sogenannte Bundesvertriebenengesetz (BVFG) über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 19. Mai 1953 erhielt die Verfassungsvorschrift Rechtskraft. Es definiert den Begriff des „Aussiedlers“, stellt ihn mit den Vertriebenen und Flüchtlingen gleich. Daraus ergibt sich ein Anspruch auf Aufnahme für die Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die Sowjetunion oder deren Nachfolgestaaten verlassen haben. Als deutsche Volkszugehörige gelten dabei Personen, die sich in ihrer Heimat zum deutschen Volkstum bekannt haben und deren Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung und Kultur bestätigt wird.<sup>82</sup>

Der Begriff „Russlanddeutsche“ hat im Bundesvertriebenengesetz keinen rechtlichen Status. Er wird allgemein für die Nachfahren deutscher Kolonisten verwendet, die in den Nachfolgestaaten der UdSSR leben. Dabei wird die Formulierung „российские немцы“<sup>83</sup> aufgegriffen, welche

---

<sup>81</sup> Vgl. Ebd. S. 157.

<sup>82</sup> Vgl. Jürgen Hensen: Zur Geschichte der Aussiedler- und Spätaussiedleraufnahme. In: Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitspolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Oldenbourg 2009. S. 47-61. Hier: S.48. Außerdem: §§ 1-4, 6 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) idF. v. 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010).

<sup>83</sup> „Rossijskie nemcy“ übersetzt: Russlanddeutsche.

die Russlanddeutschen häufig selbst verwenden.<sup>84</sup> Sie galten nach dem Bundesvertriebenengesetz als „Aussiedler“, seit Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes werden die seit 1993 Eingewanderten als „Spätaussiedler“ bezeichnet.<sup>85</sup>

Zur Wahrung der Einheit der Familie können nach § 27 Abs. 1 BVFG auf Antrag des (Spät-)Aussiedlers bei Vorliegen der Voraussetzungen auch dessen Angehörige in den Aufnahmebescheid der Bezugsperson einbezogen werden, wenn die Bezugsperson dies beantragt. Nichtdeutsche Ehepartner erhalten Erlaubnis, zu folgen, wenn die Ehe seit mindestens drei Jahren besteht und die einzubeziehende Person über Grundkenntnisse (Kompetenzstufe A1 des Europarates) der deutschen Sprache verfügt. (Spät-)Aussiedler sowie die in den Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten oder Abkömmlinge sind deutsche Staatsangehörige.<sup>86</sup> Dadurch sind sie statistisch nicht mehr von einheimischen Deutschen oder Eingebürgerten zu unterscheiden.<sup>87</sup> Sonstige nichtdeutsche Familienangehörige, zum Beispiel Schwiegereltern oder Stiefkinder des (Spät-)Aussiedlers, können im Rahmen der ausländerrechtlichen Bestimmungen zum Familiennachzug nach Deutschland aussiedeln.

## 2.5 Anzahl der Zuzüge von 1990 bis 2015 in die Bundesrepublik Deutschland

Die Anzahl der Zuzüge der Russlanddeutschen hing zusammen mit den politischen Entscheidungen über die Rehabilitierung der ethnischen Deutschen und deren Möglichkeit, nach Deutschland zurückkehren zu können. Mit Michail Gorbatschows Machtübernahme im Jahr 1990 und nach der Verabschiedung des Gesetzes „Über das Verfahren der Einreise

---

<sup>84</sup> Vgl. Sonja Haug, Lenore Sauer im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern: Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Nürnberg 2007. S. 18.

<sup>85</sup> Vgl. § 4 Abs. 1 Nr. 3 BVFG. Außerdem kann man nicht mehr als Spätaussiedler anerkannt werden, wenn man nach dem 31.12.1992 geboren wurde. Vgl. § 4 Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2094).

<sup>86</sup> Vgl. § 4 Abs. 3 BVFG.

<sup>87</sup> Vgl. §§ 7, 15 Abs. 1-2 BVFG. Vgl. Haug/Sauer 2007. S. 22.

in die UdSSR und der Ausreise aus der UdSSR“, entstand eine große Emigrationswelle. Aus allen Republiken der ehemaligen Sowjetunion wanderten Deutschstämmige nach Deutschland aus. Die Zahl der Auswanderer stieg in den Jahren 1987 bis 1990 um das Fünffache an. Die Spitzenzahlen fielen auf die Jahre 1992 bis 1995, in denen insgesamt 825.546 deutsche Aussiedler aus den ehemaligen Republiken der UdSSR nach Deutschland migrierten. Von 1988 bis 1999 verließen zwei Millionen Aussiedler die UdSSR/GUS.<sup>88</sup>

Zur besseren Steuerung der Zuzüge wurde 1993 das „Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“ verabschiedet. Es wurde eine Einwanderungsgrenze aus dem Jahresmittel der Einwanderungszahlen von 1991/1992 gebildet, wodurch die Zuzüge auf 220.000 begrenzt werden. Außerdem können nur noch diejenigen den Status des Spätaussiedlers erhalten, die vor dem 1. Januar 1993 geboren wurden.<sup>89</sup> Damit sanken die Einwanderungszahlen regelmäßig, bis ab 2007 nur noch 7.626 und weniger Russlanddeutsche nach Deutschland kamen.<sup>90</sup>

### **3. Russlanddeutsche in Rheinland-Pfalz und Hessen**

#### **3.1 Ausgangslage bei der Integration**

Durch den Zuzug der Russlanddeutschen entstanden viele Herausforderungen – zunächst die Aufnahme, anschließend die Registrierung und die Verteilung auf die Bundesländer. Darüber hinaus brachte auch die Integration der neuen Bürger für die Bundesrepublik große Probleme mit sich. Eine besonders schwierige Aufgabe dabei waren die mangelnden Sprachkenntnisse.<sup>91</sup> Außerdem führte das Anerkennungsverfahren von Bildungsabschlüssen zu Problemen bei der

---

<sup>88</sup> Vgl. Savoskul 2006. S. 201.

<sup>89</sup> Vgl. Manuela Westphal: Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen. Bielefeld 1997. S. 107.

<sup>90</sup> Vgl. Bundesverwaltungsamt: (Spät-)Aussiedler und ihre Angehörigen. Zeitreihe 1950 – 2015- Herkunftstaaten. 2016. S. 4-5.

<sup>91</sup> Vgl. Christoph Bergner: Thesen zur Fachtagung „zwei Jahrzehnte Politik für Aussiedler und nationale Minderheiten – Bilanz und Perspektiven. In: Christoph Bergner (Hg.) Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München 2009. S. 23-32. Hier: S. 26.

beruflichen Integration, da die im Herkunftsland erreichten Abschlüsse nicht mit denen in Deutschland gleichgesetzt wurden. Die schlechte wirtschaftliche Lage in den 1990er Jahren bedingte überdies Kürzungen der finanziellen Mittel – dies machte sich auch in der Verfügbarkeit von Sprachkursen und Fortbildungsmaßnahmen bemerkbar.<sup>92</sup> Drogenkonsum und Kriminalität der Russlanddeutschen können dabei als Ausdruck der schwierigen Situation interpretiert werden.

Zu den häufigsten Delikten der Russlanddeutschen zählten Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz. 1999 lag deren Anteil gemessen an der Gesamtzahl der Delikte bei 38 Prozent. Darauf folgten Diebstahl mit 24 Prozent, Raub mit 15 Prozent, Körperverletzung mit 11 Prozent und Sexualdelikte mit sieben Prozent.<sup>93</sup> Die Drogenproblematik wurde in einem Fragebogen von 1998 sichtbar, der am Zugangstag ausgefüllt wurde. Dabei gestanden 78 Prozent der immigrierten Russlanddeutschen den Konsum von Opiaten. Auch aus dem Strafvollzug sind ähnlich hohe Zahlen überliefert. So erfolgte bei russlanddeutschen Gefangenen im Jahr 1999 für 61 Prozent die Empfehlung der Verlegung in eine Drogentherapieeinrichtung.<sup>94</sup>

### 3.2 Integrationsstrategien

Die Einwanderung der Russlanddeutschen stellte die Bundesrepublik Deutschland vor viele Aufgaben. Um die Lebenswirklichkeit der Russlanddeutschen nachvollziehen und ihre Wahrnehmungen im nächsten Kapitel richtig einordnen zu können, ist es wichtig, die gewählten Integrationsstrategien der deutschen Bundesregierung für die Russlanddeutschen zu beleuchten.

---

<sup>92</sup> Vgl. Dorothea Brommler: Neue Herausforderungen – neue Instrumente? Deutsche Aussiedler-Politik am Scheideweg. In: Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser: Zuhause fremd – Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006. S. 109-129. Hier: S. 118.

<sup>93</sup> Vgl. Wolfgang Stelly, Joachim Walter: Russlanddeutsche im Jugendstrafvollzug – was ist aus ihnen geworden? In: Neue Kriminalpolitik – Forum für Praxis, Recht und Kriminalwissenschaften 22 (2011). S. 50-54, bes.: S. 50.

<sup>94</sup> Vgl. Ebd. S. 50.

In den nachfolgenden Unterkapiteln werden die Maßnahmen zur Förderung der Integration thematisiert. Zunächst werden die Durchführung der Aufnahme, Registrierung und Verteilung der Russlanddeutschen in der Bundesrepublik sowie in Rheinland-Pfalz und Hessen betrachtet. Anschließend wird der Blick auf die Integrations- und Sprachkurse sowie Integrationsprojekte des Bundes, in Rheinland-Pfalz und Hessen gelenkt.

Nun wird die Rechtssituation des Bundes und der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz betrachtet. Anschließend wird der Fokus auf die Durchführung der Aufnahme gerichtet.

### 3.2.1 Aufnahme der Russlanddeutschen

Die Aufnahme von Russlanddeutschen wurde 1990 bundesweit durch das Aussiedleraufnahmegesetz geregelt. Mit diesem Gesetz wurde ein zweistufiges Aufnahmeverfahren eingeführt. Die erste Stufe stellt ein vom Bundesverwaltungsamt im Herkunftsland durchgeführtes Aufnahmeverfahren dar. Dabei wurde die Erfüllung der Aufnahmevoraussetzungen beziehungsweise der Spätaussiedlereigenschaft des Antragstellers überprüft und durch einen Aufnahmebescheid bestätigt. Für die Bestimmung der Spätaussiedlereigenschaft ist das Kriegsfolgenschicksal zentral, worunter erlittene Benachteiligungen und deren Nachwirkungen aufgrund deutscher Volkszugehörigkeit zu verstehen sind.<sup>95</sup>

Mit dem Inkrafttreten des Wohnortzuweisungsgesetzes im Jahr 1989 wurden den einwandernden Russlanddeutschen Wohnorte zugewiesen. Jenes galt nach mehrfachen Änderungen bis 2009. Begründet wurde diese umstrittene Regelung mit wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen verschiedenen Gebieten und Kommunen, die durch überdurchschnittlich viele Zuzüge von Russlanddeutschen zu ihren Verwandten stärker

---

<sup>95</sup> Vgl. § 4 BVFG. Weiteres u.a. zu den rechtlichen Grundlagen der Zuwanderung der Spätaussiedler sowie das Anerkennungsverfahren ist auch in dem Artikel von Jannis Panagiotidis zu finden. Vgl. Jannis Panagiotidis: Staat, Zivilgesellschaft 1950-1989. In: Jochen Oltmer (Hg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert. Berlin 2016. S. 895-930.

belastet wurden als andere. Es kam zu einer Zuweisung eines bestimmten Wohnortes für zunächst zwei Jahre, später auf eine unbefristete Zeit und schließlich von 2000 bis 2009 auf drei Jahre.<sup>96</sup> Ausnahmen wurden nur zugelassen, wenn die Personen in einem selbst gewählten Wohnort einen Arbeitsplatz und eine eigene Wohnung nachweisen konnten. Trotz der Aufhebung des Wohnortzuweisungsgesetzes existiert auch heute noch eine Verteilung neu einreisender Personen auf die Bundesländer, die das Bundesverwaltungsamt nach dem „Königsteiner Schlüssel“<sup>97</sup> vornimmt.<sup>98</sup> Dieses Verfahren wird nachfolgend genauer untersucht.

In den 1950er Jahren existierten auf dem Gebiet der Bundesrepublik mehrere sogenannte „Grenzdurchgangslager“. Diese wurden bis in die zweite Hälfte der 1990er-Jahre aufgrund des starken Rückgangs der zuwandernden Spätaussiedler größtenteils geschlossen. Seit dem 28. September 1999 existiert nur noch das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen.<sup>99</sup> Da das Übernahme- sowie das Registrier- und Verteilungsverfahren beim Bundesverwaltungsamt 1990 zentralisiert wurde, erfolgt die Ankunft in Deutschland für alle (Spät-)Aussiedler im Grenzdurchgangslager Friedland in Niedersachsen, wo sie das mündliche Registrier- und Verteilungsverfahren durchlaufen und vor Ort untergebracht sowie versorgt werden.<sup>100</sup> Seit September 2006 existiert außerdem das Niedersächsische Zentrum für Integration, wo Eingewanderte einen

---

<sup>96</sup> Vgl. Amanda Klekowski von Kloppenfels: Migration von AussiedlerInnen. Wandel der politischen Perspektive. In: Birgit Menzel (Hg.): Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014. S. 19-34, bes., S. 29 f.

<sup>97</sup> Vgl. Der „Königsteiner Schlüssel“ geht auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949 zurück, welcher zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen eingeführt worden ist. Er wird mittlerweile in anderen Bereichen genutzt, beispielsweise bei der Verteilung von Spätaussiedlern. Er setzt sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der Länder zusammen. Vgl. hierzu „Königsteiner Schlüssel“. In: Bundesversicherungsamt. URL:

[http://www.bundesversicherungsamt.de/fileadmin/redaktion/Ausgleichfonds/Koenigsteiner\\_Schluesel\\_2015.pdf](http://www.bundesversicherungsamt.de/fileadmin/redaktion/Ausgleichfonds/Koenigsteiner_Schluesel_2015.pdf) (Letzter Aufruf: 24.04.2017).

<sup>98</sup> Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 23 f.

<sup>99</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analysen. Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Bad Ems 2008. S. 22.

<sup>100</sup> Vgl. Hensen 2009. S. 51.

Integrationskurs bereits in Friedland absolvieren können.<sup>101</sup> Nach ein paar Tagen erfolgt meistens jedoch die Weiterleitung.<sup>102</sup> Sie werden dabei nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt und wandern weiter an ihren zugewiesenen Wohnort.<sup>103</sup>

Die Rechtssituation der beiden Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen stellte sich in Bezug auf die Aufnahme und Erfassung der Zuwandernden unterschiedlich dar. Nach Sicht der rheinland-pfälzischen Landesregierung hat sich die Erstunterbringung in Durchgangwohnheimen und die Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege bewährt. Deshalb wurde von der Zuweisungsmöglichkeit des Wohnortzuweisungsgesetzes kein Gebrauch gemacht.<sup>104</sup> Statistische Daten zu den Durchgangwohnheimen – beispielsweise zur Gesamtzahl, zur regionalen Verteilung – liegen nicht vor, da Russlanddeutsche nach ihrer Einreise und Aufnahme in Rheinland-Pfalz nicht mehr als gesonderte Gruppe erfasst wurden.<sup>105</sup>

Auf der Grundlage des Wohnortzuweisungsgesetzes wurde vom Kabinett in Hessen am 11. Dezember 2001 die „Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern“ beschlossen.<sup>106</sup> Darin werden Zuweisungsquoten für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte bestimmt, die sich an deren Bevölkerungszahl orientieren. Man erhoffte

---

<sup>101</sup> Vgl. Caritasstelle im Grenzdurchgangslager Friedland/ Deutsches Rotes Kreuz  
Betreuungsstelle im Grenzdurchgangslager Friedland/ Innere Mission und Evangelisches  
Hilfswerk im Grenzdurchgangslager Friedland e.V.: Konzeption der  
Migrationserstberatung im Grenzdurchgangslager Friedland – Niedersächsisches  
Zentrum für Integration. [o.O] 2007. S. 1.

<sup>102</sup> Vgl. „Bundesaufnahmestelle Spätaussiedler“. In: Caritas Friedland. URL:  
<http://caritasfriedland.de/landesaufnahmebehörde/bundesaufnahmestelle-spataussiedler/>  
(Letzter Aufruf: 04.02.2017)

<sup>103</sup> Vgl. Hensen 2009. S. 51.

<sup>104</sup> Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz: Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU -  
Drucksache 15/1286. Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz. Mainz 2007. S. 4.

<sup>105</sup> Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz: Zuwanderungs- und Integrationsbericht der  
Landesregierung Rheinland-Pfalz 2003-2004. Mainz 2005. S. 84.

<sup>106</sup> Vgl. Hessisches Sozialministerium: Hessischer Integrationsbericht der hessischen  
Landesregierung 2003. [o.O] 2005. S. 113.

sich davon eine landesweite Entspannung und eine bessere Integration der Spätaussiedler.<sup>107</sup>

Die Verordnung trat am 1. Januar 2002 in Kraft und lief am 31. Dezember 2007 aus.

Laut dieser Verordnung ergab sich vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2004 folgende Verteilung:

<b>Städte und Kreise</b>	<b>Verteilungsquote</b>
Stadt Darmstadt	1,33 Prozent
Stadt Frankfurt am Main	6,87 Prozent
Stadt Offenbach am Main	0,00 Prozent
Stadt Wiesbaden	5,02 Prozent
Kreis Bergstraße	5,82 Prozent
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,54 Prozent
Kreis Groß-Gerau	3,70 Prozent
Hochtaunuskreis	4,23 Prozent
Main-Kinzig-Kreis	5,82 Prozent
Main-Taunus-Kreis	3,70 Prozent
Odenwaldkreis	0,27 Prozent
Wetteraukreis	5,82 Prozent
Landkreis Gießen	3,91 Prozent
Lahn-Dill-Kreis	5,54 Prozent
Landkreis Limburg-Weilburg	4,02 Prozent
Landkreis Marburg-Biedenkopf	4,54 Prozent
Vogelsbergkreis	1,59 Prozent
Stadt Kassel	3,43 Prozent
Landkreis Fulda	3,81 Prozent
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	2,00 Prozent

---

<sup>107</sup> Vgl. Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: Heimatvertriebene und Spätaussiedler – eine Bereicherung für unser Land. 2. Bericht des Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Wiesbaden 2003. S. 7.

Landkreis Kassel	4,33 Prozent
Schwalm-Eder-Kreis	3,81 Prozent
Landkreis Waldeck-Frankenberg	3,70 Prozent
Werra-Meißner-Kreis	1,69 Prozent

*Abbildung 3: Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern vom 11. Dezember 2001.*<sup>108</sup>

Ab dem 1. Januar 2005 änderte sich die Verteilung geringfügig.<sup>109</sup> Die Regelungen für eine landesinterne Zuweisungsregelung verloren ihre Gültigkeit, nachdem am 31. Dezember 2009 das Wohnortzuweisungsgesetz (WoZuG) und die Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern vom 11. Dezember 2001 außer Kraft traten. Darüber hinaus liefen sowohl das Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Übergangwohnheimen vom 19. Dezember 1994 als auch die Gebührenordnung für die vorläufige Unterbringung in Übergangwohnheimen vom 4. April 1995 2009 aus. Daher verabschiedete die Landesregierung die Verordnung über die Verteilung von Flüchtlingen, anderen ausländischen Personen, Spätaussiedlern und über die Gebühren für die Unterbringung (Verteilungs- und Unterbringungsgebührenverordnung vom 21. Dezember 2009).

Laut § 1 Abs. 1 des Landesaufnahmegesetzes und § 1 des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern aufzunehmenden Personen für die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt die Verteilung in Relation zur Einwohnerzahl der Städte.<sup>110</sup> Die Verteilungsquoten der

<sup>108</sup> Vgl. § 3 Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern (Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Februar 1996, BGBl I, S. 225) idF. v. 11. Dezember 2001, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. Juli 2009 (BGBl I, S. 1694).

<sup>109</sup> Vgl. Ebd.

<sup>110</sup> Bis 100.000 Einwohner 1 Prozent; bis 150.000 2 Prozent; über 150.000 Einwohner bis 4 Prozent; ab 200.000 bis 4,5 Prozent; ab 250.000 bis 5,5 Prozent; ab 300.000 6 Prozent; ab 400.000 8,5 Prozent. Vgl. hierzu § 1 Verordnung über die Verteilung von Flüchtlingen, anderen ausländischen Personen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und über die Gebühren für die Unterbringung vom 21. Dezember 2009.

Jahre 2013 und 2014 bewegten sich auf einem ähnlichen Niveau und basierten weiterhin auf der juristischen Grundlage von 2009.<sup>111</sup>

### 3.2.2 Übergangwohnheime: Wie wurden Russlanddeutsche in Rheinland-Pfalz und Hessen untergebracht?

Nach der Verteilung auf die verschiedenen Bundesländer wurden die Russlanddeutschen vorübergehend in sogenannten Übergangs- beziehungsweise Durchgangwohnheimen untergebracht. Es existierten große Unterschiede bezüglich der Trägerschaft, der Aufnahmekapazität, der Siedlungsschwerpunkte und der Verweildauer der Bewohner – sowohl zwischen den beiden Bundesländern, als auch innerhalb derselben. Diese Einzelaspekte, welche nachfolgend in gebotener Kürze thematisiert werden sollen, unterlagen darüber hinaus einem zeitlichen Wandel.

Von 1990 bis 2005 gab es in Rheinland-Pfalz an über 170 verschiedenen Standorten Durchgangwohnheime mit einer Gesamtaufnahmekapazität von etwa 17.000 Plätzen. Diese wurden von verschiedenen Sozialträgern oder Wohlfahrtsverbänden betrieben.<sup>112</sup> Die Gesamtzahl der Übergangwohnheime unterlag in Rheinland-Pfalz einem ständigen Wandel.<sup>113</sup> Am 1. Januar 1995 standen 132 Durchgangwohnheime zur Verfügung. 1996 waren es aufgrund gesunkener Zuwanderungszahlen nur noch 121.<sup>114</sup>

Zu Beginn der 2000er Jahre wurden wegen niedriger Zuwanderungszahlen in Rheinland-Pfalz nach und nach alle Durchgangwohnheime in freier Trägerschaft geschlossen. Auch das

---

<sup>111</sup> Vgl. Hessischer Landtag: Kleine Anfrage der Abg. Merz, Roth und Ypsilanti (SPD) vom 10.03.2015 betreffend Unterbringungssituation von Asylsuchenden in Hessen und Antwort des Ministers für Soziales und Integration. Wiesbaden 2015. S. 1.

<sup>112</sup> Dies ergab sich in Rücksprache mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

<sup>113</sup> Die Verteilung der Durchgangsheime innerhalb von Rheinland-Pfalz in den Jahren 1994 und 1995 wird durch die Antwort auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Fredy Schäfer (CDU) ersichtlich (Darstellungsverzeichnis 5). Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz: Kleine Anfrage des Abgeordneten Fredy Schäfer (CDU) und Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport. Übergangwohnheime in Rheinland-Pfalz. Mainz 1994. S. 3-6.

<sup>114</sup> Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz: Kleine Anfrage des Abgeordneten Fredy Schäfer (CDU) und Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport. Übergangwohnheime in Rheinland-Pfalz. Mainz 1995. S. 1 f.

Landesdurchgangwohnheim in Osthofen wurde zum 30. Juni 2007 aufgegeben.<sup>115</sup> Anhand einer Statistik des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz für die Jahre 1989 bis 2011 wurden die Siedlungsschwerpunkte sichtbar, welche in den Landkreisen Rhein-Hunsrück, Mayen-Koblenz, Westerwald, Neuwied und Birkenfeld (Darstellungsverzeichnis 4) lagen. Spätaussiedler hatten und haben jedoch keine Wohnsitznahmepflicht. Ihr Umzug an einen anderen Wohnort konnte aufgrund der bis dahin erlangten Staatsangehörigkeit daher nicht mehr gesondert erfasst werden.<sup>116</sup>

Zu Hessen existieren bezüglich der Übergangwohnheime keine kontinuierlich erfassten statistischen Daten. Einblicke werden allerdings durch einen Integrationsbericht aus dem Jahr 2003 der Hessischen Regierung, durch Akten aus dem Hauptstaatsarchiv für die Jahre 2002 und 2003 in Darmstadt sowie durch Veröffentlichungen kleiner und großer Anfragen des hessischen Landtags möglich.

Im Jahr 1996 existierten 301 Übergangsheime, in denen 18.635 Personen untergebracht waren.<sup>117</sup> Anfang April 2004 wohnten insgesamt 5.402 Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion in den Übergangwohnheimen Hessens (Darstellungsverzeichnis 6: Spätaussiedler in Übergangwohnheimen Anfang April 2004 in Hessen.).<sup>118</sup> Aufgrund sinkender Zuzugsanzahl wurden bis zum 31. Dezember 2002 alle Landeseinrichtungen bis auf das

---

<sup>115</sup> Seit dem 1. Juli 2007 nehmen die dem Land Rheinland-Pfalz zugewiesenen Spätaussiedler für sechs Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung in Friedland an Integrationskursen teil und werden danach in eine Wohnung in einer rheinland-pfälzischen Kommune vermittelt. Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz: Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1286 – Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz. Mainz 2007. S. 4.

<sup>116</sup> Vgl. § 8 Abs. 1 Satz 1 BVFG.

<sup>117</sup> Vgl. Hessischer Landtag: Kleine Anfrage des Abg. Hermanns (CDU) vom 22.05.96 betreffend Aussiedlerübergangwohnheim in Langen und Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit. Wiesbaden 1996. S. 1.

<sup>118</sup> Vgl. Hessischer Landtag: Kleine Anfrage der Abg. Henzler (FDP) vom 29.05.2002 betreffend Spätaussiedler in Hessen und Antwort der Sozialministerin. Wiesbaden 2002. S. 4.

Übergangswohnheim in Hasselroth aufgegeben.<sup>119</sup> Hasselroth wurde später in mehreren Schritten als hessische Fördereinrichtung für junge Zugewanderte in das Regierungspräsidium Darmstadt eingegliedert. Einige Verwaltungsstandorte wurden außerdem geschlossen und die Verantwortung der Aufnahme und Integration der Spätaussiedler auf Kommunen verteilt.<sup>120</sup>

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bewohner in den Durchgangswohnheimen von Rheinland-Pfalz und im Landesdurchgangswohnheim in Osthofen lag im Jahr 1990 bei durchschnittlich ungefähr neun Monaten. 2006 verweilten die Spätaussiedler dort nur noch etwa drei Monate.

Den einzigen Einblick bezüglich der Verweildauer in den hessischen Übergangswohnheimen bietet eine Erhebung des Übergangswohnheims Hessisch-Lichtenau aus dem Jahr 2000. In den Einrichtungen Mittel- und Nordhessens war die Aufenthaltslänge demzufolge aufgrund der guten Wohnungsmarktbedingungen kürzer als in den Ballungszentren des südhessischen Raumes.<sup>121</sup> Im südhessischen Gebiet war die durchschnittliche Verweildauer ungefähr sechs Monate länger.<sup>122</sup>

### 3.2.3 Sprach- und Integrationskurse

Spätaussiedler haben nach § 9 Absatz 1 BVFG einen Anspruch auf kostenlose Teilnahme an einem Integrationskurs, der ihnen in einem Basis- und einem Aufbausprachkurs ausreichende Sprachkenntnisse vermitteln soll. Darauf aufbauend folgt ein Orientierungskurs, dessen Ziel es ist, Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland weiterzugeben.<sup>123</sup> Die Sprachförderung der Spätaussiedler war zunächst gesondert im Sozialgesetz geregelt.<sup>124</sup> Aufgrund gestiegener

---

<sup>119</sup> Vgl. Hessisches Sozialministerium 2005. S. 113.

<sup>120</sup> Vgl. Hessischer Landtag: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Schließung von Behördenstandorten der Landesverwaltung Drucksache 18/3501. Wiesbaden 2011. S. 4, S. 6, S. 9.

<sup>121</sup> 69 Prozent der Wohnheimbewohner lebten dort bis zu einem Jahr. 24 Prozent verweilten ein bis zwei Jahre in Hessisch-Lichtenau, sieben Prozent über zwei Jahre.

<sup>122</sup> Vgl. Hessischer Landtag 2002. S. 3.

<sup>123</sup> Vgl. § 9 Abs. 1 BVFG. S. 48.

<sup>124</sup> Früher durch §§ 419 ff. Sozialgesetzbuch III-Arbeitsförderung geregelt.

Zuzugszahlen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion wurde 1990 das „Eingliederungsanpassungsgesetz“ eingeführt. Damit wurden Integrationshilfen, wie beispielsweise die Sprachförderung sowie Sozialleistungen gekürzt.<sup>125</sup> Seit 2005 ist die Sprachförderung Bestandteil des Aufenthaltsgesetzes.<sup>126</sup>

Im Jahr 2005 wurde außerdem das Zuwanderungsgesetz eingeführt, welches einen Perspektivenwechsel der Politik ausdrückte. Die Integration für Russlanddeutsche wurde mit den Einwanderungs- und Integrationsprozeduren für nichtdeutsche Zuwanderer identisch. Gründe waren die vermehrt fehlenden Sprachkenntnisse der in den 1990er Jahren zugezogenen Russlanddeutschen und damit erschwerten Chancen am Arbeitsmarkt.<sup>127</sup> Für die Zulassung Teilnahmeberechtigter zu den Kursen, die Vergabe der Fördermittel und die Konzeption der Integrationskurse wurde das BAMF zuständig.<sup>128</sup>

Das BAMF bietet auf der Grundlage von § 9 Abs. 4 des BVFG seit 2006 eine weitere Integrationsfördermaßnahme für Spätaussiedler an. Der Kurs „Identität und Integration PLUS“ behandelt vor allem die spezifischen Lebenssituationen der Spätaussiedler. In hundert Unterrichtseinheiten beschäftigen sich die Spätaussiedler mit ihrer Identität, Problemen bei der Alltagsbewältigung im neuen Lebensumfeld, aber auch den Möglichkeiten am deutschen Arbeitsmarkt.

Träger dieses Kurses sind neben vielen Volkshochschulen und Wohlfahrtsverbänden auch Vereine sowie Vertriebenen- beziehungsweise landsmannschaftliche Verbände. Das Angebot wurde inzwischen weiterentwickelt. Die Altersgrenze von 27 Jahren wurde aufgehoben, so

---

<sup>125</sup> Vgl. Westphal 1997. S. 107.

<sup>126</sup> Vgl. §§ 43 ff. Aufenthaltsgesetz idF. v. 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1106).

<sup>127</sup> Vgl. Klekowski von Koppenfels 2014. S. 22.

<sup>128</sup> Trotz Rücksprache mit Statistik-Service Südwest, Bundesagentur für Arbeit konnten zu den vorher von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführten Deutsch-Sprachlehrgängen kaum Daten gefunden werden. Vgl. Albert Schmid: Zur Integration von Aussiedlern. In: Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitspolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Oldenbourg 2009. S. 67-78, hier S. 67.

dass alle Spätaussiedler ab 16 Jahren an dem Kurs teilnehmen können. Um dem breiteren Teilnehmerspektrum gerecht zu werden, bekommen Träger größere Gestaltungsspielräume bei der inhaltlichen Planung und Durchführung von Integrationsmaßnahmen, wodurch sie zusätzliche individuelle Themenfelder behandeln können. Zur Qualitätssicherung und Wirkungskontrolle wurden Selbstevaluationselemente eingeführt.<sup>129</sup>

Es existiert keine durchgehende, allgemeine Auflistung der Integrationskursträger in Rheinland-Pfalz und Hessen für den Zeitraum 1990 bis 2015, da eine einheitliche Regelung der Integrationskurse erst im Jahr 2005 durch das Zuwanderungsgesetz verabschiedet wurde.<sup>130</sup> Bezüglich der Integrationskurse liegen entsprechend für die erste Hälfte des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit keine Statistiken vor.

Allerdings können zwei Beispiele genannt werden, die bis heute Sprachkurse im Rhein-Main-Gebiet ausführen und finanziell im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes von 1995 von Rheinland-Pfalz unterstützt werden. Die „Katholische Erwachsenenbildung, Landesarbeitsgemeinschaft RLP e.V.“ (KEB) bietet bis heute Sprachkurse für Spätaussiedler und deren Kinder in ihren Einrichtungen, unter anderem, in Mainz und weiteren Teilen Rheinhessens an.<sup>131</sup> Die „Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in RLP e.V.“ (ELAG) ist ebenso im Bereich Sprachförderung tätig: Neben anderen Standorten werden beispielsweise in Ingelheim Sprachkurse für Flüchtlinge, Spätaussiedler sowie gesondert für ausländische Frauen durchgeführt.<sup>132</sup>

Für den Zeitraum von 2005 bis 2015 liegen lückenlose Datenreihen nur auf Bundesebene vor. Lediglich für die Jahre 2006, 2007 und 2011 liegen Zahlen zu Rheinland-Pfalz vor, was zumindest einen kleinen Einblick in die jüngste Zeit ermöglicht. Demnach existierten im Jahr 2006 in

---

<sup>129</sup> Vgl. Ebd. S. 71.

<sup>130</sup> Dies ergab sich in Rücksprache mit dem BAMF.

<sup>131</sup> Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005. S. 125.

<sup>132</sup> Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 62.

Rheinland-Pfalz 102 Integrationskursträger, während ihre Zahl 2011 auf 70 und 2015 auf 61 sank.<sup>133</sup>

Für die Jahre 2005 bis 2015 wurden außerdem durchgehend Statistiken des BAMF über die Anzahl der Integrationskursabsolventen bundesweit herausgegeben. Die Zahl der berechtigten Spätaussiedler lässt sich für die einzelnen Bundesländer nicht verlässlich ermitteln, da das Bundesamt die Anschrift des Spätaussiedlers frühestens mit der Anmeldung zum Integrationskurs erhält, zu welchem Zeitpunkt er aber bereits den Status eines Teilnehmers besitzt.<sup>134</sup> Daher spiegeln die im Folgenden erwähnten Zahlen wahrscheinlich nicht die Gesamtheit der teilnehmenden Spätaussiedler wider. Auf der Berechnungsgrundlage des Zeitraums von 2005 bis 2009 ergibt sich ein jährlicher Durchschnitt von etwa 95.000 Kursteilnehmern, wovon 6761 jährlich Spätaussiedler waren, 2010 hingegen 1.872 und 2011 1.331 mit einem Anteil von 1,2 % Spätaussiedlern. Dies ist auf den weiteren Rückgang der Zuwanderung zurückzuführen.<sup>135</sup> Im Jahr 2014 stieg die Anzahl der Spätaussiedler an den Kursen auf 3.235 an, sank jedoch 2015 wieder auf 2.132 ab.<sup>136</sup>

Für das Jahr 2013 ging das BAMF von 1.574 ausgegebenen Berechtigungen und Verpflichtungen zu Zulassungen zur Teilnahme an Integrationskursen für Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz aus.

Die Daten zu Hessen sind weitaus lückenhafter und ermöglichen daher keine glaubwürdige statistische Auswertung. In Hessen gab es im Jahr

---

<sup>133</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2011. 2012. S. 14.

<sup>134</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2012. 2013. S. 1.

<sup>135</sup> Vgl. BAMF 2012. S. 14.

<sup>136</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2015. 2016. S. 17.

2005 136 zugelassene Integrationsträger, im Jahr 2010 144<sup>137</sup> und ein Jahr später 106<sup>138</sup>, 2015 stieg ihre Zahl wieder leicht auf 112 an.<sup>139</sup>

In Hessen nahmen im Jahr 2005 8.239 Personen an Integrationskursen teil, wovon 18,9 % Spätaussiedler waren.<sup>140</sup> 2013 erhielten 1.574, im Jahr 2014 3.235 Spätaussiedler Berechtigungen zur Teilnahme an Integrationskursen.<sup>141</sup>

### 3.2.4 Integrationsprojekte und geförderte Vereine im Rhein-Main-Gebiet

Um einen Einblick in die Integrationspolitik der Landesregierungen von Hessen zu erhalten und die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in der Mainzer Allgemeinen Zeitung und *Mainzer Rhein-Zeitung* besser einordnen und bewerten zu können, wird in diesem Teil untersucht, welche Integrationsprojekte es im Rhein-Main-Gebiet gab und vom Bund oder den Landesregierungen gefördert wurden.

Auf Bundesebene gestaltete es sich für die Jahre 1990 bis 2015 als schwieriges Unterfangen, kontinuierliche oder bereits statistisch aufgearbeitete Informationen über alle Integrationsprojekte und Vereine zu ermitteln. Denn gerade für die letzten Jahrzehnte sind diese Fragen bisher weder von der Forschung noch vom Verwaltungsapparat umfassend aufgegriffen worden. Es können entsprechend in diesem ersten Teil nur exemplarische Integrationsmaßnahmen und geförderte Projekte von der Bundesregierung angeführt werden.

Ein wichtiger Baustein für die Integration ist der 1957 entstandene „Europäische Sozialfonds“ (ESF). Damit ein Mitgliedsstaat Mittel erhält, verständigt sich dieser mit der Europäischen Kommission auf bestimmte

---

<sup>137</sup> Vgl. „Liste der vom BAMF zugelassenen Integrationskursträger (Stand 22.12.10)“. In: DAZ-Netzwerk Hessen. URL: <http://daz-netzwerk-hessen.e2make.de/liste%20der%20vom%20bamf%20zugelassenen%20integrationskurstr%C3%A4ger.pdf> (Letzter Aufruf: 08.03.2017).

<sup>138</sup> Vgl. BAMF 2012. S. 14.

<sup>139</sup> Vgl. BAMF 2016. S. 17.

<sup>140</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Integration voneinander lernen – gemeinsam leben. Integrationskurse – Jahresbilanz 2005 -. o.A.. S. 8.

<sup>141</sup> Vgl. BAMF 2016. S. 17.

operationelle Programme, wodurch die ESF-Maßnahmen und Ziele festgelegt werden. Die ESF-Fördermittel werden im Rahmen eines siebenjährigen Zeitraums genutzt und an die Mitgliedstaaten und Regionen verteilt. Mit diesen Programmen werden Beschäftigungsprojekte unterstützt, die von öffentlichen und privaten Organisationen durchgeführt werden.<sup>142</sup>

Die bereits in Kapitel 3.2.3 thematisierte große Rolle des BAMF im Bereich der Integrationskurse seit 2005 bewirkte, dass ihm für die EU-Förderperiode 2007–2013 die Verantwortung für die Durchführung der bundesweiten berufsbezogenen Deutschförderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF-BAMF-Programm) übertragen wurde.<sup>143</sup>

Im Rahmen dieses Programmes wurden Vollzeitkurse von bis zu sechs Monaten oder Teilzeitkurse von bis zu 12 Monaten angeboten, die von bestimmten Bildungseinrichtungen durchgeführt werden. Neben berufsbezogenem Sprachunterricht wurde auch Fachunterricht erteilt. Darüber hinaus war jeweils ein Praktikum vorgesehen.<sup>144</sup>

Ein wichtiger Faktor für die Integration der Russlanddeutschen ist das Bundesprogramm „Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H)“, welches 1965 entstand. Es ist aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Die „Otto Benecke Stiftung e.V.“ ist hierbei für die Vergabe der Zuwendungen verantwortlich. Es werden Zugewanderte – insbesondere Spätaussiedler –

---

<sup>142</sup> Die Höhe der ESF-Finanzmittel und die Art der finanzierten Projekte hängen vom relativen Wohlstand der jeweiligen Region ab. Vgl. „Wie der ESF funktioniert.“ In: Europäische Kommission. URL: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=525&langId=de> (Letzter Aufruf: 27.04.2017).

<sup>143</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Berufsbezogene Deutschförderung. Das ESF-BAMF-Programm. Köln 2013. S. 6.

<sup>144</sup> Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin 2014. S. 49-52.

bis zu einem Alter von 30 Jahren bei der akademischen Laufbahn beraten und unterstützt.<sup>145</sup>

Es gibt den Verein „Phönix e.V.“, welcher in Rheinland-Pfalz 2004 in Mainz gegründet wurde sowie agiert und sich insbesondere an Spätaussiedler, Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern, Migranten aus Osteuropa und Russland im Speziellen wendet. „Phönix e.V.“ bietet verschiedene Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene, an. So gibt es kulturelle Angebote und Sprachkurse, Computerkurse sowie Freizeit- und Sportaktivitäten. Des Weiteren werden Fachtagungen zu verschiedenen Themen für Deutsche durchgeführt. Ziel ist es, zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beizutragen und Vorurteile abzubauen.<sup>146</sup>

Fernab von den ESF-Mitteln werden Vereine für Spätaussiedler auch direkt vom Bund finanziell unterstützt – so beispielsweise der „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ (BdV), kurz Bund der Vertriebenen genannt, welcher als Dachverband die deutschen Vertriebenenverbände vereint. Das erklärte Ziel des Vereins ist es, die Interessen der von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung betroffenen Deutschen wahrzunehmen. Im Zuge dessen besteht eine enge Kooperation des Bundes mit der „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“. So unterstützte das BAMF beispielsweise das Projekt „Gemeinsam in Wiesbaden“, welches vom 1. September 2010 bis zum 31. August 2013 gefördert wurde.<sup>147</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl. „Richtlinien Garantiefonds Hochschule“. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/integration-und-chancen-fuer-junge-menschen/garantiefonds-hochschule> (Letzter Aufruf: 27.04.2017).

<sup>146</sup> Vgl. Birgit Jagusch: Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (VJM) in Rheinland-Pfalz. Bestandsaufnahme – Chancen – Herausforderungen. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Duisburg 2009. S. 41-42.

<sup>147</sup> Vgl. „Vorstellung eines neuen Integrationsprojektes der Ortsgruppe Wiesbaden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“. In: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration. URL: <https://soziales.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/vorstellung-eines-neuen-integrationsprojektes-der-ortsgruppe-wiesbaden-der> (Letzter Aufruf: 20.05.2017).

Die Überlieferungslage der Integrationsmaßnahmen und -projekte stellt sich für den hessischen Teil des Rhein-Main-Gebiets als schwierig dar. Für die Ermittlung der Integrationsprojekte und Vereine in Hessen ist dabei ein Integrationsbericht aus dem Jahr 2003 bedeutsam. Dieser stützt sich auf den sogenannten Integrationskompass, welcher vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration organisiert wurde und in welchem Projekteintragen zu finden sind. Sie stammen aus einer landesweiten Umfrage aus dem Jahr 2001. Adressaten waren die im Bereich der Integrationsarbeit tätigen Verbände, Vereine, Initiativen sowie die für Zuwanderer zuständigen Fachleute in den Verwaltungen der 21 Landkreise und 426 Städte, Gemeinden und kreisfreien Städte in Hessen. Die Datenbank enthält rund 900 Projekteinträge mit Angaben jeweils zu Trägern, Ansprechpartnern, Kooperationspartnern, Projektschwerpunkten, Aktivitäten und Zielgruppen. Alle Projekte, welche die entsprechenden Informationen übermittelt haben, sind darin abgebildet. Der Integrationskompass erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wird jedoch regelmäßig aktualisiert.<sup>148</sup>

Die aktuelle Forschungslage zu den Integrationsmaßnahmen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz ermöglicht es im Rahmen dieser Arbeit nicht, einen Gesamtüberblick von 1990 bis 2015 zu geben. Gesetzestexte sowie einzelne Berichte aus den Jahren 2002 bis 2012 vermitteln für Rheinland-Pfalz allerdings einen Einblick. Womöglich wäre für die Zukunft ein ähnliches Vorgehen wie das des Bundeslandes Hessen mit einer Umfrage sinnvoll.

In Hessen gab es verschiedene Integrationsmaßnahmen zu unterschiedlichen Bereichen, nämlich Sprach- und Ausbildungsförderung und Beratung. Auch verschiedene Vereine, die die Russlanddeutschen mit einer Vielzahl Projekten über den Zeitraum von 1990 bis 2015 unterstützt

---

<sup>148</sup> Vgl. „Der Integrationskompass. Handlungsfelder und Projekte.“ In: Integrationskompass. URL: <http://integrationskompass.de/hmdj/home/~btm/Handlungsfelder-und-Projekte/> (Letzter Aufruf: 02.03.2017).

haben, wurden gefördert. Da eine Gesamtdarstellung aller Projekte den Rahmen der Arbeit übersteigen würde, kann jeder Bereich nur exemplarisch dargestellt werden. In Rheinland-Pfalz kristallisierten sich Integrationsmaßnahmen in vier verschiedenen Bereichen heraus – Arbeitsmarkt, Jugendarbeit, Beratung sowie Kultur, welche in diesem Kapitel anhand von Beispielen beschrieben werden.

Einen Schwerpunkt im hessischen Rhein-Main-Gebiet stellten die Kurse zur Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung in der „Fördereinrichtung für junge Zugewanderte“ in Hasselroth dar. Dort können jugendliche Spätaussiedler, die in Hessen wohnen, bis heute ihren Hauptschulabschluss oder ihre Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Begleitet werden die Kurse durch sozialpädagogische Maßnahmen, Sprachförderung und Hausaufgabenhilfen. Ergänzt wird das Angebot durch die Möglichkeit einer Internatsunterbringung und durch Coaching-Projekten, die den Schülern helfen, nach dem Ausbildungserwerb ihren weiteren Berufsweg zu gestalten.<sup>149</sup>

Außerdem wurden seit dem Jahr 1999 Multiplikatorenprojekte der „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“ und der „Deutschen Jugend aus Russland“ durch Hessen gefördert, um deren Integrationsprojekte zu unterstützen. Dabei wird unterschieden zwischen der Sprachförderung und speziellen Integrationsprojekten. 2001 wurden zur Unterstützung der Integrationskurse des BAMF 21 Sprachförderprojekte und 18 Integrationsprojekte finanziell vom Land Hessen gefördert.

Integrationsprojekte im Bereich des Arbeitsmarkts für Spätaussiedler gab es vor allem in den strukturschwachen Teilen von Rheinland-Pfalz. Für

---

<sup>149</sup> Vgl. Hessisches Sozialministerium 2005. S. 44.

das Rhein-Main-Gebiet ließen sich hingegen anhand der Integrationsberichte keine vergleichbaren Projekte ausmachen.<sup>150</sup>

Die Anerkennung der Berufsabschlüsse war, wie bereits in Kapitel 2.1 dargelegt wurde, für die Russlanddeutschen problematisch, wurde allerdings in § 10 des BVFG seit 1993 geregelt. Durch das am 1. April 2012 in Kraft getretene „Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen“ (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, BQFG) und das „Landesgesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Rheinland-Pfalz“ vom 16. Oktober 2013 (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Rheinland-Pfalz, BQFGRP) kam es zu einer weiteren Ergänzung.<sup>151</sup>

Ein wichtiger Bereich der Integrationsförderung war die Jugendsozialarbeit und Beratung im Rhein-Main-Gebiet.

Die Beratung war für den hessischen Bereich bei der Integration bedeutsam. So existierte in Fulda eine Berufs- und Sozialberatung.<sup>152</sup> Die Jugendsozialarbeit wurde in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Programms „Förderung der Jugendsozialarbeit“ in den Jahren 2003 und 2004 begünstigt. Dabei wurden 13 Projekte mit einer Fördersumme von 235.688 Euro unterstützt, die der Integration von, unter anderem, Spätaussiedlern dienten. Darunter fielen das IB Bildungszentrum Mainz, wo Jugendarbeit mit Aussiedlern in Osthofen stattfand und das „Jugendcafé Lerchenberg“, dessen Träger die Sozialpädagogische Jugendwohngemeinschaft Mainz war.<sup>153</sup> Letzteres fungiert heute primär als Beratungsstelle für alle Jugendlichen ab 12 Jahren.<sup>154</sup>

---

<sup>150</sup> Ein Beispiel ist das „Integrationsprojekt für Sozialhilfeempfänger, die schwer zu vermitteln sind“ in Bad Kreuznach. Mehr dazu in: Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005. S. 138.

<sup>151</sup> Vgl. „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“. In: Rheinland-Pfalz. URL: <https://add.rlp.de/de/themen/staat-und-gesellschaft/anererkennung-apostillen/anererkennung-auslaendischer-berufsabschluesse/> (Letzter Aufruf: 04.05.2017).

<sup>152</sup> Vgl. Hessisches Sozialministerium 2005. S. 76-81.

<sup>153</sup> Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005. S. 141.

<sup>154</sup> Vgl. „Jugendcafé Lerchenberg“. In: <http://www.juvente-mainz.de/55-0-Jugendcaf+Lerchenberg.html> (26.04.2017).

Im dem Teil von Rheinland-Pfalz, der zum Rhein-Main-Gebiet zählt, fanden Projekte zur Drogen- und Sexualberatung, zur Suchthilfe sowie zur Förderung von Gefängnisinsassen in den Integrationsberichten der Landesregierung keine Erwähnung. In anderen Regionen von Rheinland-Pfalz traten diese jedoch in Erscheinung.<sup>155</sup>

Die Integrationsarbeit von Vereinen der Russlanddeutschen im Rhein-Main-Gebiet spielte sowohl in Hessen, als auch in Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle.

Im hessischen Teil wird dabei die kulturelle Förderung der Russlanddeutschen durch die Vereine wichtig. Daher ist der Landesverband Hessen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Teil der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, welche am 22. April 1950 gegründet wurde, gefördert. Er vertritt Interessen der Russlanddeutschen, ist eine Hilfsorganisation und ein Kulturverein. Der Landesverband Hessen ist in verschiedenen Städten Hessens vertreten und bietet, unter anderem, Sprachkurse, PC-Kurse, eine Samstagsschule für Kinder, Musikunterricht, Tanzkurse, Kindergesang und Theater an. Zur Verbesserung des Geschichtsbewusstseins der Russlanddeutschen werden außerdem Ausstellungen veranstaltet.<sup>156</sup> Der Landesverband Hessen des Bundes der Vertriebenen und die Landesgruppe Hessen der „Deutschen Jugend aus Russland“ werden ebenso mit Fördermitteln bezuschusst, die auch eine Vielzahl von Projekten anbieten. Das Land Hessen hat außerdem die Patenschaft über die Russlanddeutschen aus

---

<sup>155</sup> Es gab folgende Projekte: „Aufbau und Etablierung eines Dienstes für Sexualpädagogik, Reproduktive Gesundheit und Prävention sexualisierter Gewalt“ im Landkreis Daun von Juni 2001 bis Dezember 2003, Drogen- und Suchtberatung für jugendliche Spätaussiedler und drogenauffällige Kraftfahrer im gesamten Rhein-Hunsrück-Kreis, Förderung von (jugendlichen) Spätaussiedlern in JVA-Anstalten in Rohrbach, Trier, Koblenz durch Arbeitsgruppen etc. Vgl. hierzu Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005. S. 141, S. 145, S. 155.

<sup>156</sup> Vgl. „Vorstellung eines neuen Integrationsprojektes der Ortsgruppe Wiesbaden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“. In: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration. URL: <https://soziales.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/vorstellung-eines-neuen-integrationsprojektes-der-ortsgruppe-wiesbaden-der> (Letzter Aufruf: 20.05.2017).

dem Gebiet der Wolga übernommen, weil viele von ihnen vor über 200 Jahren aus Hessen ausgewandert sind.<sup>157</sup>

Der Landesverband der Deutschen aus Russland, welcher der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland untersteht, kooperiert eng mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Ein Beispiel für das Engagement des Landesverbandes ist die Migrationsberatung für Erwachsene, deren Ziel es ist, durch ein einheitliches Beratungsangebot für alle erwachsenen Neuzuwanderer den Integrationsprozess gezielt zu fördern und zu begleiten. Die Mitarbeiter beraten die Russlanddeutschen und Migranten über das Integrationsangebot der Integrations- und Deutschkurse, Kinderbetreuungsangebote während der Integrationskurse, die Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen, Wohnungssuche sowie bei Problemen im Alltag und in schwierigen Lebenssituationen.<sup>158</sup> Auch Wanderausstellungen zu der Geschichte der Russlanddeutschen finden seit 2015 in Rheinland-Pfalz statt.

### 3.2.5 Förderung der politischen Teilhabe in Rheinland-Pfalz und Hessen

Auch die politische Teilhabe der Russlanddeutschen im Rahmen der Integrationspolitik wurde gefördert. Seit 1994 existierten Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz und sollten zur politischen Willensbildung beitragen sowie die Integration fördern. Allerdings konnten nur Ausländer wählen und gewählt werden; am 1. Januar 2009 trat daher das Landesgesetz über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration in Kraft. Dadurch konnten auch Spätaussiedler einbezogen werden. Die Beiräte wurden stärker mit der kommunalen Politik verzahnt,

---

<sup>157</sup> Vgl. Hessischer Landtag: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Spätaussiedler in Hessen Drucksache 15/2079. Wiesbaden 2004. S. 26.

<sup>158</sup> Vgl. „Projekt Migrationsberatung“. In: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. URL: <http://lmdr.de/projekt-migrationsberatung/> (Letzter Aufruf: 14.02.2017).

womit Migranten sich besser als zuvor politisch in ihrer Kommune engagieren können sollten.<sup>159</sup>

Die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen brachten Anfang 2014 auf Empfehlung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. einen Gesetzentwurf zur Erweiterung der Wahlberechtigung für die kommunalen Beiräte für Migration und Integration in den Landtag ein. Von den Regierungsfractionen wurde daraufhin das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt.<sup>160</sup>

Am 23. November 2014 wurden die neuen Beiräte für Migration und Integration in 46 Kommunen gewählt – im Jahr 2009 waren es hingegen 49. Nach dem Wahlergebnis wurde eine landesweit niedrige Beteiligung an den Wahlen von 9,23 Prozent festgestellt, wobei die Unterschiede zwischen einzelnen rheinland-pfälzischen Kommunen groß waren. Außerordentlich fiel die Wahlbeteiligung in der Stadt Alzey aus, wo annähernd jeder zweite Wahlberechtigte zur Wahl ging (47,5 Prozent). Der Landkreis mit der höchsten Wahlbeteiligung war Alzey-Worms mit über 17,1 Prozent.<sup>161</sup>

Die kommunalen Räte konnten und können weitere Mitglieder in die Integrationsbeiräte berufen, vorzugsweise aus dem Kreis der Ratsmitglieder, was eine enge Verbindung von kommunalem Rat, Integrationsbeirat und Verwaltung bewirken soll.

Zur Stärkung der neuen Beiräte finanziert die Landesregierung zusammen mit dem BAMF seit 2011 das Projekt „Integration als Gemeinschaftsaufgabe – Politische Partizipation von Migranten/ innen

---

<sup>159</sup> Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz: Gesetzentwurf der Landtagsfraktion SPD: Landesgesetz über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration. Mainz 2008. S. 1.

<sup>160</sup> Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz: Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2009-2010. Mainz 2011. S. 23.

<sup>161</sup> Vgl. „Kommunale Beiräte für Integration und Migration.“ In: Rheinland-Pfalz. Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. URL: <https://mffjiv.rlp.de/ar/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/kommunale-beiraete-fuer-migration-und-integration/> (Letzter Aufruf: 14.03.2017).

erhöhen, kommunale Integrationspolitik stärken“ der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP).<sup>162</sup> Das Projekt schult neue Beiratsmitglieder und hilft, aus den unterschiedlichen Mitgliedern mit und ohne Migrationshintergrund, produktive Beiräte zu entwickeln. Unterstützt von der Abteilung Frauen begann im November 2010 ein Mentoring-Projekt für weibliche Beiratsmitglieder. Frauen mit und ohne Migrationshintergrund aus Rheinland-Pfalz, die über langjährige Erfahrungen in der Kommunalpolitik oder in der Integrationsarbeit verfügten, berieten und förderten in diesem Rahmen weibliche Beiratsmitglieder als Mentoren.<sup>163</sup> Das Mentoring-Projekt ging bis Oktober 2012 und wurde vom BAMF gefördert.<sup>164</sup>

Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz gab es in Hessen erst seit 2014 Beratungen der Ausländerbeiräte über Weiterentwicklungen. Dabei sollten die Spätaussiedler in der Hessischen Gemeindeordnung gemäß § 86 Absatz 4 ein passives Wahlrecht erhalten. Dies wurde aber bis heute nicht umgesetzt.<sup>165</sup>

### 3.3 Zwischenfazit

Wie gestaltete sich die Ausgangslage der Russlanddeutschen bei ihrer Ankunft und welche Integrationsmaßnahmen wurden vollzogen? Die erste Herausforderung der Bundesrepublik war die Verteilung der Russlanddeutschen auf die Bundesländer. Außerdem führten fehlende Sprachkenntnisse sowie die Anerkennung der Berufsabschlüsse zu

---

<sup>162</sup> Dafür existieren Kooperationen zwischen AGARP, dem Integrationsministerium, der Landeszentrale für politische Bildung, der Kommunalakademie, dem Verband der Volkshochschulen Rheinland-Pfalz und dem Initiativausschuss für Migrationspolitik. Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz 2011. S. 24.

<sup>163</sup> Vgl. Ebd. S. 24 f.

<sup>164</sup> Vgl. „Modellprojekte“. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. URL: <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Projekttraeger/Integrationsprojekte/Modellprojekte/modelprojekte-node.html> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).

<sup>165</sup> Vgl. „Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte“ Empfehlungen der Ausländerbeiräte in Hessen“. In: AGAH Hessen. URL: [http://www.agah-hessen.de/fileadmin/Dokumente/Auslaenderbeiraete/Beschluss\\_zur>Weiterentwicklung\\_der\\_Auslaenderbeiraete\\_Stand\\_01.02.2014\\_final.pdf](http://www.agah-hessen.de/fileadmin/Dokumente/Auslaenderbeiraete/Beschluss_zur>Weiterentwicklung_der_Auslaenderbeiraete_Stand_01.02.2014_final.pdf) (Letzter Aufruf: 15.03.2017).

Schwierigkeiten bei der Integration; Drogenkonsum und Kriminalität traten in Erscheinung.

Die Aufnahme der Spätaussiedler erfolgte in beiden Bundesländern unterschiedlich. Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz setzte die hessische Landesregierung eine Verteilungsquote innerhalb des eigenen Bundeslandes durch. In Hessen werden bis heute Übergangsheime unterhalten, wobei sich deren Anzahl in den letzten Jahren stetig reduzierte (Kap. 3.2.2); anzumerken ist aber auch, dass sich durch die gesunkene Einwanderung von Spätaussiedlern und die sogenannte Flüchtlingskrise im Jahr 2015 die Zusammensetzung der Bewohner wandelte. In Rheinland-Pfalz kam es bereits in den 1990er Jahren zu Schließungen von Durchgangsheimen, bis 2007 auch das letzte Landesdurchgangsheim in Osthofen geschlossen wurde.

Die Integrationsstrategien des Bundes und der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen waren vielfältig. Der Bund förderte Projekte, die teilweise auch aus ESF-Fördermittel unterstützt wurden. Bei den ESF-Förderprogrammen stand dabei vor allem die Einbindung in den Arbeitsmarkt sowie die Sprachförderung im Zentrum. Darüber hinaus wurde die soziale Integration gefördert. Außerdem wurden und werden Vereine der Spätaussiedler teilfinanziert, um auf diese Weise auch die kulturelle Integration zu unterstützen.

Auf die mangelnden Sprachkenntnisse bei Ankunft der Russlanddeutschen wurde mit Sprachkursen reagiert. Die Sprachförderung der Spätaussiedler war zunächst gesondert im Sozialgesetz geregelt. Seit 2005 ist die Sprachförderung Bestandteil des Aufenthaltsgesetzes. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde das BAMF für die Zulassung Teilnahmeberechtigter zu den Kursen, die Vergabe der Fördermittel und die Konzeption der Integrationskurse zuständig. Außerdem wurde die Integration der Russlanddeutschen mit der der nichtdeutschen Migranten identisch.

Die Überlieferungslage bezüglich der Integrationskurse in Rheinland-Pfalz und Hessen ist jedoch schwierig. In den beiden Bundesländern gab und gibt es eine Reihe von Integrationsprojekten, die von der jeweiligen Landesregierung und dem Bundesamt für Flüchtlinge und Integration gefördert wurden und werden.

Für den im Rhein-Main-Gebiet gelegenen Teil von Rheinland-Pfalz standen vor allem Projekte zur Unterstützung im Arbeitsmarkt, Jugendsozialarbeit und Förderung von Vereinen im Fokus. In Hessen lag der Schwerpunkt bei der Sprach- und Ausbildungsförderung, Beratung und der kulturellen Förderung der Russlanddeutschen. Außerdem übernahm Hessen die Patenschaft über die Wolgadeutschen. Verschiedene Vereine der Russlanddeutschen nahmen bei der Integration eine besondere Rolle in der Bundesrepublik ein; so kooperierte beispielsweise der Bund der Vertriebenen als Dachverband eng mit dem BAMF.

Die politische Teilhabe wurde vor allem in Rheinland-Pfalz gefördert. Die seit 1994 bestehenden Ausländerbeiräte wurden durch das Landesgesetz über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration vom 1. Januar 2009 verändert; Spätaussiedler können seit diesem Zeitpunkt in diese Beiräte einbezogen werden. Dies geschah in Hessen nicht.

## **4. Wahrnehmung in der Mainzer Rhein-Zeitung und Mainzer Allgemeine Zeitung**

### **4.1 Willkommenskultur in den Medien?**

„Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“<sup>166</sup> Diese Aussage traf Angela Merkel in einer Bundespressekonferenz vom 31. August 2015 im Kontext der großen Zahl an Migranten, die 2015 nach Deutschland kamen.<sup>167</sup> Bis heute wird in den Medien und in der politischen Auseinandersetzung häufig auf die Phrase „Wir schaffen das!“ kontrovers zurückgegriffen. Die damit verbundene gesellschaftliche Debatte um eine „Willkommenskultur“ fand sich bereits sehr ähnlich in den 1990er Jahren.

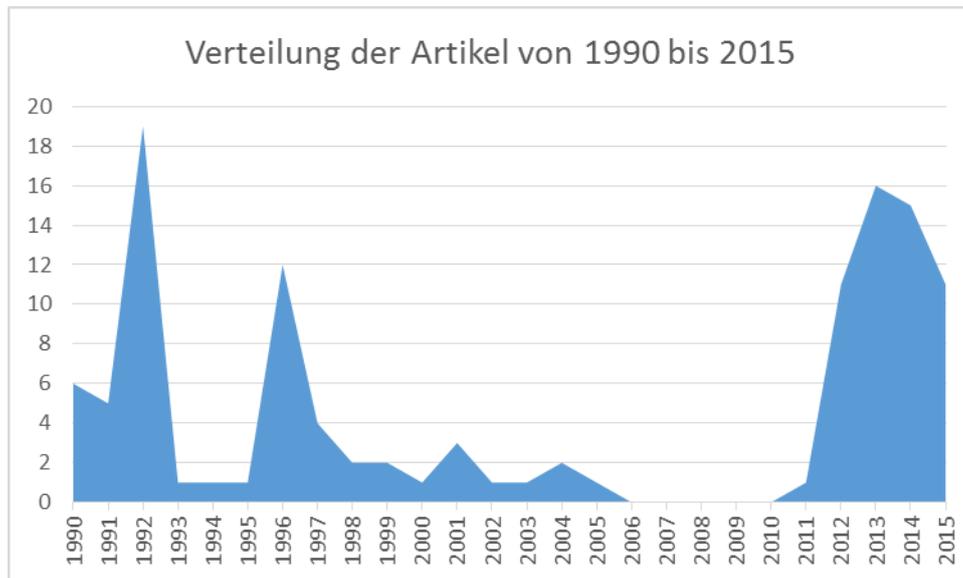
Die Wahrnehmung der Russlanddeutschen, als diese vor allem in den 1990er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland einwanderten, ist dabei von herausragendem Interesse. Durch die Auswertung von Zeitungsartikeln der Mainzer Allgemeinen Zeitung und Mainzer Rhein-Zeitung wird dieser Aspekt von 1990 bis 2015 im Folgenden untersucht werden.

Insgesamt gibt es 116 Artikel, die sich im Zeitraum 1990 bis 2015 mit unterschiedlichsten Aspekten der Russlanddeutschen beschäftigten. Der größere Teil der Presseerzeugnisse, nämlich insgesamt 103, stammt aus der Mainzer Allgemeinen Zeitung, wohingegen Russlanddeutsche in der Mainzer Rhein-Zeitung während des gesamten Zeitraums nur 13 Mal thematisiert wurden.

---

<sup>166</sup> Zit. „Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik“. In: Bundesregierung online. URL: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html> (Letzter Aufruf: 11.03.2017).

<sup>167</sup> Im Jahr 2015 lag die Zahl der eingewanderten Flüchtlinge bei 890.000 Menschen, von denen ca. 50.000 in andere EU-Staaten weitergereist sein dürften.



*Abbildung 4: Verteilung der Artikel von 1990 bis 2015 in der Mainzer Allgemeinen Zeitung und Mainzer Rhein-Zeitung.*

Die Medienpräsenz der Russlanddeutschen war nicht gleichmäßig über den gesamten Untersuchungszeitraum verteilt. Die mit Abstand größte Aufmerksamkeit wurde dem Thema im Jahr 1992 mit 19 Artikeln gewidmet. Zu begründen ist dies mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den daran anschließenden Verhandlungen zwischen der deutschen und russischen Regierung sowie den Vertretern der Russlanddeutschen bezüglich einer Wiederherstellung der Wolgarepublik. Ein solches Vorhaben schien aus zeitgenössischer Perspektive mitunter zum Greifen nahe, scheiterte aber letztendlich aufgrund Widerstands der russischen Bevölkerung. Außerdem wurde in der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 25. September 1992 auch die vorhandene Konkurrenzsituation mit einer erwarteten Einwanderung von 25 Millionen Russen aus den anderen GUS-Staaten in den darauffolgenden Jahren genannt.<sup>168</sup>

Anschließend verschwanden die Russlanddeutschen bis 1996 fast vollständig aus den Zeitungen – in diesem Zeitraum stand stattdessen der Balkankonflikt und die steigende Anzahl der Flüchtlinge aus den jeweiligen

<sup>168</sup> Vgl. AZ, 25. September 1992. S. 3.

Ländern im Zentrum der beiden Zeitungen. Die Problematiken bezüglich der Russlanddeutschen wurden daher wahrscheinlich durch diese brisanteren Themen überlagert.

Erst 1996 fanden sich wieder 12 Beiträge zu Russlanddeutschen – häufig im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus dem Balkan. Die Zuzüge von Russlanddeutschen nahmen nämlich parallel in den Jahren 1993 bis 1995 zu.<sup>169</sup>

Von 2006 bis 2010 existiert eine Lücke. Dies kann auf den starken Rückgang des Einwanderens und damit der geringeren Aktualität der Russlanddeutschen zurückgeführt werden. Zwischen 2011 und 2015 erschienen hingegen 55 Artikel. Dies lässt sich mit der Flüchtlingskrise in Europa begründen, die ihren Beginn um das Jahr 2012 hat. Bezeichnend war im Kontext der Berichterstattung insbesondere das Bootsunglück von Lampedusa am 3. Oktober 2013, bei welchem vor der Küste der italienischen Insel ein mit etwa 545 Flüchtlingen aus Somalia und Eritrea überladenes Schiff sank, das aus der libyschen Hafenstadt Misrata kam.<sup>170</sup> Das Unglück löste in der gesamten Europäischen Union eine Diskussion über die bisherige Flüchtlingspolitik aus – auch in Deutschland.

Die Parallelität der großen Anzahl der Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland kamen, und der Spätaussiedler der 1990er Jahre, gab ein Artikel der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 14. September 2015 wieder. Darin wurde von der interkulturellen Woche mit dem Motto „Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt“ in Bad Kreuznach berichtet. Der Pfarrer Siegfried Pick „wandte [sich] gegen Ängste vor dem Flüchtlingsansturm“ und rief in Erinnerung: „In den 1990er Jahren kamen viele Spätaussiedler, das haben wir auch bewältigt“<sup>171</sup>.

---

<sup>169</sup> Vgl. Kap. 2.5.

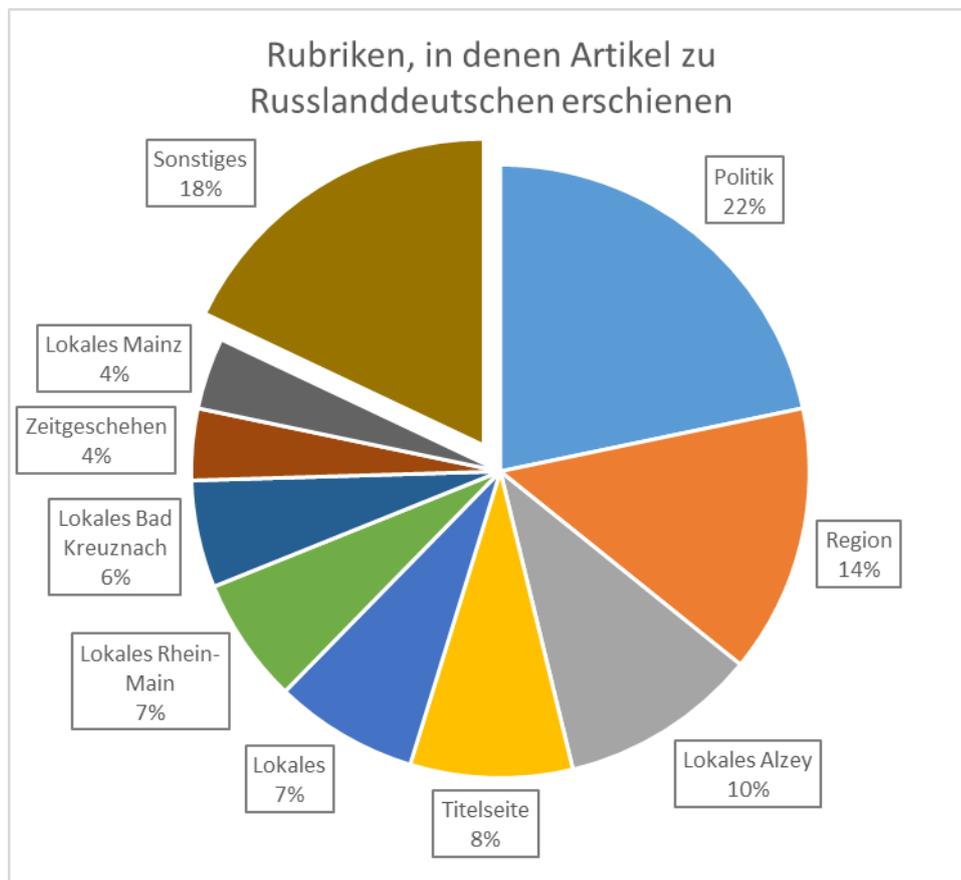
<sup>170</sup> Vgl. „Nach der Katastrophe von Lampedusa“. In: Tagesschau online. URL: <https://web.archive.org/web/20140108130859/http://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa536.html> (Letzter Aufruf: 07.05.2017).

<sup>171</sup> Vgl. AZ, 14. September 2015.

Dies lässt die Annahme zu, dass, begründet durch die Aktualität des Themas Migration, das mediale Interesse an den Russlanddeutschen anstieg und eine rückblickende Bewertung der Integration und der Probleme der in den 1990er Jahren Eingewanderten bewirkte.

#### 4.2 Vorgehen bei der Quellenauswertung

Die Veröffentlichungen mit Bezug auf Russlanddeutsche erschienen in den Zeitungen innerhalb von verschiedenen Rubriken, welche nachfolgend dargestellt werden (Abbildung 5). Der Großteil der Berichte entfiel dabei auf die Rubrik „Politik“ mit 23 Artikeln, gefolgt von „Region“ mit 15 und „Lokales Alzey“ mit 11 Berichten. Am wenigsten waren die Artikel in den Rubriken „Meinung und Hintergrund“, „Rheinland-Pfalz“, „Wirtschaft“, „Landesspiegel“, „Mainzer Zeitung“, „Kultur“, „Lokales Oppenheim“, „Hochschule Mainz“, „Nachrichten“, „Stadtteile & Vereine“ und „Kreis“ erschienen. Daher sind sie in der Abbildung unter „Sonstiges“ zu finden.



*Abbildung 5: Rubriken, in denen Artikel über Russlanddeutsche erschienen.*

Das Ziel der Arbeit ist es, die gesamte Bandbreite der Wahrnehmung der Russlanddeutschen im Hinblick auf die Integration in den beiden Zeitungen abzubilden. Dabei soll auch die Trennschärfe bei dem Begriff „russlanddeutsch“ untersucht werden, da dies aufgrund der verschiedenen Herkunftsländern vielmehr einen Konstruktcharakter aufweist, wie bereits in Kapitel 2.2 festgestellt wurde. Zur Auswertung der Berichte wurden daher Themenkategorien gebildet, welche nach Philipp Mayring im Zentrum der qualitativen Inhaltsanalyse stehen<sup>172</sup> – insgesamt sieben. Diese Themenkategorien spiegeln die verschiedenen Probleme und Aufgaben nach und vor der Einwanderung der Russlanddeutschen wider.

So sind für eine erfolgreiche Integration Sprach- und Integrationskurse sowie Integrationsprojekte, Aufnahmebereitschaft der deutschen

<sup>172</sup> Vgl. Mayring 2010. S. 59.

Gesellschaft und Integrationsbereitschaft der Einwandernden notwendig. Gleichzeitig können auch Probleme im Integrationsprozess entstehen, die sich in Drogenkonsum sowie Kriminalität äußern können. All diese Bereiche werden durch die Themenkategorien abgedeckt und werden im weiteren Verlauf dieses Kapitels nach und nach untersucht werden. Es wurden entsprechend der Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse anhand der Quellen Ankerbeispiele gebildet, also konkrete Textstellen gewählt, die unter eine bestimmte Kategorie fallen.<sup>173</sup>

Um die Wahrnehmung der Russlanddeutschen – den zentralen Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit – präzise abzeichnen zu können, ist es sinnvoll, nicht nur den Inhalt der Artikel, sondern auch die oft klar zu erkennenden positiven oder negativen Haltungen und Trends gegenüber den Russlanddeutschen zu erfassen. Dabei ist zu erwähnen, dass die Bewertung der Wortwahl unabhängig von der Bewertung des Themas ist. Beispielsweise kann ein Artikel über Drogenkonsum (negatives Thema) durch den Verfasser mit positiven, neutralen oder negativen Worten formuliert werden. Um eine derartige Einordnung nachvollziehbar zu gestalten, wurde ein Bewertungsverfahren entwickelt, welches nachfolgend skizziert wird. Ziel konnte es dabei nicht sein, einzelne Artikel auf den Punkt genau zu bewerten, sondern mittels statistischer Größen zeitliche oder thematische Trends auszumachen.

Hierzu wurden zunächst auf der Grundlage manueller Textauswertung Klassifikationslisten mit eindeutig negativen oder positiven Signalworten gebildet. Adjektive waren dabei von besonderer Bedeutung, da diese am zuverlässigsten eine Wertung des Verfassers erkennen ließen.<sup>174</sup> Diese Listen wurden während der Auswertung aller Presseerzeugnisse erweitert. Anschließend wurden die hierzu digitalisierten Volltexte aller Zeitungsartikel automatisiert mit den erstellten Klassifikationslisten abgeglichen (Darstellungsverzeichnis 8, Darstellungsverzeichnis 9).

---

<sup>173</sup> Vgl. Ebd. S. 92.

<sup>174</sup> Vgl. Hans H. Reich: Sprache und Politik. Untersuchungen zu Wortschatz und Wortwahl des offiziellen Sprachgebrauchs in der DDR. München 1968. S. 252.

Zur Auswertung der ermittelten Daten wurden fünf gewichtete Indizes gebildet, denen später alle Artikel zugeordnet wurden: negativ, eher negativ, neutral, eher positiv, positiv. Eine feinere Abstufung erschien angesichts der gewählten Methodik wenig aussichtsreich. Um das Verfahren zuverlässiger zu gestalten wurden darüber hinaus gewisse Toleranzbereiche gewährt. Bei 0 bis 0,5 positiven oder negativen Worten pro 100 Wörtern Text, galt ein Artikel als neutral. Ab 0,5 bis 1 Wörter wurde der Beitrag als „eher positiv/negativ“ eingeordnet. Falls ein oder mehr negative beziehungsweise positive Worte pro 100 Wörter Text zu finden waren, wurde der gesamte Artikel als negativ oder positiv bewertet.

Das auf diese Weise erlangte Ergebnis der beschriebenen Bewertungsverfahren deckt sich mit dem Gesamteindruck, den die Quellenbasis vermittelt: Im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 existieren lediglich zwei eher positive und zwei positive Beiträge, drei beschäftigen sich eher negativ mit den Russlanddeutschen, elf negativ. 98 Beiträge wurden als neutral eingestuft – dies ist vor allem mit der Größe der gewählten Toleranzbereiche zu begründen, ist in Anbetracht der methodischen Glaubwürdigkeit jedoch sinnvoll.

Die Untersuchung der Autorenschaft ergab, dass der Großteil der Artikel bis einschließlich 2011 von Presseagenturen verfasst worden waren – also sich wahrscheinlich auch außerhalb des Rhein-Main-Gebiets in weiteren als den untersuchten Zeitungen fanden. Von 2012 bis 2015 erstellten hingegen namentlich genannte Einzelautoren die Mehrheit der Beiträge. Gleichzeitig mit dem Rückgang der übernommenen Agenturmeldungen, nahm die Anzahl der Texte zu, die ohne Angaben zur Autorenschaft veröffentlicht wurden. Das eingesetzte Bewertungsverfahren führte zu keinem aussagekräftigen Ergebnis bezüglich des individuellen Einflusses einzelner Autoren; negative, positive und neutrale Texte sind gleichmäßig verteilt (Darstellungsverzeichnis 7).

Von den (eher) negativen Artikeln entfielen zehn in die 1990er Jahre. Als Grund lassen sich verschiedene politische Entwicklungen ausmachen: Die Zuzüge der Russlanddeutschen stiegen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion an, weshalb die Bundesrepublik Deutschland mit der Integration der Russlanddeutschen vor großen Herausforderungen stand. Ab 1992 entstanden außerdem russisch-deutsche Verhandlungen zur Wiederherstellung der Autonomen Wolgarepublik, die wenig erfolgsversprechend waren. Aufgrund der befürchteten Belastungen durch die erwartete große Anzahl an Einwanderern, kann von einer negativen Haltung gegenüber Russlanddeutschen ausgegangen werden.

Von 2006 bis 2010 erschienen aufgrund des starken Rückgangs der Zuzüge und des damit verbundenen Rückgangs der Medienpräsenz keine Beiträge. Ab 2012 mehrten sich die Berichte wieder. Dies ist – wie bereits in Kapitel 3.1. dargelegt – auf die steigende Bedeutung der Flüchtlingsfrage zurückzuführen.

Größtenteils berichteten die Zeitungen neutral über politische Entscheidungen, publizierten Stellungnahmen verschiedener Politiker oder Bürger und spiegelten somit ein gewisses Stimmungsbild in der jeweiligen Zeit wider. Ob dieses auf alle Wahrnehmungen der damaligen Gesellschaft abgestimmt ist, ist nicht der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit und bedarf weiterer Forschung.

Bei der Auswertung der Texte wurde auch die Bebilderung der Artikel berücksichtigt. Deren Anzahl fiel insgesamt allerdings ausgesprochen gering aus. Im Zeitraum von 1990 bis 2015 existieren überhaupt nur in zehn Artikeln Abbildungen. Davon sind sechs in den 1990er Jahren erschienen. Bei sieben von ihnen handelt es sich um Porträts mit geringer inhaltlicher Aussagekraft. Die übrigen Abbildungen konnten indes hinsichtlich der Frage nach der Wahrnehmung der Russlanddeutschen beitragen.

In den nächsten Kapiteln folgt eine Analyse bestimmter, ausgewählter Themenkategorien. Es werden Artikel von 1990 bis 2015 bewertet und

Trends beobachtet, inwiefern es zu welchen Zeiten mehr negative oder positive Artikel gibt und Gründe dafür gefunden. Außerdem werden die beiden Zeitungen danach untersucht, ob bei deren Texten ein Positionswechsel zu dem jeweiligen Themenbereich innerhalb der 25 Jahre vorliegt.

Als erstes wird der Blick auf die Trennschärfe der beiden Zeitungen bei dem Begriff „Russlanddeutsche“ gelenkt.

#### 4.3 Trennschärfe bei dem Begriff „Russlanddeutsche“

Bereits im zweiten Kapitel wurde die Schwierigkeit festgestellt, von „den Russlanddeutschen“ als einer homogenen Gruppe zu sprechen.<sup>175</sup> Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, wie trennscharf die Mainzer Allgemeine Zeitung (AZ) und die Mainzer Rhein-Zeitung (MRZ) mit dem Begriff „Russlanddeutsche“ umgingen.

Die Bezeichnung der Russlanddeutschen ist ein wesentlicher Aspekt ihrer Wahrnehmung. In den 116 untersuchten Artikeln wurden hierzu verschiedene Begriffe verwendet. Es wird nachfolgend untersucht, welche Begriffe am häufigsten auftraten und in welchem zeitlichen Kontext diese Verwendung fanden.

Die im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 am häufigsten vorkommenden Bezeichnungen waren die auch heute noch gebräuchlichen Begriffe „Russlanddeutsche“ (46 Artikel) sowie „Spätaussiedler“ (39 Artikel) – dicht gefolgt von „Aussiedler“ (35 Artikel), „Deutsche/deutsche“ (35 Artikel) und „Deutschstämmige“ (21 Artikel). Der Begriff „Wolgadeutsche“ wurde hingegen nur 1992 in vier Artikeln verwendet, „Auslandsdeutsche“ 1991 und 1992 in zwei Artikeln, „Sowjet-Deutsche/Sowjetdeutsche“ waren von 1990 bis 1992 in vier Beiträgen zu

---

<sup>175</sup> Vgl. Kapitel 2.2.

lesen. Außerdem kamen 2015 zweimal „Deutsche aus der Ukraine“, einmal „Deutsche aus dem Kaukasus“ vor.<sup>176</sup>

Zunächst soll auf den Begriff der „Wolgadeutschen“ eingegangen werden, welcher nur im Jahr 1992 auftrat. Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende Dezember 1991 hatte die deutsche Minderheit in Russland Hoffnungen auf die Wiederherstellung der deutschen Wolgarepublik. Diese wurde durch die Einführung von Gesetzen wie beispielsweise die Entschädigung politisch Verfolgter in Zeiten der Sowjetunion bestärkt.<sup>177</sup> Es fanden Verhandlungen zwischen der deutschen und russischen Regierung sowie der Organisation „Wiedergeburt“ der Russlanddeutschen statt, was in einer Reihe von Artikeln festgehalten wurde.

Der Begriff „Spätaussiedler“ taucht erstmals im Jahr 1994 auf. Der Grund hierfür findet sich in einer Änderung des Bundesvertriebenengesetzes aus dem Vorjahr, wobei der Begriff „Spätaussiedler“ von offizieller Seite aufgegriffen und definiert wurde.<sup>178</sup> Seit diesem Zeitpunkt gelten Menschen, die nach Deutschland einreisen und ihre Deutschstämmigkeit beweisen können als „Spätaussiedler“. Die bisherige Bezeichnung „Aussiedler“ fand jedoch bis Anfang der 2000er in den Zeitungen Verwendung.

Insgesamt wurde die Diversität der Herkunft der Russlanddeutschen wahrgenommen, wodurch eine gewisse Trennschärfe erlangt wurde. Im Ausland lebende Russlanddeutsche wurden als „Deutsche“ oder „Russlanddeutsche“ beziehungsweise „Sowjetdeutsche“ bezeichnet.<sup>179</sup>

---

<sup>176</sup> Die alte Rechtschreibung, beispielsweise „Rußlanddeutsche“, wurde in den genannten Zahlen berücksichtigt.

<sup>177</sup> Das Gesetz „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 sicherte Personen, die während der Sowjetunionzeit durch gerichtliche oder außergerichtliche Instanzen politisch verfolgt wurde, eine Unschuldsbestätigung zu. Vergünstigungen wurden in Aussicht gestellt. Das Gesetz „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“ sollte den Prozess der Wiederherstellung kollektiver Rechte der zur Stalinzeit deportierten nationalen Gruppen regeln. Allerdings beschloss die russländische Regierung am 3. Juli 1992 ein Moratorium, das jegliche administrativ-territoriale Veränderung verbot. Vgl. Krieger 2015. S. 178.

<sup>178</sup> Vgl. Kap. 2.4.

<sup>179</sup> Vgl. AZ, 21. März 1992. S. 2.

Die Bezeichnung der Russlanddeutschen war in der untersuchten Berichterstattung stets sachlich und griff nicht auf abwertende oder beleidigende Begriffe zurück. Dennoch ließ sich feststellen, dass stärker abgrenzende Terminologien, wie „russlanddeutsch“ vor allem im Bereich Kriminalität<sup>180</sup> dominant waren.

#### 4.4 Anzahl der Zuzüge der Russlanddeutschen

„Die Welle der Übersiedler, Aussiedler und Asylanten, die in die Bundesrepublik drängen, wird bedrohlich. Kann das westdeutsche Sozialsystem mit dem Millionen-Zustrom fertig werden?“<sup>181</sup>

Mit dieser plakativen Frage warb die Mainzer Allgemeine Zeitung im Januar 1990 für eine Ausgabe des Spiegel und fing damit die Stimmungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das Thema „Zuzüge“ war eines der Hauptthemen, welches während des gesamten untersuchten Zeitraums von 1990 bis 2015 immer wieder Anlass für neue Zeitungsartikel bot. Insgesamt beschäftigten sich 23 Texte mit dem Thema, wobei die Berichterstattung ihren Schwerpunkt insbesondere in den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre hatte.

Ab 1990 nahm der Zuzug der Russlanddeutschen zu, bis er von 1993 bis 1995 den Höhepunkt mit jährlich über 200.000 Menschen erlebte. Im Jahr 1996 entstanden daher acht Artikel. Seit 2004 verschwand das Thema Zuwanderung vollständig aus den Zeitungen. Die Zahl der jährlichen Zuzüge lag bereits seit der Jahrtausendwende bei unter 100.000, ab 2007 sogar unter 10.000. Dies ist auf die Kontingentierung der Zuzüge durch das Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts „Haushaltssanierungsgesetz“ vom 22. Dezember 1999 zurückzuführen.<sup>182</sup> Im Jahr 2015 kamen nur noch 6.096 Russlanddeutsche in die Bundesrepublik Deutschland (Darstellungsverzeichnis 3).

---

<sup>180</sup> Vgl. Kap. 4.9.

<sup>181</sup> Zit. AZ, 22. Januar 1990. S. 15.

<sup>182</sup> Vgl. Bundesvertriebenengesetz idF. v. 2. Juni 1993 (BGBl I, S. 829), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl I, S. 2535).

Über die Zuwanderung der Russlanddeutschen wurde überwiegend neutral bis negativ berichtet. Von den genannten 23 Artikeln ließen sich mittels des oben erläuterten Bewertungsverfahrens 20 als neutral, einer als eher negativ und drei als negativ einstufen.

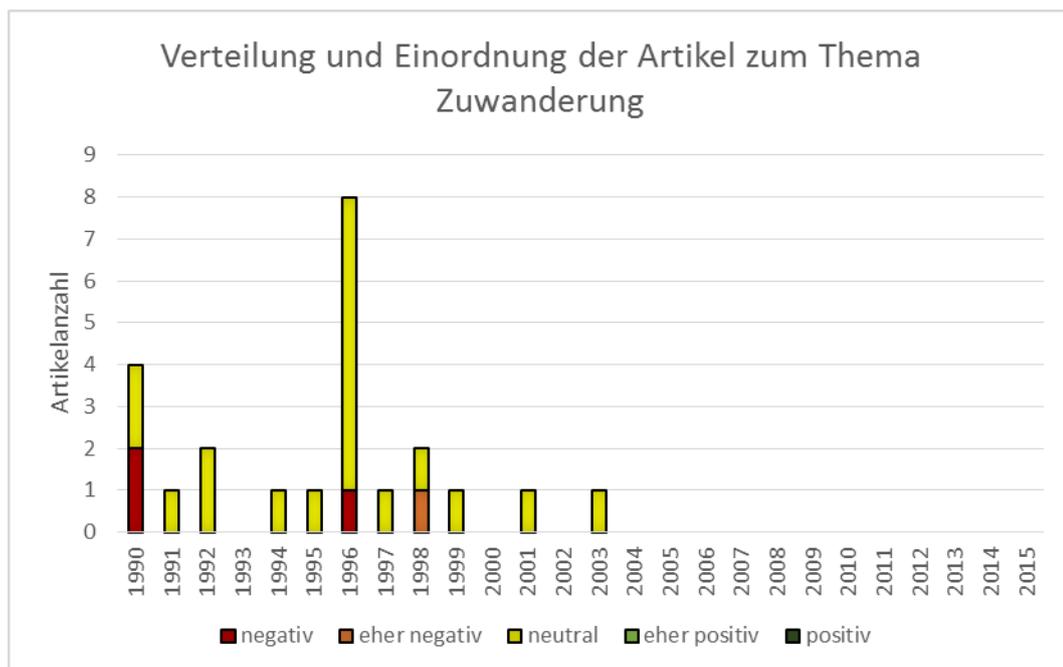


Abbildung 6: Verteilung und Einordnung der Artikel zum Thema Zuwanderung.

Von besonderer Bedeutung war dabei das Schlagwort des „Zustroms“ – einer Objektivierung der Migranten, welche vor allem das Massenhafte unterstreicht und die im Weiteren noch genauerer Betrachtung bedarf. Dieses Bild taucht von 1990 bis 1996 insgesamt zehnmal auf, viermal alleine im ersten Jahr der Untersuchung 1990, einmal 1995, dreimal 1996, nochmals 1998 und zuletzt im Jahr 1999.

Erklären lassen sich diese Daten – trotz der kleinen Fallzahl – möglicherweise durch die historischen Umstände, nämlich mit dem zunehmenden Zuzug der Russlanddeutschen bis zum Höhepunkt zwischen den Jahren 1993 und 1995 mit jeweils über 200.000 Menschen. Währenddessen wuchs nicht nur die Anzahl der Berichte über das Thema, sondern parallel auch die Häufigkeit des Begriffs „Zustrom“. Auch die wenige eingangs genannte negative Berichterstattung fiel ausnahmslos in

diesen Zeitraum. Der Höhepunkt der Themenrelevanz in den Medien fiel dabei vor allem auf das Jahr 1996.<sup>183</sup> Aber auch später wurde beispielsweise in einem Artikel vom 3. Januar 1998 rückblickend über die Zuwanderungszahlen berichtet. Oberhalb des genannten Zeitungartikels war eine Grafik gesetzt, welche die Zuwanderungszahlen der Spätaussiedler und Asylbewerber der Jahre 1990 bis 1997 statistisch abbildete; die Überschrift lautete „Zustrom nach Deutschland“<sup>184</sup> (Darstellungsverzeichnis 10).

Bereits in den 1980er und zu Beginn der 1990er Jahren war die „das Boot ist voll“-Rhetorik in der Frankfurter Allgemeine Zeitung, Spiegel sowie in der Koblenzer Rhein-Zeitung vertreten. Die Bootsmetapher ist Teil der oben bereits erwähnten Bildwelt des Fließens, die ebenso in den 1980er Jahren mit den Begriffen „Ausländerzustrom“ und „Asylantenflut“ geprägt wurde. Durch die Fotos überfüllter Flüchtlingsboote fand der Vergleich eine bildliche Konkretisierung, die die Realität umdreht, da eigentlich die Boote der Flüchtlinge voll sind, nicht das Land der Aufnahmegesellschaft.<sup>185</sup> Mit der Objektivierung „Zustrom“ kommt es außerdem zu einer Entmenschlichung der Russlanddeutschen als drohende Wasser-Gefahr – der individuelle, hilfsbedürftige Mensch verschwindet aus dem Fokus.

Im Jahr 1996 entstand eine Diskussion in der Politik, ob eine Begrenzung der Zuwanderung durchgesetzt werden sollte. Diese Diskussion fand sich auch in insgesamt vier Artikeln vom 28. Februar bis 7. März wieder, welche dort betont sachlich abgehandelt wurden.<sup>186</sup> Dies wiederum lässt

---

<sup>183</sup> Vgl. AZ, 9. Januar 1990, S. 2. AZ, 22. Januar 1990, S. 15. AZ, 8. Februar 1990, S. 4. AZ, 1. März 1990, S. 2. AZ, 7. März 1996. AZ, 2. Oktober 1996. AZ, 2. Januar 1996, S. 2. AZ, 3. Januar 1998, Titelseite. AZ, 15. Januar 1999, S. 2.

<sup>184</sup> Zit. AZ, 3. Januar 1998. Titelseite.

<sup>185</sup> Vgl. Cord Pagenstecher: „Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jeder kommen. Hrsg. v. Netzwerk MiRA. 2012. S. 123-136. Hier: S. 130.

<sup>186</sup> Vgl. AZ, 4. März 1996. AZ, 6. März 1996. AZ, 7. März 1996. Vgl. MRZ, 28. Februar 1996, S. 2.

den Schluss zu, dass die Zuwanderung als Belastung wahrgenommen wurde.

Die meisten Artikel, die sich mit dem Thema Zuzüge auseinandersetzten, entstanden in den 1990er Jahren. Dabei war der Großteil neutral, wobei negative Tendenzen sichtbar wurden. Die Zuwanderung der Russlanddeutschen wurde als Bedrohung und Belastung gesehen.

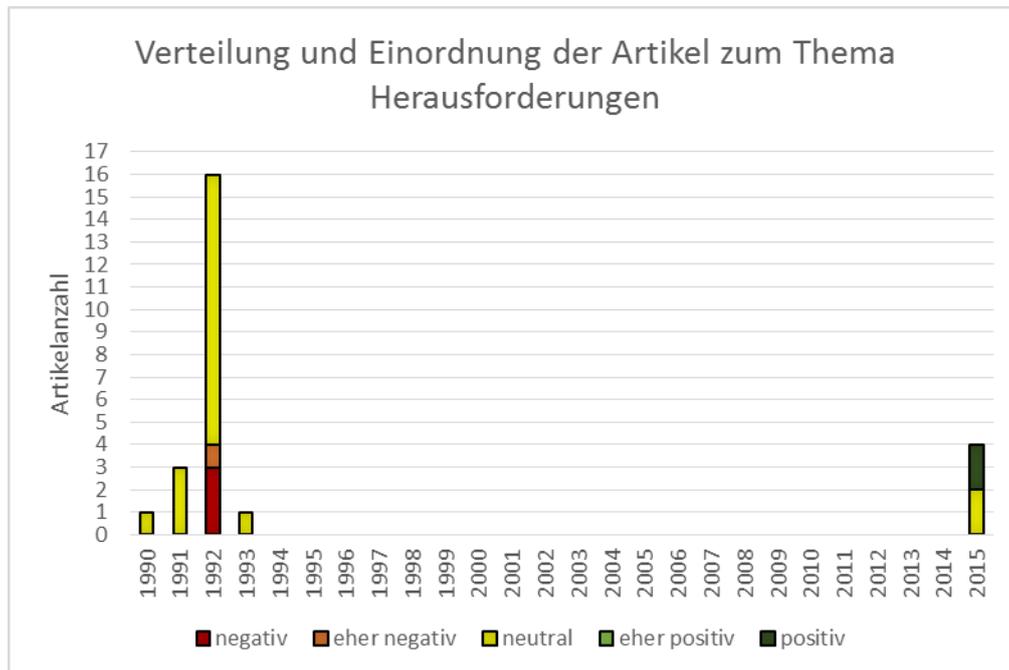
#### 4.5 Herausforderungen der Russlanddeutschen in den Herkunftsländern und in der Bundesrepublik Deutschland

Ein Bauer beschrieb im Jahr 1992 in der Nähe der Stadt Karaganda, einem Bericht der Mainzer Allgemeinen Zeitung zufolge, die Lage der Russlanddeutschen folgendermaßen: „Wir werden doch noch heute Faschisten genannt. Wann hat das ein Ende? Es bleibt nur das Auswandern.“<sup>187</sup> Die Herausforderungen der Russlanddeutschen in ihren Heimatländern waren vielfältig. Doch wie und mit welcher Medienpräsenz wurde in der Bundesrepublik über solche Probleme berichtet?

Zu den Herausforderungen in den Herkunftsgebieten und bei der Einwanderung Russlanddeutscher entstanden im Zeitraum von 1990 bis 2015 25 Artikel.

---

<sup>187</sup> Zit. AZ, 9. September 1992. S. 3.



*Abbildung 7: Verteilung und Einordnung der Artikel zum Thema Herausforderungen.*

Der Großteil der Berichte fiel mit 16 Veröffentlichungen auf das Jahr 1992. 1990, 1991 und 1993 traten insgesamt fünf Artikel in Erscheinung. Danach konnten erst im Jahr 2015 nochmals vier Texte gefunden werden.

Der Grund für die große Anzahl im Jahr 1992 ist auf den Zusammenbruch der Sowjetunion zurückzuführen, der nämlich große Auswirkungen auf Kasachstan und damit den Großteil der Russlanddeutschen hatte. Da bisher die Lage Kasachstans um 1990 nicht ausreichend thematisiert wurde, folgt nun ein kurzer Exkurs.

Kasachstan war historisch gesehen ein multiethnisches Land – viele Ethnien, unter anderem Deutsche und Koreaner, lebten dort. Zu Zeiten der Sowjetunion dominierte in Kasachstan dabei die russische Sprache und diente der interethnischen Kommunikation, während Kasachisch unterdrückt wurde. Dies wurde von der kasachischen Bevölkerung unwillig akzeptiert. Als die UdSSR zusammenbrach, erstarkte das Nationalbewusstsein Kasachstans. Daher wurde bereits im Jahr 1989 ein Gesetz über die Sprachen durchgesetzt, welches Kasachisch als

Staatssprache und Russisch als Verkehrssprache festlegte.<sup>188</sup> Die Sprachenfrage polarisierte aufgrund der großen Rolle der russischen Sprache viele Jahre später die Bevölkerung bis zur Einführung eines neuen Sprachgesetzes 1997. Letztendlich wurde Kasachisch Nationalsprache und Russisch zweite Amtssprache. Obwohl die verabschiedeten sprachpolitischen Dokumente den Schutz dieser Minderheitensprachen sicherten und deren Diskriminierung verboten, wurde ihre Bedeutung im Sprachengesetz von 1997 herabgestuft.<sup>189</sup> Die Präambel der im Januar 1993 beschlossenen Verfassung der Republik Kasachstan wurde von Nicht-Kasachen kritisiert, da sie eine Diskriminierung darin sahen. Daneben kam es zu einer Stärkung der kasachischen Sprache in den Machteliten. Die russisch-kasachische Partei- und Staatsordnung in Kasachstan wurde zur postsowjetischen, größtenteils monoethnischen kasachischen Machtelite, was ebenso von Russlanddeutschen hinterfragt wurde.<sup>190</sup>

All jene Entwicklungen führten zu einer Verunsicherung und verstärkten Unzufriedenheit der nationalen Minderheiten – auch der Deutschen und somit zu einem Anstieg der Bereitschaft der Russlanddeutschen auszuwandern.

In den Artikeln wurden Probleme der Russlanddeutschen in Russland, Kasachstan und der Bundesrepublik Deutschland thematisiert. Zu anderen Herkunftsgebieten gab es keine Beiträge. Für Russland wurden die Verhandlungen zur Einführung der Wolgarepublik als Herausforderung genannt. In Kasachstan traten die Diskriminierung als „Faschisten“ sowie das Phänomen in Russland oder Kasachstan als „Deutsche“ wahrgenommen worden zu sein, auf. Außerdem wurde die Beschneidung

---

<sup>188</sup> Vgl. Rustem Kadyrshanow: Die ethnopolitische Situation im multinationalen Kasachstan, Köln 1996 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien). S. 20.

<sup>189</sup> Vgl. Natalie Lochmann: „Unser Volk ist vereint, unser Land unabhängig“ – zum Umgang mit nationalen Identitätsmodellen im postsowjetischen Kasachstan. Mainz 2014. S. 112, S. 114.

<sup>190</sup> Vgl. Kadyrshanow 1996. S. 4.

der Rechte der Russlanddeutsche erwähnt. Die Artikel, die die Herausforderungen der Russlanddeutschen in der Bundesrepublik Deutschland beschreiben, hatten das Muster, in Deutschland als „Russe“ angesehen zu werden, angesprochen. Darüber hinaus wurden die Schwierigkeit, die deutsche Sprache zu erlernen und eine Benachteiligung bei Behördengängen aufgrund Akzent und langsamen Sprechens angeführt.

Wie bereits deutlich wurde, war die Lage der Russlanddeutschen in den 1990er Jahren schwierig. Von den insgesamt 26 erschienenen Berichten zu ihren Herausforderungen waren vier Artikel aus den Jahren 1991 und 1992 negativ. 20 Berichte zu den Herausforderungen der Russlanddeutschen waren in ihrer Wortwahl neutral und zwei positiv.

Es sind zwei verschiedene Phasen in der Berichterstattung der beiden Zeitungen sichtbar. Die erste Zeitspanne hierfür waren die 1990er Jahre, die zweite in den 2000er Jahren. Die Darstellung der Probleme im Herkunftsland dominierte in den 1990er Jahren. Dabei waren die nicht wiederhergestellte Wolgarepublik und die erlebten Diskriminierungen in Russland und Kasachstan die am häufigsten angeführten Schwierigkeiten.

Innerhalb der zumeist neutralen Berichterstattung wurde regelmäßig die Position der Bundesregierung wiedergegeben, welche den Forderungen der Russlanddeutschen ablehnend gegenüberstand. Ein Beispiel hierfür ist ein Beitrag vom 4. März 1992, der von dem „Deutschen-Erlaß“ schrieb und den die deutsche Regierung als großen „Schritt nach vorn“ bezeichnete. Laut diesem sollte die Autonomie schrittweise umgesetzt werden. Die genaue Lage der Nationalkreise mit eigener Verwaltung wurde dabei allerdings nicht festgelegt. Es kamen jedoch zwei Gebiete in Frage: ein großer Truppenübungsplatz in der Nähe von Engels, der früheren Hauptstadt der Wolgarepublik, oder ein Teil des verseuchten Raketengeländes Kapustin Jar, das sich über Teile des Wolgagrader und

des Astrachaner Gebiets erstreckte.<sup>191</sup> Diese Entscheidung hing wohl mit der Ankündigung der ukrainischen Regierung vom 23. Januar 1992 zusammen, bis zu 150.000 Schwarzmeerdeutschen die Rücksiedlung in die Südukraine zu ermöglichen und einen mit dieser Aufgabe beauftragten „Ukrainisch Deutschen Fonds“ zu gründen.<sup>192</sup>

In einem Artikel der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 16. Januar 1992 wurde von einem Festhalten an der Wolga-Republik und von einem „ureigenen Interesse“<sup>193</sup> Russlands gesprochen, Russlanddeutsche in ihrer Heimat zur kulturellen und sozialen Verwirklichung zu verhelfen. Rechts daneben war ein Bild abgedruckt, auf dem eine große Menge Russlanddeutscher vor der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau für ihre Ausreisevisa anstanden (Darstellungsverzeichnis 11).<sup>194</sup>

Dies lässt darauf schließen, dass die Schwierigkeiten der Russlanddeutschen sowohl in Russland als auch in Deutschland wahrgenommen wurden. Das Medieninteresse an den Schwierigkeiten der Deutschen in Osteuropa entsprang dabei sehr wahrscheinlich vor allem der Angst vor einem eventuell bevorstehenden starken Anstieg der Zuwanderung.

Die bisher genannten Artikel waren neutral. Wie bereits oben erwähnt wurde, gibt es auch negative, die eine leichte Tendenz zur Ablehnung der Klagen auch der beiden Zeitungen vermuten lässt. Dies wird an dem am 14. Februar 1992 in der Mainzer Allgemeinen Zeitung erschienenen Beitrag sichtbar, in dem von der Bundesregierung und dem Aussiedlerbeauftragten weiterhin von der Errichtung einer Wolgarepublik ausgegangen wurde. Damit wurde den „pessimistischen“<sup>195</sup> Äußerungen

---

<sup>191</sup> Die Organisation der Russlanddeutschen „Wiedergeburt“ Russlands hatte den Jelzin-Erlass als Scheinlösung kritisiert, da es sich um nur landwirtschaftlich genutzte Gebiete handelte, auf denen kaum kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen stattfinden konnten. Auch die Ernsthaftigkeit des Angebots aus der Ukraine war zu hinterfragen. Vgl. Krieger 2015. S. 181. Vgl. AZ, 4. März 1992. Titelseite.

<sup>192</sup> Vgl. Krieger 2015. S. 181 f.

<sup>193</sup> Zit. AZ, 16. Januar 1992. Titelseite.

<sup>194</sup> Vgl. Ebd.

<sup>195</sup> Zit. AZ, 14. Februar 1992. S. 2.

des Vorsitzenden der Gesellschaft der Deutschen in der ehemaligen UdSSR, Groth, die rund zwei Millionen Russlanddeutschen hätten ihre Hoffnungen auf Rückkehr in die 1941 aufgelöste Wolgarepublik aufgegeben, widersprochen. Groth habe nach einer Tagung in Bonn außerdem erklärt, die von der Bundesregierung geförderten deutschen Landkreise im Omsk- und Altaigebiet seien zum Scheitern verurteilt und würden zerfallen.<sup>196</sup>

Bemerkenswert ist in diesem Kontext auch der Korrespondentenbericht von Christian Burckhardt vom 9. September 1992. In diesem wurde von den Herausforderungen der Russlanddeutschen in Kasachstan in Form von zitierten Gesprächsausschnitten zwischen den deutschen Bewohnern und dem Aussiedlerbeauftragten Horst Waffenschmidt in einem Dorf nahe der Stadt Karaganda berichtet. Der Beitrag endet damit, dass eine Bäuerin Strauch nach dem Arm Waffenschmidts „grabscht“<sup>197</sup> und darum bat, er solle „per Handschlag versprechen, daß alle nach Deutschland kommen dürfen“<sup>198</sup>. Waffenschmidt entgegnete: „Das kann ich nicht tun“.<sup>199</sup>

Die zweite Phase lag in den 2000er Jahren. Nur sechs Artikel gab es in jener Zeit zu den Herausforderungen der Russlanddeutschen, die größtenteils über deren schwierige Vergangenheit berichteten. Insgesamt wurden in den Medien die Russlanddeutschen besser dargestellt, auch Herausforderungen im Herkunftsland sowie in der BRD wurden thematisiert.

Eine Ausnahme war ein negativer Text aus der *Mainzer Rhein-Zeitung* vom 30. Juli 2005, in welchem einige Schwierigkeiten der Russlanddeutschen in Mainz beschrieben wurden. Der Anlass für diesen Artikel war der Besuch des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen beim Römerquellen-Treff in Mainz-Finthen. Dort beschwerten sich Russlanddeutsche über die unzureichende Anbindung an das städtische

---

<sup>196</sup> Vgl. Ebd.

<sup>197</sup> Zit. AZ, 9. September 1992. S. 3.

<sup>198</sup> Zit. Ebd.

<sup>199</sup> Zit. Ebd.

Verkehrsnetz, die Einkaufsmöglichkeiten und Schwierigkeiten mit Ämtern und Behörden. „Von den Ämtern werden wir abgekanzelt, wenn wir langsam sprechen“<sup>200</sup>, so eine Anwohnerin. In diesem Text ließ sich eine klare negative Haltung der Bewohner gegenüber den Russlanddeutschen erkennen.

Vier Berichte fielen auf das Jahr 2015. Drei Presseerzeugnisse aus der Mainzer Allgemeinen Zeitung, und damit die Überzahl, haben einen speziellen Anlass – nämlich Jubiläen. Ein anderer Beitrag erzählte von einer interkulturellen Stadtführung durch Ingelheim unter dem Motto „Leben zwischen Ingelheim und Russland, der Spagat zwischen Spargeltopf und Samowar“. Dabei äußerten sich Zeitzeugen, die in den letzten 20 Jahren von Russland nach Deutschland gekommen waren, über ihre Erfahrungen und die Geschichte der Russlanddeutschen. Dabei war interessant, dass die Russlanddeutschen einmalig in allen Artikeln als „Rückkehrer“<sup>201</sup> bezeichnet wurden.<sup>202</sup> Schwierig sei in der Vergangenheit gewesen, in der alten Heimat als „Deutsche“ und in der neuen als „Russe“<sup>203</sup> wahrgenommen worden zu sein. Häufig entstanden Schwierigkeiten bei der Integration.<sup>204</sup> Die Annahme des vorherigen Themenbereichs „Aufnahmebereitschaft“ bekräftigt, dass Russlanddeutsche von der Gesellschaft häufig als Ausländer wahrgenommen wurden.

Das angesprochene Problem, in Deutschland als „Russe“ und in Russland als „Deutsche“ wahrgenommen zu werden, wurde in der bisherigen Forschung bereits festgestellt.<sup>205</sup> Die deutsche Bevölkerung und Politik nahmen die Russlanddeutschen zwar als deutsche Aussiedler wahr, aber auch als Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund.

---

<sup>200</sup> Zit. AZ, 30. Juli 2005. S. 12.

<sup>201</sup> Zit. AZ, 3. März 2015.

<sup>202</sup> Zit. Ebd.

<sup>203</sup> Auch ein Bericht der Allgemeinen Zeitung im Jahr 2012 kritisiert das mangelnde Bewusstsein für Russlanddeutsche in der Gesellschaft und der Wahrnehmung als „Russe“. Vgl. AZ, 10. November 2012.

<sup>204</sup> Vgl. AZ, 3. März 2015.

<sup>205</sup> Vgl. Klekowski von Kloppenfels 2014, hier S. 20.

Die Soziologin Maria Savoskul stellt in einem Aufsatz, der unter anderem über die Selbstidentifikation der Russlanddeutschen anhand von Interviews mit 12 Personen, Beobachtung sowie die Analyse von Beiträgen in russischsprachigen Zeitungen in Deutschland handelt, fest, dass Russlanddeutsche zwischen zwei Welten leben. Dies zeigte sich in der Selbstbeschreibung der meisten Interviewpartner:

„Wodurch unterscheiden sich Russlanddeutsche von den Einheimischen? Durch alles. Lieber sollte man nach Ähnlichkeiten fragen. Ähnlich sind nur der deutsche Familienname, die Zugehörigkeit der deutschen Nation, der historischen, in der Tat aber werden wir auch nicht für Deutsche gehalten“ (Frau, zu dem Zeitpunkt 59 Jahre, seit acht Jahren in Deutschland).<sup>206</sup>

Der Geograph Bernhard Köppen, der 188 Aussiedler und Spätaussiedler schriftlich befragte und neun Interviews mit (Spät-)Aussiedlern geführt hat, untersuchte ebenfalls die Selbstidentifikation am Beispiel Rheinland-Pfalz und gelangte zu einem ähnlichen Ergebnis.<sup>207</sup>

Die Herausforderungen der Russlanddeutschen wurden vielfältig wahrgenommen. Vor allem das Phänomen, in Russland und Kasachstan als „Deutsche“ und in Deutschland als „Russe“ wahrgenommen worden zu sein, stach heraus. Dies war immer mit Diskriminierungen verbunden. Die letztlich erfolglosen Verhandlungen zur Wiederherstellung der Autonomen Wolgarepublik fanden ebenso Erwähnung. Dabei wurde eine negative Haltung der deutschen Regierung zu den berechtigten Ansichten der Russlanddeutschen, die Angebote der russischen Regierung seien ungenügend, sichtbar. Die Herausforderungen der Russlanddeutschen in den Herkunftsgebieten wurden vielmehr als drohende Belastung für die Bundesrepublik Deutschlands aufgrund des erwarteten Anstiegs der Zuzugszahlen wahrgenommen.

---

<sup>206</sup> Zit. Savoskul 2006. S. 210.

<sup>207</sup> Vgl. Köppen 2015. S. 127.

#### 4.6 Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik Deutschland

„Rußlanddeutsche sollen bleiben. Aufruf von Bundespräsident Roman Herzog in Moskau“<sup>208</sup> – so lautete einer der Titel in der Mainzer Allgemeinen Zeitung aus dem Jahr 1997 im Kontext eines Besuches des Bundespräsidenten Roman Herzog in Moskau. Dies deutet auf eine mangelnde Aufnahmebereitschaft hin – doch wie gestaltet sie sich wirklich? Im folgenden Teilkapitel wird hierzu die Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik Deutschland in den beiden Zeitungen analysiert.

Zu dem Thema „Aufnahmebereitschaft“ wurde in 33 Artikeln berichtet. Diese sind alle von 1990 bis 2004 erschienen.

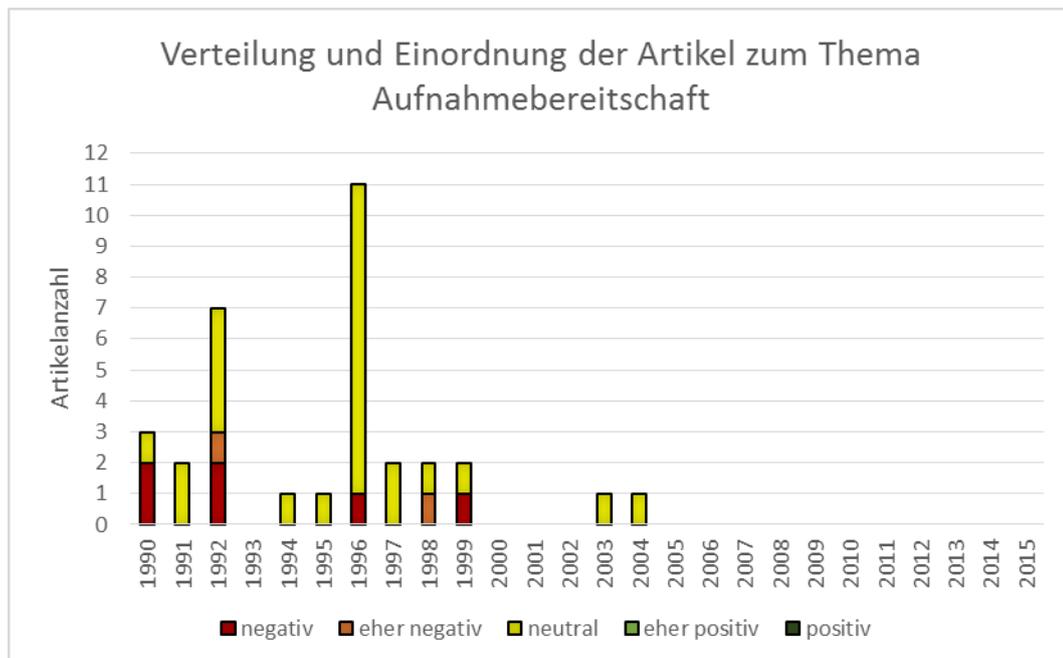


Abbildung 8: Verteilung und Einordnung der Artikel zum Thema Aufnahmebereitschaft.

Mediale Schwerpunkte fanden sich in den Jahren 1992 mit sieben und 1996 mit elf Beiträgen. Grund dafür waren wahrscheinlich die vermehrte Zuwanderung der Russlanddeutschen und die damit entstehenden Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland. Durch den stark gesunkenen Zuzug in den 2000er Jahren fand sich das Thema Aufnahmebereitschaft nach 2004 nicht mehr in den Zeitungen.

<sup>208</sup> Zit. AZ, 3. September 1997. Titelseite.

Ähnlich, wie im vorangegangenen Kapitel, stellt sich die Berichterstattung überwiegend neutral bis negativ dar. 25 Beiträge zu der Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik Deutschland ließen sich auf der Grundlage ihrer Wortwahl als neutral, sechs hingegen als negativ und zwei eher negativ kategorisieren. In diesem Bereich der „Aufnahmebereitschaft“ war darüber hinaus zwar die neutrale Berichterstattung innerhalb der Medien dominierend, doch ist der Inhalt häufig negativer Natur.

Von 1990 bis 1997 wurden die Positionen zu den Russlanddeutschen in der Gesellschaft von Jahr zu Jahr negativer. Zunächst wurde in den beiden Zeitungen die Belastung der Zuwanderung der Russlanddeutschen in der Bundesrepublik Deutschland beschrieben, bis 1996 der Höhepunkt erreicht wurde. In diesem Zusammenhang wurde darüber hinaus vorübergehend von „Russlanddeutschen“ ausdrücklich als Ausländern gesprochen. Die Grenze der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland sei den Artikeln zufolge erreicht; häufig wurde im gleichen Atemzug aber auch eine Fortsetzung der Unterstützung in den Heimatländern versprochen oder gefordert.

Zuerst diskutierte die Bundesregierung über Veränderungen in der Verfahrensweise mit den Spätaussiedlern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Dies spiegelte sich in einer Reihe von Berichten wider. So sei von der SPD der Vorschlag eingebracht worden, die Sozialleistungen zu begrenzen. Dies sei von dem damaligen Innenminister Schäuble (CDU) kritisiert worden.<sup>209</sup> Im Jahr 1991 wollte die SPD Quoten und Fristen einführen, was auf ebenso großen Widerstand stieß.<sup>210</sup>

---

<sup>209</sup> Vgl. AZ, 18. Januar 1990. S. 2.

<sup>210</sup> Vgl. AZ, 22. August 1991. S. 3. Dies erinnert an die moderne Debatte im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“. Ein Beispiel war die Forderung der Spitzenkandidaten Julia Klöckners der CDU bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016, diese einzuführen. Vgl. „Klöckner fordert Tageskontingente für Flüchtlinge“. In: Zeit online. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/deutschland-fluechtlinge-obergrenze-kloeckner> (Letzter Aufruf: 29.04.2017).

<sup>210</sup> Vgl. MRZ, 28. Februar 1996. S. 2.

Vielmehr solle man Anreize für Russlanddeutsche für das Bleiben in ihren Herkunftsgebieten durch Finanzmittel und solidarische Hilfe schaffen.<sup>211</sup>

Im Jahr 1996 intensivierten sich die Diskussionen. Die extremsten Positionen hinterfragten dabei die Staatsangehörigkeit der Russlanddeutschen und stellten ihre Zuwanderung als Bedrohung für die Perspektive der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland dar. Der damalige Ministerpräsident des Saarlands und SPD-Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine äußerte sich kritisch gegenüber der deutschen Staatsbürgerschaft auf der Grundlage der Abstammung. Oskar Lafontaine meinte, die Russlanddeutschen würden den 4 Millionen Arbeitslosen Arbeitsplätze wegnehmen.<sup>212</sup> Auch dies wurde von der CDU/CSU, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen kritisiert. Obwohl der Vorstandssprecher Jürgen Trittin von der „Logik der Rechtsradikalen“ der SPD sprach und somit den Vorschlag ablehnte, erwähnte er zugleich die Befürchtung der Förderung der Ausländerfeindlichkeit.<sup>213</sup> Dies impliziert, dass Russlanddeutsche in der damaligen Zeit als Ausländer wahrgenommen wurden, obwohl sie de jure Staatsangehörige waren.

Die Bundesregierung setzte im Zusammenhang mit dieser politischen Diskussion auf eine „Mut zum Bleiben“ und „Das Tor/die Tür bleibt offen“-Rhetorik, die in der Mainzer Allgemeinen Zeitung sowie der *Mainzer Rhein-Zeitung* regelmäßig diskutiert und zitiert wurde.<sup>214</sup> Man befürchtete, dass es sonst zu einer „Torschlußpanik“<sup>215</sup> kommen würde und die Ankündigung, die Einwanderung einzuschränken, ebendiese befördern würde. Die genannten Metaphern wandelten sich in jener Phase auf

---

<sup>211</sup> Vgl. AZ, 4. April 1992, S. 3. AZ, 24. April 1992, S. 2. AZ, 25. September 1992, S. 3.

<sup>212</sup> Vgl. MRZ, 28. Februar 1996. S. 2.

<sup>213</sup> Vgl. Ebd.

<sup>214</sup> Vgl. AZ, 18. Januar 1990, S. 2. AZ, 23. März 1992, Titelseite. AZ, 25. September 1992, S. 3. AZ, 7. März 1996. AZ, 3. September 1997, Titelseite. Vgl. MRZ, 28. Februar 1996. S. 2. MRZ, 2. April 1996.

<sup>215</sup> Zit. AZ, 18. Januar 1990, S. 2. AZ, 22. August 1991, S. 3. AZ, 4. April 1992, S. 3.

beiden Seiten zu feststehenden Begriffen, die immer wieder rezipiert wurden.<sup>216</sup>

Ein Beispiel für die negative Berichterstattung und die genannte „Mut zum Bleiben“-Rhetorik ist eine Reportage von Christian Burckhardt in der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 9. September 1992. Dieser berichtet von einem Besuch des damaligen Aussiedlerbeauftragten Horst Waffenschmidt (CDU) in einem kasachischen Dorf nahe der Stadt Karaganda. Jener versuchte, „unermüdlich, aber mit wenig Erfolg [...] die Deutschen zum Bleiben zu motivieren, ihnen Mut und Hoffnung einzuflößen.“<sup>217</sup> Es „schlägt ihm jedoch nur Ärger und Verbitterung entgegen.“<sup>218</sup> Verschiedene Bewohner dieses Ortes berichteten von negativen Ereignissen, wie der regelmäßigen Beschimpfung als Faschisten und forderten mehr Unterstützung von der Bundesregierung – ansonsten sei Auswandern ihre letzte Chance. Immer wieder hätte Waffenschmidt erwähnt, die Bundesregierung müsse gar nicht Hilfe schicken, wenn die Russlanddeutschen nach Deutschland auswandern wollten. Außerdem sei die Bundesrepublik nicht in der Lage, so viele aufzunehmen. Später verkündete er, die Bundesregierung lasse sie nicht im Stich.<sup>219</sup>

Die Forschungslage zu der Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik Deutschland ist schwierig. Dennoch werden durch eine Reihe von Untersuchungen Tendenzen sichtbar.

Die Wahrnehmung von Diskriminierung deutet auf Probleme der betroffenen Personen mit der Mehrheitsgesellschaft, hat Aussagekraft

---

<sup>216</sup> Dieses Medienphänomen erinnert an eine unabhängige Entwicklung der letzten Jahre. So wurde beispielsweise Angela Merkels „Wir schaffen das!“ auf allen Seiten der Diskussion ähnlich medial etabliert. Vgl. Kap. 4.1.

<sup>217</sup> Zit. AZ, 9. September 1992. S. 3.

<sup>218</sup> Zit. Ebd.

<sup>219</sup> Vgl. Ebd.

über die Aufnahmebereitschaft und ist Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Forschung.<sup>220</sup>

Der Diskurs der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf die Spätaussiedler wandelte sich in den 1990er Jahren von einem Bild der Opferrolle in den Herkunftsländern sowie dem ethnokulturellen Wert der Zuwanderung zu den sozialen Folgen der Zuwanderung, die in Zusammenhang mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Kriminalität gebracht wurden.<sup>221</sup> Nach Amanda Klekowski von Koppenfels wurde die Aufnahme von Russlanddeutschen von der deutschen Bevölkerung in den 1990er Jahren nur noch widerwillig geduldet.<sup>222</sup>

Die Zeitungen geben ein Bild bis zum Jahr 2004 wieder und verstummen darauf – wie entwickelte sich die Aufnahmebereitschaft seitdem?

Eine Studie des SVR Integrationsbarometers 2012 beschäftigte sich mit genau dieser Frage nach der Wahrnehmung. Das Integrationsbarometer erfasst den Integrationsalltag der Einwanderer. Zuwanderer- und die Mehrheitsbevölkerung wurden zu gleichen Themen befragt. Es wurde im Sommer 2011 in Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main, Berlin-Brandenburg und Halle-Leipzig erhoben. Personen türkischer Herkunft, (Spät-)Aussiedler, Personen aus EU-Staaten und aus europäischen Staaten außerhalb der EU sowie aus Afrika, Asien, Lateinamerika wurden berücksichtigt. 15,5 Prozent der Befragten kamen selbst oder mindestens ein Elternteil als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland. Der Fragebogen untersuchte die soziodemografischen Angaben, Erfahrungen und Einschätzungen in Bereichen des Zusammenlebens, der Integrationspolitik und des Integrationsprozesses,

---

<sup>220</sup> Vgl. Jan Skrobanek: Wahrgenommene Diskriminierung und (Re)Ethnisierung bei Jugendlichen mit türkischen Migrationshintergrund und jugendlichen Aussiedlern. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 27 (2007). S. 268-284, hier S. 268.

<sup>221</sup> Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 135.

<sup>222</sup> Vgl. Klekowski von Koppenfels, Amanda: From Germans to Migrants: Aussiedler Migration to Germany. In: Diasporic Homecomings: Ethnic Return Migrants in Comparative Perspective. Hrsg. v. Takeyuki Tsuda. [o.O.] 2008. S. 103-132, hier 114 ff., S. 126.

Benachteiligungserfahrungen sowie Vertrauen in bestimmte Gruppen und wertete diese für die befragten, verschiedenen Herkunftsgruppen aus.<sup>223</sup>

Im Vergleich mit anderen Zuwanderungsgruppen sahen sich Spätaussiedler insgesamt weniger diskriminiert. Sie nahmen am ehesten eine Benachteiligung in den Bereichen Arbeitsmarkt (23,1 Prozent), Ämter und Behörden (20,4 Prozent) sowie in Bildungsstätten (15,2 Prozent) wahr. In den Bereichen Religionsausübungen (4,2 Prozent) und Freizeitaktivitäten (6,8 Prozent) war das Empfinden von Diskriminierung besonders gering. Dabei konnte insgesamt festgehalten werden, dass die deutsche Bevölkerung einer ethnischen Heterogenität größtenteils skeptischer gegenübersteht als die Zuwandererbevolkerung.<sup>224</sup>

Im Integrationsbarometer des Jahres 2010 gaben außerdem die Spätaussiedler im Vergleich zu anderen Einwanderern die höchste Zufriedenheit mit dem Leben an. Auf einer Skala von 0 bis 3 liegt der Mittelwert ihrer Angaben bei 2,6. Die zweite Generation war mit einem Wert von 2,7 sogar etwas zufriedener.<sup>225</sup>

In beiden Erhebungen wurde ein Integrationsklima-Index aus den „erlebten Integrationsrealitäten“ in der Nachbarschaft, am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und bei sozialen Nahbeziehungen gebildet. Dabei schätzten die Spätaussiedler das Klima des Zusammenlebens tendenziell positiv ein. Auf einer Skala von 0 bis 4, lag der Wert in Westdeutschland im Integrationsbarometer 2012 bei 2,89, 2010 lag er noch bei 2,98, was nach den Autoren statistisch keinen signifikanten Unterschied darstellt.<sup>226</sup>

Nach mehrheitlicher Sicht wurde die öffentliche Integrationsdiskussion zu negativ geführt. Dabei vertrat die Mehrheitsbevölkerung dies vehementer

---

<sup>223</sup> Vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH: Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Ost-West-Vergleich. Berlin 2012. S. 8 f.

<sup>224</sup> Vgl. Ebd. S. 16, S. 32.

<sup>225</sup> Vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten mit Integrationsbarometer 2010. Berlin 2010. S. 48 f.

<sup>226</sup> Vgl. SVR 2012. S. 44.

als die Zuwandererbevolkerung. Die Spätaussiedler bewegten sich mit einem Mittelwert von 1,8 auf einer Skala von 0 (viel zu negativ) bis 4 (viel zu positiv) auf durchschnittlichem Niveau.<sup>227</sup>

Der SVR-Integrationsbarometer 2010 stellte außerdem fest, dass die Spätaussiedler die deutsche Integrationspolitik der letzten fünf Jahre tendenziell positiv wahrnahmen. Auf einer Skala von 0 (wesentlich verschlechtert) bis 4 (wesentlich verbessert) war der Wert bei 2,4.<sup>228</sup>

Während in den 1990er Jahren die Russlanddeutschen viel mehr als Belastung wahrgenommen wurden und die deutsche Bundesregierung im Zuge dessen eine „Mut zum Bleiben“- und „das Tor bleibt offen“-Rhetorik entwickelte, die in der Mainzer Allgemeine Zeitung und Mainzer Rhein-Zeitung rezipiert wurde, schien sich die Aufnahmebereitschaft ab 2004 laut Forschung gebessert zu haben. Dies begründet das Ausbleiben der Artikel ab diesem Zeitpunkt.

#### 4.7 Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen

„Wir dürfen die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen. Es gibt tatsächlich oftmals große Probleme. Immer weniger Aussiedler sprechen Deutsch, in manchen Gemeinden entstehen Ghettos. Dazu kommen Kriminalität, Drogenprobleme, und Konflikte zwischen Aussiedlern und Ausländern.“<sup>229</sup>

So sei die Lage der Russlanddeutschen dem Bundesbeauftragten für Spätaussiedler Jochen Welt zufolge im Jahr 1999. Die Entwicklung der Wahrnehmungen zur Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen ist Untersuchungsgegenstand dieses Teils. Die Artikel über Kriminalität und Drogenkonsum fallen nicht in die Auswertung, sondern werden weiter unten gesondert thematisiert, auch wenn jene ebenso Bewertungen der Integrationsbereitschaft darstellen.<sup>230</sup>

---

<sup>227</sup> Vgl. Ebd. S. 39.

<sup>228</sup> Vgl. SVR 2010. S. 35.

<sup>229</sup> Zit. AZ, 15. Januar 1999. S. 2.

<sup>230</sup> Vgl. Kap. 4.9. Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 167.

Zur Integrationsbereitschaft veröffentlichten die Zeitungen von 1990 bis 2015 12 Artikel. Der erste Bericht erschien im Jahr 1999.

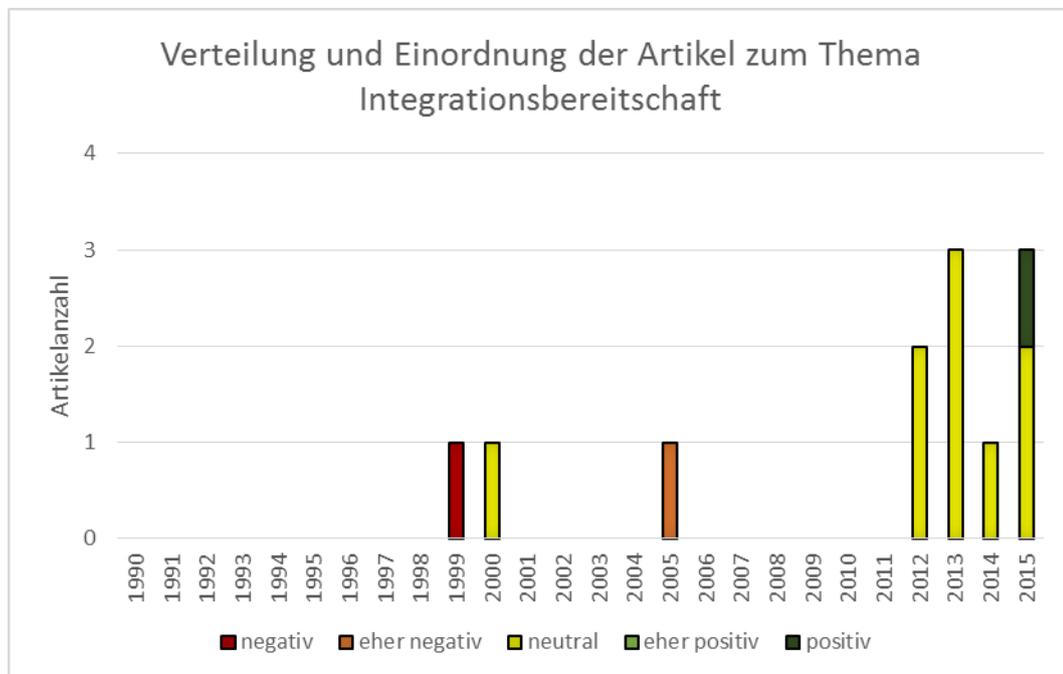


Abbildung 9: Verteilung und Einordnung der Artikel zum Thema Integrationsbereitschaft.

Zwischen 2000 und 2015 schien die Aktualität dieses Themas besonders hoch, da in dieser Zeitspanne die restlichen Presseerzeugnisse entstanden. Gerade zwischen 2012 und 2015 wurden neun Beiträge publiziert, was womöglich auf die an Bedeutung gewonnene Flüchtlingsproblematik ab 2012 zurückzuführen ist.

Sieben Artikel beschäftigten sich mit der Integrationsbereitschaft neutral. Zwei Beiträge waren hingegen negativ oder eher negativ und einer positiv.

Es wurden zwei Phasen in der Art der Berichterstattung ermittelt. Die erste bestand aus den 1990er und dem Beginn der 2000er Jahre. In jener Zeitspanne erschien „der Russlanddeutsche“ in den Zeitungsartikeln als wenig integrationswillig; er habe häufig Drogenprobleme und Sprachkenntnisse fehlen. Die zweite Phase ließ sich auf den Zeitraum von 2012 bis 2015 zu verorten, wo es zu einer Häufung von Artikeln positiver sowie negativer Einzelfälle kam.

In der ersten Phase in dem zuvor zitierten Interview der Mainzer Allgemeinen Zeitung mit dem Bundesbeauftragten für Spätaussiedler Jochen Welt vom 15. Januar 1999 wurden die Schwierigkeiten der Russlanddeutschen in Deutschland beschrieben.<sup>231</sup> Am 30. Juli 2005 wurde von der *Mainzer Rhein-Zeitung* von einer „starken Aussiedlergemeinde in der Römerquelle“<sup>232</sup> in Mainz-Finthen gesprochen. Der Artikel handelte dabei von einem Besuch des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen beim Römerquellen-Treff. Es wurde primär von mangelnden Deutschkenntnissen der Russlanddeutschen berichtet. Eine Bewohnerin, die ursprünglich aus Kolumbien kam, hinterfragte dabei den Integrationswillen von diesen, ein anderer hingegen die Effizienz der Sprachkurse.<sup>233</sup>

Eine Veröffentlichung der Mainzer Rhein-Zeitung vom 9. Oktober 2001 suchte die Ursachen für die Integrationsprobleme der jugendlichen Aussiedler. Dabei wurde über eine sozialpädagogische Fachtagung in Mainz unter dem Titel „Zugewandert! – Integriert?“ berichtet, welche die Ergebnisse einer Umfrage des Landesjugendamtes bei den örtlichen Jugendämtern zur Ermittlung der Integrationsprobleme jugendlicher Aussiedler und deren Ursachen wiedergab. Grund für Probleme seien demzufolge nicht die Jugendlichen selbst, sondern auch andere Faktoren. „Früher meldete man einen jungen Aussiedler bei einem Sportverein an – in der Hoffnung, der Verein werde den Jugendlichen schon integrieren“<sup>234</sup>, berichtete Birgit Zeller, Sozialpädagogin beim Landesjugendamt. Doch

---

<sup>231</sup> Vgl. AZ, 15. Januar 1999. S. 2.

<sup>232</sup> Vgl. MRZ, 30. Juli 2005. S. 12. Wohnsegregation und Kolonienbildung traten im Zeitraum von 1990 bis 2015 auch in anderen Gebieten von Rheinland-Pfalz und Hessen auf. 1987 siedelten beispielsweise 200 Einwanderer aus dem sibirischen Tschugujewka in ein zusammenhängendes Neubaugebiet in Guntersblum und bauten als Anhänger der Pfingstbewegung eine eigene Kirche. Einige wanderten aber bereits in den 1990er Jahren nach Kanada aus. Vgl. Mahlerwein, Gunter: Rheinessen 1816-2016. Die Landschaft – Die Menschen. Mainz 2015. S. 347 f.

<sup>233</sup> Vgl. MRZ, 30. Juli 2005. S. 12.

<sup>234</sup> Zit. MRZ, 22. September 2000. S. 3.

das Außenseiterdasein und die Diskriminierungen von Spätaussiedlerjugendlichen seien dadurch nur verstärkt worden.<sup>235</sup>

Folgt man der Argumentation der beiden untersuchten Zeitungen, so konnten Probleme beim Erlernen der deutschen Sprache zur Kriminalität führen. So wurde am 20. März 2013 in der Mainzer Allgemeinen Zeitung von einem Mann berichtet, der mittlerweile „leidlich“<sup>236</sup> Deutsch sprach. Genauso wurde am 9. Oktober 2001 dargelegt, dass diejenigen, die kriminell wurden, kaum die deutsche Sprache nutzen konnten.<sup>237</sup>

Die zweite Phase war auf den Zeitraum von 2012 bis 2015 zu verorten, wo es zu einer Häufung von Artikeln positiver sowie negativer Einzelfälle kam. Die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in den beiden Zeitungen ist dabei vielschichtiger geworden. Allerdings ist die durchgehende Verwendung des Begriffs „Russlanddeutscher“ bei Veröffentlichungen über Kriminalfälle auffällig. Dies kann zumindest als ein Indiz für eine möglicherweise weiterhin existierende, latente Ausgrenzung der Gruppe angenommen werden.

Bei positiven Presseerzeugnissen wurden demgegenüber verschiedene Wörter gewählt, wie beispielsweise „Deutsche aus der Ukraine“ oder „Deutsche aus Kasachstan“. Als Beispiel für eine solche positive Berichterstattung sei auf einen Artikel über den 27-jährigen Wilhelm L. verwiesen, der die deutsche Sprache lernte, das Abitur erlangte, Polizist wurde und Vorteile aus seiner Zweisprachigkeit zog.<sup>238</sup> Ein weiterer Artikel handelte von einer russlanddeutschen Frau, welche bereits im Herkunftsland Germanistik studierte und ihre Sprachkenntnisse nutzte, um recht bald eine gute Arbeitsstelle zu finden.<sup>239</sup> Dies lässt darauf schließen, dass die Eingewanderten erst als „Deutsche“ wahrgenommen wurden,

---

<sup>235</sup> Vgl. Ebd.

<sup>236</sup> Zit. AZ, 20. März 2013.

<sup>237</sup> Vgl. AZ, 9. Oktober 2001. S. 5.

<sup>238</sup> Vgl. AZ, 16. Oktober 2014.

<sup>239</sup> Vgl. AZ, 8. Dezember 2012.

wenn sie die Sprache erlernt und beruflich erfolgreich waren, sie sich demzufolge assimiliert haben.

Ein negatives Urteil zu den Russlanddeutschen als Gruppe wird demnach von den beiden Zeitungen vor allem in den 1990er und zu Beginn der 2000er Jahren gefällt. Dabei ist bemerkenswert, dass in den Berichten auch von „den Russlanddeutschen“ im Besonderen gesprochen wurde, es kommt zu Verallgemeinerungen. Sie wurden als weniger integrationsbereit wahrgenommen. Zwischen 2012 und 2015 wurden viel mehr Einzelfallberichte über einzelne russlanddeutsche Personen herangezogen. Dabei wurden positive und negative Fälle beschrieben. Sie wurden also vielseitig wahrgenommen. Es wurde außerdem erkannt, dass die Integrationsbereitschaft eng mit den Deutschkenntnissen zusammenhing.<sup>240</sup>

#### 4.8 Sprach-, Integrationskurse und Integrationsprojekte

In diesem Teil der Arbeit werden Sprach- und Integrationskurse sowie die Integrationsprojekte getrennt voneinander thematisiert und aufgeschlüsselt.

In den beiden Zeitungen Mainzer Allgemeine Zeitung und Mainzer Rhein-Zeitung war das Bewusstsein für die Integrationskurse vorhanden. Insgesamt gab es neun Artikel zu Sprach- und Integrationskursen. Davon entfielen fünf auf die Jahre 2012 bis 2014. Genau in dieser Zeitspanne war die Flüchtlingsproblematik innerhalb der EU Thema und gewann in der Bundesrepublik Deutschland an Bedeutung. Zwischen 1996 und 2005 wurden ebenfalls fünf Beiträge verfasst. Es existierte demnach zwischen 2005 und 2011 eine Lücke, was mit dem zurückgegangenen Zuzug der Russlanddeutschen zu begründen ist. Darüber hinaus handelten zwei Beiträge von Sprachkursen in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, vorrangig Russland. Zu Integrationsprojekten gab es elf Berichte, wovon sieben in den Jahren 2012 bis 2015 verfasst worden sind.

---

<sup>240</sup> Wie die Forschung die Sprachkenntnisse der Russlanddeutschen bewertet, wird weiter unten thematisiert. Vgl. Kapitel 4.8.

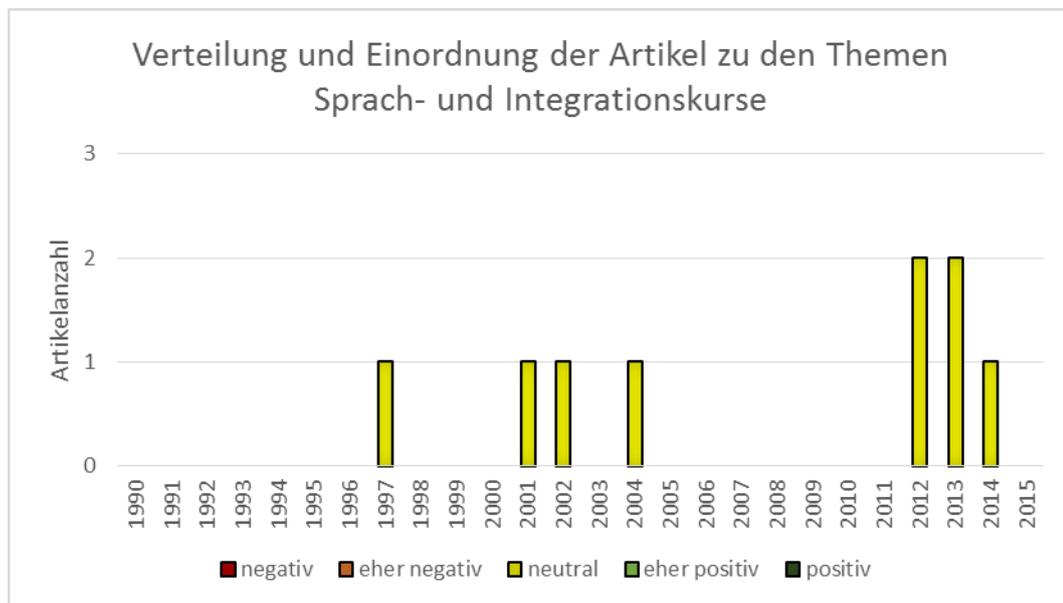


Abbildung 10: Verteilung und Einordnung der Artikel zu den Themen Sprach- und Integrationskurse.

Beide Zeitungen beschäftigten sich mit den Sprach- und Integrationskursen sowie den Integrationsprojekten, über welche durchgehend neutral berichtet wurde. Im Weiteren soll untersucht werden, wie über die Integrationsprojekte geschrieben und wie die Effizienz der Integrationsprojekte und -kurse bewertet wurde.

Sprach- und Integrationskurse wurden bereits im vorherigen Teil der Arbeit thematisiert. Dabei wurde die Befürwortung dieser von der Mehrheitsbevölkerung deutlich. Ein Artikel aus der *Mainzer Rhein-Zeitung* vom 30. Juli 2005 beschrieb jedoch einen Fall in Mainz-Finthen, wo Bewohner sich vereinzelt beschwerten, die Russlanddeutschen würden die dort angebotenen Kurse nicht besuchen.<sup>241</sup>

Es wurden zwei Integrationsprojekte in der Mainzer Allgemeinen Zeitung namentlich erwähnt, deren Inhalte positiv waren. Zum einen die Arbeitslosen-Selbsthilfe Alzey-Worms, die seit 2007 besteht, von Lydia Schner und Barbara Berauer organisiert wird und sich an Spätaussiedler und Neuzuwanderer sowie deren Familien richtet. Gegenstand der

<sup>241</sup> Vgl. Kapitel 4.6.

Beratungen durch die ASH ist, unter anderem, die psychosoziale Unterstützung der Menschen sowie Sprachkurse und Hilfestellung bei alltäglichen Fragen. Außerdem wird eine Berufswegeplanung in Kooperation mit dem Jobcenter der Arbeitsagentur angeboten.<sup>242</sup> Die Wirksamkeit von Integrationsprojekten wurde in einem Artikel der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 9. Oktober 2001 hinterfragt und alternative Lösungsvorschläge vorgebracht.<sup>243</sup>

Verschiedene Studien aus der Forschung befassten sich mit den Sprachkenntnissen der Russlanddeutschen. Sonja Haug und Ingrid Tucci haben aus den Jahren 2008 und respektive 2011 Untersuchungen zu den deutschen Sprachkenntnissen von (Spät-)Aussiedlern für die Jahre 1995 bis 2009 vorgelegt. Diese beruhten auf Daten des SOEP (Sozio-oekonomisches Panel). Es ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung von über 12.000 Privathaushalten in Deutschland. Haug stellte in ihrer Abhandlung fest, dass die Aussiedler im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen aus verschiedenen Ländern ihre Sprachkenntnisse am höchsten einstuften. Außerdem verbesserten sich die Deutschkenntnisse zwischen 1997 und 2003 im mündlichen und schriftlichen Bereich.<sup>244</sup> Tucci konstatierte anhand der Daten des SOEP 2009 darüber hinaus, dass mittlerweile 81 Prozent der Spätaussiedler ihre Sprachkenntnisse als gut oder sehr gut bewerteten, ihre Nachfahren sogar zu 99 Prozent.<sup>245</sup>

In einer weiteren Studie von Sonja Haug und Lenore Sauer aus dem Jahr 2007 wurden in acht deutschen Kommunen etwa 1000 Aussiedler befragt. Dabei sahen diese ihre Deutschkenntnisse größtenteils als ausreichend, um Alltagssituationen zu bewerkstelligen, wie beispielsweise Einkäufe.

---

<sup>242</sup> Vgl. AZ, 11. März 2015.

<sup>243</sup> Vgl. AZ, 9. Oktober 2001. S. 5.

<sup>244</sup> Vgl. Sonja Haug: Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland. Working Paper 14. Nürnberg 2008b. S. 28 f.

<sup>245</sup> Vgl. Ingrid Tucci: Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen. In: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011. S. 198.

Gleichzeitig fiel es den Befragten schwer, Sendungen im Fernsehen oder Radio zu folgen. Im Hinblick auf die Berechnung des Summenindexes aus sechs Lebensbereichen wurde auf einer Skala von null bis sechs (in keinem Bereich kompetent bis in allen sechs Bereichen kompetent) ein Durchschnittswert von 5,42 erreicht. Ein Anzeichen für vorhandene Sprachkenntnisse bei der Studie war, dass nur 33,7 Prozent der männlichen Aussiedler und nur 30,7 Prozent der Aussiedlerinnen den Fragebogen auf Russisch ausfüllten, größtenteils jedoch ältere Menschen.<sup>246</sup>

Neben diesen bisher dargestellten, weitgehend positiven Beispielen, existierten auch negative. Inge Dietrich und Sylvia Selke führten im Jahr 2007 eine Untersuchung zu russlanddeutschen Jugendlichen an Hauptschulen durch, bei denen Hemmungen beim mündlichen Sprachgebrauch festzustellen waren. Außerdem sei die Schriftsprache eine weitere Herausforderung, da sich die russlanddeutschen Schüler auf das lateinische Alphabet umstellen mussten.<sup>247</sup> In der Kommunikation und Interaktion mit Einheimischen konnten daher Probleme aufgrund fehlender Sprachkenntnisse auftreten.<sup>248</sup>

In den bundesweiten Integrationskursen hatten die Russlanddeutschen seit 2005 aufgrund niedriger Zuzugszahlen nur einen kleinen Anteil und erzielten im Hinblick auf die Resultate bei den Prüfungen „Deutsch-Test für Zuwanderer“ Erfolge.<sup>249</sup>

Insgesamt sind positive Entwicklungen im Bereich der Sprachkenntnisse bemerkbar. Gleichzeitig existieren immer noch Probleme, die weitere Integrationsmaßnahmen erfordern, wie beispielsweise eine gezieltere Förderung und Unterstützung der Spätaussiedlerjugendlichen.

---

<sup>246</sup> Vgl. Haug 2008b. S. 44.

<sup>247</sup> Vgl. Dimitri Steiz: Vertraute Fremdheit – fremde Heimat. Deutsche Sprache und soziale Integration russlanddeutscher Spätaussiedler in Geschichte und Gegenwart. Marburg 2011. S. 97.

<sup>248</sup> Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 147.

<sup>249</sup> Vgl. Ebd. S. 144.

#### 4.9 Drogenkonsum und Kriminalität

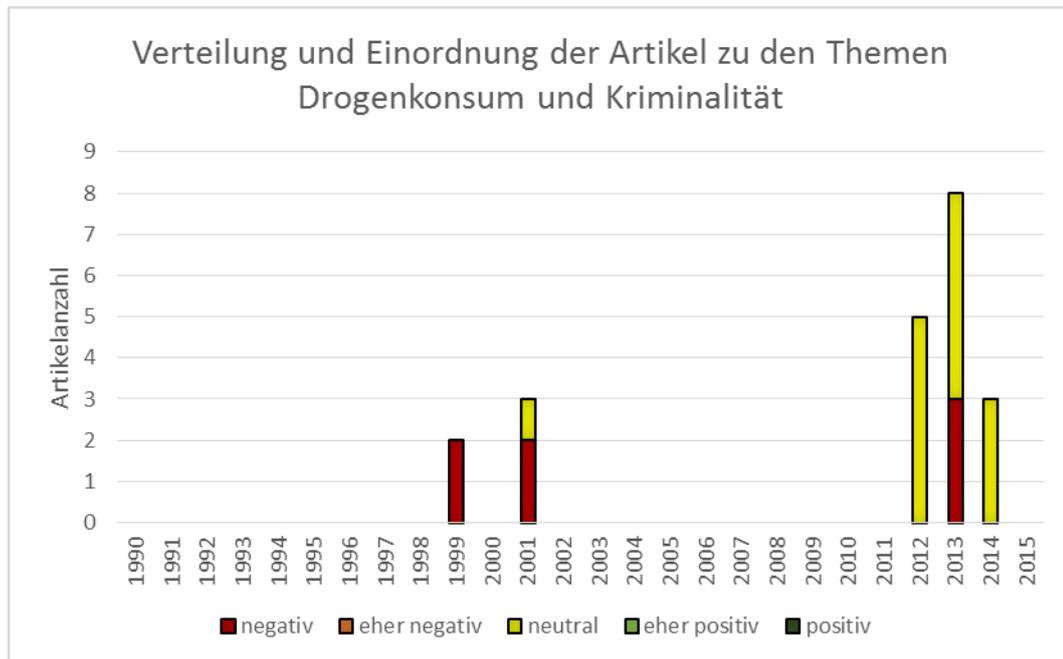
„[D]ie Kriminalität jugendlicher Aussiedler [wird] nicht nur als Ausdruck mangelnder Integrations*maßnahmen* von deutscher Seite gesehen. Vielmehr wird die Kriminalität auf mangelnde Integrations*fähigkeit* der Aussiedler zurückgeführt und diese wiederum auf deren kulturelles Anderssein.“<sup>250</sup>

Zu diesem Schluss kam Soziologin Sabine Zinn-Thomas in einer Studie aus dem Jahr 2006, in der sie eine TV-Reportage des Südwestrundfunks mit dem Titel „Kriminell und nicht integrierbar? Russlanddeutsche in der Provinz“ analysierte, die im November 2003 vom Report Mainz ausgestrahlt wurde. In der Ausstrahlung wurden Befragungen von Bewohnern gezeigt, die sich zu den Russlanddeutschen äußerten. Zeigen sich in der Mainzer Allgemeinen Zeitung und *Mainzer Rhein-Zeitung* andere Erkenntnisse?

Ein großer Schwerpunkt der Berichterstattung wurde in den beiden untersuchten Regionalzeitungen auf den Drogenkonsum und damit verbundene Delikte gelegt. Insgesamt setzten sich 16 Berichte mit dem Thema Kriminalität auseinander, wovon elf auf die Jahre 2013 und 2014 entfielen. Fünf Beiträge beschäftigten sich ausschließlich mit dem Themenkomplex Drogenmissbrauch. Von einer Vergewaltigung wurde in der Allgemeinen Zeitung im Jahr 2013 einmal berichtet, von Geldwäsche und Computerkriminalität zweimal, wobei es sich bei diesen um den gleichen Fall handelte. Zwei Artikel existieren, in denen über Russlanddeutsche als Opfer von Kriminalität berichtet wurde.

---

<sup>250</sup> Zit. Zinn-Thomas 2006. S. 312.



*Abbildung 11: Verteilung und Einordnung der Artikel zu den Themen Drogenkonsum und Kriminalität.*

In den 1990er Jahren und 2001 erschien das Konstrukt der Russlanddeutschen als „das Problem“. Ein Beispiel hierfür bot ein Artikel vom 15. Januar 1999. In einem Interview der Mainzer Allgemeinen Zeitung mit dem Bundesbeauftragten für Spätaussiedler Jochen Welt äußerte dieser sich folgendermaßen: „Wir dürfen die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen. Es gibt tatsächlich oftmals große Probleme [...] Dazu kommen Kriminalität, Drogenprobleme und Konflikte zwischen Aussiedlern und Ausländern.“<sup>251</sup>

Trotz des oben erwähnten Phänomens wurden mittels der etablierten Bewertungsmethoden elf Beiträge in ihrer Wortwahl neutral eingeordnet, nur vier hingegen negativ. Eine leichte Tendenz zum Negativen ließ sich konstatieren. Zuvor wurde in dieser Arbeit bereits dargelegt, dass die „Russlanddeutschen“ in Zeitungsartikeln häufig als „Deutsche“ bezeichnet wurden.<sup>252</sup> In 14 Artikeln zum Thema Kriminalität war die Rede von „Russlanddeutschen“ und in einem erscheint der Begriff „Spätaussiedler“.

<sup>251</sup> Zit. AZ, 15. Januar 1999. S. 2.

<sup>252</sup> Vgl. hierzu Kapitel 4.3.

Die Facette der Kriminalität wurde in Bezug auf Russlanddeutsche häufig hervorgehoben. Das Begriffspaar krimineller Russlanddeutscher wurde auf diese Weise zum Topos. Dies deutet darauf hin, dass sie nicht als Deutsche wahrgenommen wurden.

Die zunehmende Flüchtlingsproblematik seit 2012 dürfte ein Grund für die ansteigende Berichterstattung darstellen.

„Mit Gewalt, Erpressung und Schlägereien kontrollieren sie den Gefängnisalltag [...] 90 Prozent sind drogenabhängig, Geld beschaffen sie sich durch Diebstähle. „Nach außen hin verhalten sich die Russlanddeutschen unauffällig, sind immer höflich“, [...]. Doch nach innen zeichne sich die Gruppe durch eine außergewöhnliche Brutalität aus.“<sup>253</sup>

Die besagte Gruppe nennt sich die „Bewegung der Diebe“, wurde auf diese Weise in einem Artikel vom 9. Oktober 2001 in der Mainzer Allgemeinen Zeitung ausführlich beschrieben und sorgte für großes Aufsehen. Dabei wurde von dem Vorgehen gegen die „Mafia-Strukturen“ in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden berichtet.<sup>254</sup> Zum Beispiel „[...] wurden die Zellenfenster in Nähe der Mauer zusätzlich vergittert, um Schmuggel zu unterbinden.“<sup>255</sup> „Mit verbogenen Kleiderhaken wurden [nämlich] früher über die Gefängnismauer geworfene Drogen „geangelt“.“<sup>256</sup> Es folgte ein Bild der vergitterten Zellenfenster (Darstellungsverzeichnis 12).<sup>257</sup> Aus dem Bild lässt sich jedoch nichts weiteres über die Wahrnehmung der Russlanddeutschen herleiten. Es hatte lediglich einen illustrativen Charakter.

Die Forschung und Kriminologie setzten sich mit der Bewegung der Diebe auseinander. Dabei konnte erkannt werden, dass sie einen Kodex, eine eigene Sprache sowie eine Zeichensprache hat. In den Justizvollzugsanstalten besteht ein Tätowiersystem über Straftat,

---

<sup>253</sup> Zit. AZ, 9. Oktober 2001. S. 5.

<sup>254</sup> Vgl. Ebd.

<sup>255</sup> Zit. Ebd.

<sup>256</sup> Zit. Ebd.

<sup>257</sup> Vgl. Ebd.

Strafdauer, Anzahl von Verurteilungen und den Rang des Trägers. Ein internes Sanktionierungssystem soll Abweichler und „unehrenhafte“ Gefangene, beispielsweise bei Sexualdelikten, bestrafen. Außerdem existiert eine Solidarkasse, in die jeder Inhaftierte einzubezahlen hat und mit der Sucht- und Genussmittel besorgt werden. Mit der sogenannten „Kasjak“-Prozedur wird der Status bestimmt. Neuankömmlinge werden dabei auf persönliche Einstellungen und ihre kriminelle Karriere überprüft. Auf Regelverstöße oder statusreduzierende Delikte folgen Demütigungen, Drohungen oder interne Strafen. Des Weiteren ist jeder Landsmann zur Teilnahme am gemeinsamen Versorgungssystem verpflichtet. Die „Abschtschjak“ ist neben der Funktion als Bank Anlaufstelle für Hilfe suchende Loyale und zugleich Kontrollinstanz gegenüber Illoyalen.<sup>258</sup>

In den Untersuchungen der Kriminologie und wissenschaftlichen Forschung gibt es verschiedene Auffassungen darüber, wie viele jugendliche Russlanddeutsche in den Jugendvollzugsanstalten dieser Vereinigung angehören. Steffen Zdun teilt in seiner Studie die im Gefängnis sitzenden Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion in drei Gruppen ein:

- 1) Diejenigen, die sich der Bewegung der Diebe anschließen
- 2) Die, die sich anderen ethnischen oder multiethnischen Gruppen zugehörig fühlen
- 3) Einzelgänger<sup>259</sup>

Nach einer Analyse von Daniela Hosser und Anabel Taefi im Jahr 2008 konnten 60 Prozent der Aussiedler in verschiedenen Jugendstrafanstalten einer Subkultur zugeteilt werden.<sup>260</sup> Für die jugendlichen Spätaussiedler

---

<sup>258</sup> Vgl. „Gefangenensubkulturen“. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/apuz/32977/gefangenensubkulturen?p=all> (Letzter Aufruf: 22.03.2017).

<sup>259</sup> Vgl. Steffen Zdun: Russlanddeutsche im Jugendstrafvollzug: eine explorative Studie über ethnische Gruppenbildung, Ehre und Gewalt im Strafvollzug. In: Soziale Probleme 23 (2012). S. 67-96, hier S. 90.

<sup>260</sup> Vgl. Hans-Dieter Schwind: Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. Heidelberg 2011. S. 546.

war die Mitgliedschaft in einer Gruppe also von großer Bedeutung. Große Aufmerksamkeit erlangte die „Bewegung der Diebe“ mit ihren Regeln.

Der Großteil der Artikel zu dem Themenbereich „Kriminalität und Drogenkonsum“ sind vor allem im Zeitraum von 2012 bis 2015 entstanden. Das Phänomen der Russlanddeutschen als „das Problem“ erschien nicht mehr. In einem Bericht vom 22. August 2012 aus der *Mainzer Rhein-Zeitung* wurde nur einmal der schwierige Zugang zu Russlanddeutschen bei psychologischen Beratungen thematisiert.

„Hier erhofft man sich künftig einen besseren Zugang zu Gefangenen mit Migrationshintergrund, etwa auch bei Russlanddeutschen, die oft von einer diffusen Obrigkeitsangst geprägt sind.“<sup>261</sup>

Dabei wurde die Ursache dieses Verhaltens – Obrigkeitsangst – erwähnt. Deutlich mehr wurde in den Artikeln von Einzelfällen berichtet, was bereits oben<sup>262</sup> angesprochen wurde.

Eine Studie von Sonja Haug im Auftrag des BAMF aus dem Jahr 2008 beschäftigte sich mit der Aussiedlerkriminalität im Gesamten. Sie fand dabei heraus, dass es keine bundesweiten Statistiken zur Aussiedlerkriminalität gab. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie in einzelnen Orten anderer Bundesländer erfassten Aussiedler als eigene Gruppe. Dabei ist seit Beginn der 2000er Jahre ein Absinken der Kriminalität erkennbar.<sup>263</sup> Rheinland-Pfalz und Hessen machen dies nicht.

Einblicke in die Situation Hessens und Rheinland-Pfalz werden durch wenige Untersuchungen möglich. Eine Aktenanalyse aus dem Jahr 2006 von 1.328 14- bis 63-jährigen Mehrfach- und Intensivtätern in Hessen ging von etwa 10 Prozent Aussiedler, 60 Prozent andere Deutsche, 23 Prozent

---

<sup>261</sup> Zit. MRZ, 22. August 2012. S. 8.

<sup>262</sup> Vgl. Kap. 4.7.

<sup>263</sup> Vgl. Sonja Haug: Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme. Nürnberg 2008a. S. 44; Jedoch sei hier zu erwähnen, dass die Ergebnisse beschränkt belastbar sind, da nicht sicher von einer korrekten Identifizierung der Aussiedler ausgegangen werden kann. Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 175.

Ausländer und rund 7 Prozent Doppelstaater aus. Ob Aussiedler bei den Mehrfach- und Intensivtätern über- oder unterproportional vertreten waren, wurde nicht ersichtlich, da in Hessen keine entsprechenden Daten zur Gesamtbevölkerung existierten. Drogen- oder Alkoholabhängigkeit sind für die Mehrfach- und Intensivtäter mit Aussiedlerhintergrund im Vergleich zu türkischen Mehrfach- und Intensivtätern ein verstärktes Problem.<sup>264</sup>

In Rheinland-Pfalz gibt es nur zur Westpfalz Untersuchungen, zu welcher die Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, die Landkreise Kaiserslautern, Kusel, Südwestpfalz, Teile des Donnersbergkreises und Teile des Landkreises Bad Kreuznach gehören.<sup>265</sup>

Die in den Zeitungsartikeln erwähnte Kriminalität hat insgesamt abgenommen. Dies hängt mit der verbesserten Integration der Russlanddeutschen und mit verbesserten Lebensverhältnissen zusammen.<sup>266</sup>

#### 4.10 Zwischenfazit

Die Ergebnisse zu den Untersuchungen dieses Kapitels lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Bezüglich der Trennschärfe konnte festgehalten werden, dass die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion größtenteils als „Russlanddeutsche“, „Spätaussiedler“, „Aussiedler“ und „Deutsche“ in Erscheinung traten. Die Verwendung der Begriffe hing mit dem zeitlichen Rahmen zusammen. So trat der Begriff „Wolgadeutsche“ nur im Kontext der Verhandlungen zur Autonomie der deutschen Wolgarepublik im Jahr 1992 auf. „Spätaussiedler“ kam erst 1994 durch die Veränderung des Bundesvertriebenengesetzes auf. Dennoch blieb die Bezeichnung „Aussiedler“ noch über Jahre vertreten.

Auch der räumliche Kontext spielte eine Rolle in der Bezeichnung der Russlanddeutschen. So wurden sie, wenn von ihnen im Ausland berichtet

---

<sup>264</sup> Vgl. Ebd. S. 170 f.

<sup>265</sup> Vgl. Haug 2008a. S. 13.

<sup>266</sup> Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 175.

wurde, entweder als „Deutsche“ oder „Deutschstämmige“ bezeichnet. Wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland lebten, wurde meist auf den Begriff „Russlanddeutsche“, „Spätaussiedler“ oder „Aussiedler“ zurückgegriffen. Dadurch wurde eine Abgrenzung zwischen der deutschen Bevölkerung und den Russlanddeutschen offensichtlich, denn letztere waren Teil einer bestimmten Gruppierung innerhalb der deutschen Gesellschaft – sie waren jedoch nicht gleichberechtigter Teil der Mehrheitsgesellschaft.

Die Berichte zum Thema Zuwanderung der Russlanddeutschen erschienen von 1990 bis 2004. In den 1990er Jahren wurde zwar in beiden Zeitungen überwiegend neutral berichtet, allerdings wurde eine negative Tendenz erkannt. Insbesondere der Begriff „Zustrom“, welcher von 1990 bis 1996 besonders präsent war, wurde gesondert untersucht. Diese Metapher trat bereits in den 1980er Jahren mit dem vermehrten Zuzug von Flüchtlingen auf. Sie drückte eine unterschwellige Entmenschlichung und Objektivierung der Russlanddeutschen aus. Die Einwandernden wurden durch diese Terminologie primär als Belastung für die Bundesrepublik Deutschland sowie plakativ als Bedrohung für Arbeitslose wahrgenommen – dies spiegelte sich in der Berichterstattung über die Positionen der Bundespolitiker wider.

Die Aufnahmebereitschaft der Deutschen verschlechterte sich im Zeitraum von 1990 bis 1997 stetig. Einerseits war die große Anzahl der einwandernden Russlanddeutschen Belastung, bis im Jahr 1996 von manchen Bundespolitikern sogar die Staatsangehörigkeit von Russlanddeutschen hinterfragt wurde. Auch wurde über Drogenprobleme und Kriminalität geklagt. Die Aufnahmebereitschaft erlebte einen Tiefpunkt. Um jedoch keine „Torschlußpanik“ und einen weiteren Anstieg der Zuzüge zu provozieren, entstand in der Politik eine „Das Tor bleibt offen“- sowie „Mut zum Bleiben“-Rhetorik, die in vielen Artikeln aufgegriffen wurde. Die ermittelte mangelnde Aufnahmebereitschaft in den 1990er Jahren deckt sich mit dem aktuellen Stand der Forschung.

Die Wahrnehmung der Deutschen in Bezug auf die Herausforderungen der Russlanddeutschen ließ sich wiederum in zwei Phasen einteilen; die erste waren die 1990er Jahre, wo vor allem die Schwierigkeiten im Herkunftsland, wie die nicht wiederhergestellte Wolgarepublik und die Diskriminierung in Russland sowie Kasachstan, thematisiert wurden. Die Positionen der Bundespolitik wurden neutral wiedergegeben. Die Stimmungen in der Bundespolitik waren dabei eher negativ; der Bundesbeauftragte für Aussiedler und somit die Bundesregierung traten mit Unverständnis den Klagen der Russlanddeutschen entgegen. So wurde ein fragwürdiges Angebot Jelzins, die Autonomie schrittweise wiederherzustellen (ohne dabei genaue Nationalkreise zu nennen) und Russlanddeutsche, unter anderem, auf das Territorium des verseuchten Raketentestgeländes „Kapustin Jar“ im Gebiet Astrachan zu verteilen, als „Schritt nach vorn“<sup>267</sup> bezeichnet.

Die zweite Phase war in den 2000er Jahren, in der im Rahmen von Einzelfällen über die schwierige Vergangenheit größtenteils berichtet wird. Erst retrospektiv zeigte man sich mit den Schwierigkeiten der Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion solidarisch. So wurde die Wahrnehmung des Problems, in Russland als „Deutscher“ und in Deutschland als „Russe“ bezeichnet worden zu sein, thematisiert. Dieses Phänomen wurde bereits häufig in der Forschung beschrieben.

Auch in Bezug auf die Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen konnten zwei Phasen festgestellt werden. Die erste waren die 1990er und der Beginn der 2000er Jahre. In jener Zeitspanne wurde der Eindruck vermittelt, dass „der Russlanddeutsche“ wenig integrationswillig war; er hatte häufig Probleme und Sprachkenntnisse fehlten. Die zweite Phase war auf den Zeitraum von 2012 bis 2015 zu verorten, wo es zu einer Häufung von Artikeln positiver sowie negativer Einzelfälle kam. Die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in den beiden Zeitungen ist vielseitiger und positiver geworden. Allerdings fiel bei den Kriminalfällen

---

<sup>267</sup> Zit. AZ, 4. März 1992. Titelseite.

auf, dass durchgehend der Begriff „Russlanddeutscher“ verwendet wurde. Es muss daher von einer weiterhin existierenden, latenten Ausgrenzung der Gruppe ausgegangen werden.

In Anbetracht dessen, dass nur zwei Integrationsprojekte namentlich erwähnt und nur ein Bericht über die Effizienz von Integrationsprojekten im Allgemeinen berichtet, fällt es schwer, zu einem allgemeingültigen Ergebnis zu kommen. Dennoch wird ein Einblick in die Wahrnehmung möglich: Integrationsprojekte wurden von der gesamten Bevölkerung befürwortet. Allerdings kam es zu Kritik hinsichtlich der Wirksamkeit von Integrationsprojekten – dabei wurde die Ursache nicht nur bei den Russlanddeutschen gesucht, sondern auch am Vorhaben überhaupt, Einwanderer integrieren zu wollen.

Bei der Einreise hatte der Großteil der Russlanddeutschen nach Untersuchungen der Forschung kaum Deutschkenntnisse.<sup>268</sup> Anhand von Daten des SOEP untersuchte Sonja Haug im Jahr 2008 die Deutschkenntnisse und erkannte dabei Verbesserungen bei den Deutschkenntnissen zwischen 1997 und 2003 im mündlichen und schriftlichen Bereich.<sup>269</sup> Tucci stellte anhand der Daten des SOEP 2009 fest, dass mittlerweile 81 Prozent der Spätaussiedler ihre Sprachkenntnisse als gut oder sehr gut einstufen, ihre Nachfahren sogar zu 99 Prozent einschätzten.<sup>270</sup> Weiterhin existierende Schwierigkeiten fanden Dietrich und Selke in ihren Untersuchungen zu russlanddeutschen Jugendlichen an Hauptschulen heraus; die Schriftsprache stellte weiterhin Probleme dar, in der Kommunikation und Interaktion mit Einheimischen konnten Probleme aufgrund fehlender Sprachkenntnisse auftreten.<sup>271</sup>

---

<sup>268</sup> Vgl. Jürgen Biehl: Sprachprobleme von Spätaussiedlern, Sprachkenntnisse und Sprachprobleme der Spätaussiedler zum Zeitpunkt der Einwanderung. In: Ines Graudenz, Regina Römhild (Hg.): Forschungsfeld Aussiedler. Ansichten aus Deutschland. Frankfurt am Main 1996. S.175-188, hier S. 176.

<sup>269</sup> Vgl. Haug 2008b. S. 28 f.

<sup>270</sup> Vgl. Tucci 2011. S. 198.

<sup>271</sup> Vgl. Bund (u.a.) 2013. S. 147.

Mit Kriminalität beschäftigten sich 15 Presseerzeugnisse. Die meisten entfielen auf die Jahre 2013 und 2014 mit insgesamt zehn Artikeln. Vor allem Drogenprobleme kennzeichneten die Berichterstattung. In den 1990er Jahren erschien das Konstrukt der Russlanddeutschen als „das Problem“. Seit dem Jahr 2000 ließ sich ein Wandel feststellen: Anstelle der Russlanddeutschen als Gruppe erschienen nun vermehrt Artikel über Einzelfälle. Im Kontext von „Kriminalität“ wurde in beiden Phasen ausschließlich der Begriff „Russlanddeutsch“ verwendet, um die Zugehörigkeit der Kriminellen zu bezeichnen. Die Ausgrenzung der Russlanddeutschen wurde daran deutlich.

## 5. Fazit

„Там рот откроешь – ты немец, здесь рот откроешь – ты уже не немец!“, zu Deutsch: „Öffnest dort den Mund – bist du Deutscher, öffnest hier den Mund – bist du kein Deutscher mehr!“<sup>272</sup>

Diese Äußerung ist von einer Aussiedlerin in einem Interview mit Nina Berend im Rahmen ihrer Studie im Jahr 2014 gefallen und fand sich auch in den Ergebnissen dieser Arbeit wieder. Das Phänomen, in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion als „Deutscher“ und in Deutschland als „Russe“ wahrgenommen worden zu sein, wurde in der Mainzer Allgemeinen Zeitung und *Mainzer Rhein-Zeitung* thematisiert und stellten auch die im Rhein-Main-Gebiet lebenden Russlanddeutschen vor große Herausforderungen.

Gerade seit dem starken Anstieg der Anzahl an Migranten im Jahr 2015 wurde die Hinwendung zum Thema Russlanddeutschen in Deutschland wieder besonders präsent. Der Zuzug der Russlanddeutschen in den 1990er Jahren wies nämlich zahlreiche Parallelen auf, insbesondere mit Hinblick auf die Integrationsmaßnahmen. Den Ablauf von

---

<sup>272</sup> Zit. Berend, Nina: Russlanddeutsche Aussiedler in Deutschland: Ein Überblick. In: Deutsche Sprache. Zeitschrift für Theorie, Praxis und Dokumentation 42 (2014). S. 193-206, hier S. 200.

Integrationsprozessen zu verstehen, ist daher heute genauso wichtig wie damals – diese Arbeit möchte hierzu einen Beitrag leisten.

Im ersten Teil der Arbeit wurden dafür zunächst die Begriffe „Integration“, „Wahrnehmung“ und „Identität“ definiert. Das zweite Kapitel hatte den Begriff „Russlanddeutsch“ als solchen zum Thema, welcher einen Konstruktcharakter vorweist, da er eine ausgesprochen heterogene Gruppe bezeichnete. Die Geschichte der Russlanddeutschen drückt dies durch ihre Auswanderung im 18. Jahrhundert aus. Es sind Menschen, die verschiedenen Konfessionen angehörten und zudem aus verschiedenen Herkunftsregionen separater Gebiete in Russland zuzuordnen waren. Sie lebten isoliert in ihren Gruppen. Die Identität und die Selbstwahrnehmung der Russlanddeutschen unterstreichen diesen Umstand; sie bewegen sich zwischen deutscher und russischer Kultur. Ein Blick auf die geographische Verteilung der Russlanddeutschen im Jahr 1989 verdeutlichte die Schwierigkeit, im Untersuchungszeitraum alle russlanddeutschen Zuwanderer als eine Gruppe zu verstehen. Alle Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion verband die Wanderungserfahrung und die Präsenz der russischen Sprache.

Russlanddeutsche haben als Aussiedler laut dem Bundesvertriebenengesetz seit 1953 ein Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie sich in der Heimat zum deutschen Volkstum bekannt haben.<sup>273</sup> Der Begriff „Russlanddeutsche“ hat dabei keinen rechtlichen Status, sondern wird allgemein für die Nachfahren deutscher Kolonisten verwendet, die in den Nachfolgestaaten der UdSSR lebten.<sup>274</sup> Seit Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes wurden die ab 1993 Einwandernden sowie die vor dem Jahr 1993 Geborenen als Spätaussiedler bezeichnet.<sup>275</sup> Dieses Gesetz führte ebenso zu einer vermehrten Steuerung der Zuzüge durch die Begrenzung auf 220.000 Einwanderer im Jahr. Gründe für die Einwanderung lassen sich vor allem

---

<sup>273</sup> Vgl. Hensen 2009. S. 48.

<sup>274</sup> Vgl. Dietz 1995. S. 13.

<sup>275</sup> Vgl. § 4 Abs. 1 KfbG.

im Zusammenbruch der Sowjetunion und den damit einhergegangenen wirtschaftlichen Problemen in Russland und Kasachstan sowie in der Militärpflicht und dem Zurückdrängen der russischen Sprache in Kasachstan erkennen.

Die Ausgangslage der Russlanddeutschen bei der Ankunft in Deutschland war schwierig – sie verfügten zu großen Teilen kaum über Sprachkenntnisse und Abschlüsse wurden häufig nicht anerkannt. Drogenkonsum und Kriminalität waren unter den russlanddeutschen Zuwanderern verbreitet. Im dritten Teil der Arbeit wurde daher der Blick auf die Integrationsstrategien des Bundes und der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen gelenkt.

Die Forschungslage zu den Bedingungen in Übergangwohnheimen und Integrationskursen sowie Integrationsprojekten in Hessen und Rheinland-Pfalz von 1990 bis 2015 stellte sich dabei für die meisten Themen wenig umfangreich dar und gestattete dabei nur punktuelle Einblicke.

Die Aufnahme der Russlanddeutschen erfolgte über das bundesdeutsche Grenzlager Friedland, von dem aus diese nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel an die Bundesländer verteilt wurden. Der Umgang mit den Zuwanderern unterschied sich im Rhein-Main-Gebiet deutlich, je nach dem welchem Bundesland die Russlanddeutschen zugewiesen wurden. In Hessen existierte ein weiterer Verteilungsschlüssel, der vorschrieb, wie viel Prozent die einzelnen Landkreise oder Städte aufnehmen sollten – in Rheinland-Pfalz lag kein vergleichbares Verfahren vor. Übergangwohnheime für Spätaussiedler werden in Hessen bis zum heutigen Tag betrieben, während sie in Rheinland-Pfalz bis 2007 nach und nach geschlossen wurden. Zur Integration der Russlanddeutschen wurden Integrationskurse angeboten, welche teilweise vom Bund, hier insbesondere mit Finanzmitteln des Europäischen Sozialfonds, aber auch von den Ländern getragen wurden. Die verschiedenen Integrationsprojekte in Rheinland-Pfalz und Hessen umfassten die Förderung der Sprachkenntnisse, der Arbeitsmarktchancen und der

politischen Teilhabe sowie Beratung. Auch Jugendsozialarbeit sowie Vereine der Russlanddeutschen fanden Beachtung. In einigen Aspekten unterschieden sich die Integrationsstrategien der beiden Länder voneinander: Auszeichnend war für Rheinland-Pfalz der Ausbau der politischen Teilhabe von Spätaussiedlern. Das Land Hessen übernahm hingegen die Patenschaft über die Wolgadeutschen, da einige Wolgadeutsche vor über 200 Jahren aus Hessen auswanderten.

Im zweiten Hauptteil der Arbeit wurden die Artikel der Mainzer Allgemeinen Zeitung und der Mainzer Rhein-Zeitung nach den Regeln der quantitativen Inhaltsanalyse bewertet, die Wahrnehmung der Russlanddeutschen dabei im Bezug auf die Trennschärfe bei dem Begriff „Russlanddeutsche“, die Anzahl der Zuzüge, und die Herausforderungen der Russlanddeutschen untersucht. Außerdem wurde die Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik Deutschland analysiert. Wie die Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen, die Sprach- und Integrationskurse sowie die Integrationsprojekte bewertet wurde, war ebenso Thema. Darüber hinaus wurden die Zeitungen im Hinblick auf die Berichterstattung zur Kriminalität betrachtet. Dafür wurden alle Themenkategorien in den historischen Kontext gesetzt. Um zusätzliche Informationen über die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in den Augen der Zeitungsautoren zu erhalten, wurden die Artikel mittels eines Bewertungsverfahrens nach fünf Abstufungen von „negativ“ bis „positiv“ eingeordnet.

In insgesamt 116 Artikeln standen die Russlanddeutschen im Zeitraum von 1990 bis 2015 im Mittelpunkt, davon 103 in der Mainzer Allgemeinen Zeitung und 13 in der Mainzer-Rhein-Zeitung. Nach den genutzten Bewertungskriterien waren zwei Beiträge eher positiv, zwei positiv, drei eher negativ und elf negativ in ihrer Wortwahl gegenüber den Russlanddeutschen, 98 Artikel hingegen neutral. Der Inhalt kann dabei negativ oder positiv sein, auch wenn die Wortwahl neutral ist.

Die Verwendung von bestimmten Wörtern in Bezug auf die Bezeichnung der „Russlanddeutschen“ hing vom räumlichen und zeitlichen Rahmen ab. So kam „Wolgadeutsche“ nur 1992 vor, „Auslandsdeutsche“ 1991 und 1992 sowie „Sowjet-Deutsche/Sowjetdeutsche“ 1992. Außerdem erschien 2015 zweimal „Deutsche aus der Ukraine“ und einmal „Deutsche aus dem Kaukasus“. „Spätaussiedler“ trat erst 1994 nach der Einführung des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes auf. Gleichzeitig wurde ebenso „Aussiedler“ verwendet, wodurch ein Mangel an Präzision festgehalten wurde. Wenn von im Ausland lebenden Russlanddeutschen berichtet wurde, dann wurden sie als „Deutsche“ bezeichnet. Am meisten waren „Russlanddeutsche“ „Spätaussiedler“ und „Aussiedler“ vertreten. Anhand der Artikel kann davon ausgegangen werden, dass die verschiedenen Herkunftsgebiete der Russlanddeutschen aus den verschiedenen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion wahrgenommen wurde. Eine gewisse Trennschärfe wurde demnach erreicht.

In den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre wurde regelmäßig vom Zuzug der Spätaussiedler berichtet und dieser häufig kritisiert. Es entstand die Metapher des „Zustroms“, die ihre Wurzeln aus den 1980er Jahren hatte. Damals war die „das Boot ist voll“-Rhetorik in den Medien weit verbreitet. Dies offenbarte eine Objektivierung und Entmenschlichung der Russlanddeutschen – sie erschienen nicht mehr als hilfsbedürftige Individuen, sondern wurden vielmehr als abstrakte Bedrohung wahrgenommen. Aufgrund stark gesunkener Zuwanderungszahlen wurde darüber seit 2004 nicht mehr berichtet.

Die Erkenntnisse aus dem vorherigen Bereich tauchten ebenso in der Themenkategorie „Aufnahmebereitschaft“ auf. Auch hier wurde die stetig negativer werdende Position der Bundesregierung zu den Russlanddeutschen vor allem von 1990 bis 1997 sichtbar. Anfänglich wurde in beiden Zeitungen die Belastung der Zuwanderung der Russlanddeutschen in der Bundesrepublik Deutschland beschrieben, bis 1996 ein medialer Höhepunkt erreicht wurde. „Russlanddeutsche“ wurden

zu diesem Zeitpunkt als Ausländer wahrgenommen und als solche bezeichnet. Auch ihre scheinbare Bedrohung für einheimische Arbeitslose wurde dabei plakativ hervorgehoben. Dieser lebhaft geführten gesellschaftlichen Debatte entsprang eine „Mut zum Bleiben“ und eine „Das Tor/die Tür bleibt offen“-Rhetorik, die von der Bundesregierung etabliert und in der Mainzer Allgemeinen Zeitung sowie der Mainzer Rhein-Zeitung aufgegriffen wurde.<sup>276</sup>

Im Hinblick auf die Berichterstattung über die Herausforderungen der Russlanddeutschen in den Herkunftsgebieten und in der Bundesrepublik Deutschland waren zwei verschiedene Phasen auszumachen. Die erste Phase bezog sich auf die Zeitspanne der 1990er Jahre, in denen die Darstellung der Probleme im Herkunftsland dominierte. Besonders hervorgehoben wurden dabei die nicht wiederhergestellte Wolgarepublik und die Diskriminierungen in Russland und Kasachstan.

Anhand der Beiträge ließ sich ein Unverständnis der deutschen Bevölkerung bezüglich der Probleme der Russlanddeutschen konstatieren. Das Bild des undankbaren, ungeduldigen Russlanddeutschen entstand. Die zweite Phase lag in den 2000er Jahren. Nur sechs Veröffentlichungen waren in dieser Zeit zu den Herausforderungen der Russlanddeutschen erschienen. Diese berichteten überwiegend von der schwierigen Vergangenheit und hatten den Fokus auf Einzelschicksale. Insgesamt wurden die Russlanddeutschen in den Medien nun positiver dargestellt und ihre Herausforderungen mit einer rückblickenden Solidarität wiedergegeben.

Das Phänomen der zwei Phasen in der Wahrnehmung der Russlanddeutschen fand sich ähnlich auch in Bezug auf die Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen. Die erste Phase deckte die 1990er und der Beginn der 2000er Jahre ab, in denen „der

---

<sup>276</sup> Vgl. AZ, 18. Januar 1990, S. 2. AZ, 23. März 1992, Titelseite. AZ, 25. September 1992, S. 3. AZ, 7. März 1996. AZ, 3. September 1997, Titelseite. Vgl. MRZ, 28. Februar 1996. S. 2. MRZ, 2. April 1996.

Russlanddeutsche“ als gering integrationsbereit mit fehlenden Sprachkenntnissen und Drogenproblemen wahrgenommen wurde. Die zweite Phase war auf den Zeitraum von 2012 bis 2015 zu verorten, in dem die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in den beiden Zeitungen vielschichtiger geworden ist. Es existierten positive und negative Fälle.

Es wurden Effizienzprobleme der Integrations- und Sprachkurse in den Zeitungen gesehen. Der Erfolg von Integrations- und Sprachkursen hing dabei größtenteils mit der Integrationsbereitschaft der Russlanddeutschen zusammen.

Im Bereich der Kriminalität und des Drogenkonsums gab es wiederum zwei Phasen. In den 1990er Jahren wurde der Russlanddeutsche als „das Problem“ empfunden. Solche Verallgemeinerungen kamen in den darauffolgenden Jahren nicht mehr vor, vielmehr wird von Einzelfällen berichtet.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Russlanddeutschen im Verlauf der 25 Jahre tendenziell immer positiver wahrgenommen wurden. Während sie in den 1990er Jahren vor allem als Bedrohung, Belastung und kriminelle Ausländer gesehen wurden, setzte seit 2006 ein gesellschaftliches Umdenken ein. Die Zeitungen berichteten neben der Kriminalität auch über Fälle erfolgreicher Integration; falls von Verbrechen, die von den Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion begangen wurden, berichtet wurde, wurden sie allerdings durchgehend als „Russlanddeutsche“ bezeichnet. Damit wird möglicherweise eine weiterhin existierende Stigmatisierung dieser Gruppe sichtbar. Die Auswahlmethode der Quellen lässt jedoch kein anderes Ergebnis zu. Schließlich wurde bewusst nach Artikeln gesucht, die die Gruppe in irgendeiner Form im Text erwähnen. Womöglich anonyme Nennungen von Kriminellen ohne Herkunftsangabe in anderen Beiträgen konnten daher nicht in die Auswertung einfließen.

Die Geschichte und Identität der Russlanddeutschen ist Bestandteil soziologischer, ethnologischer und geschichtswissenschaftlicher Studien. Auch die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in den Medien wurde mehrfach untersucht.<sup>277</sup> Das Rhein-Main-Gebiet wurde in diesem Feld allerdings noch nicht gesondert betrachtet.

Da die beiden Zeitungen sicherlich nicht das gesamte Feld der Wahrnehmung der Russlanddeutschen im Rhein-Main-Gebiet zeigen, wäre es interessant, in weiteren Studien mehrere Zeitungen einzubinden oder den Untersuchungszeitraum auszuweiten. Ein Vergleich mit anderen Regionen könnte die Ergebnisse dieser Arbeit ergänzen und zu neuen Erkenntnissen führen.

---

<sup>277</sup> Zinn-Thomas 2006. S. 307-320; Stephan Walter: Alexej wagt Kasachstan: Die Darstellung von Russlanddeutschen im deutschen Fernsehen. In: Birgit Menzel (Hg.) Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014. S. 135-154; Olga Schlössler-Müller: Zum Bild der Spätaussiedler in Print-Medien und zur Rolle der Sozialen Arbeit in diesem Zusammenhang. Kiel 2002.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Abkürzungen

AZ = Allgemeine Zeitung

MRZ = Mainzer Rhein-Zeitung

### Quellenverzeichnis

- AZ, 8.           Wissenschaftliche                   Stadtbibliothek                   Mainz,  
Januar           MF 66 2°/3, 128.  
1990,  
9. Januar  
1990,  
11. Januar  
1990,  
18. Januar  
1990,  
22. Januar  
1990,  
24. Januar  
1990.
- AZ, 1.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 130.  
März  
1990.
- AZ, 25.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 142.  
April 1991.
- AZ, 22.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 145.  
August

1991,  
29. August  
1991.

AZ, 16.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 149.  
Januar  
1992,  
3. Februar  
1992.

AZ, 14.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 150.  
Februar  
1992,  
4. März  
1992.

AZ, 21.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 151.  
März  
1992,  
23. März  
1992,  
4. April  
1992.

AZ,    24.    Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz,  
April 1992.      MF 66 2°/3, 152.

AZ, 1. Juni   Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 153.  
1992,  
2. Juni  
1992.

AZ,    11.    Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 154.  
Juli 1992.

AZ, 21.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 155.  
August  
1992,  
2.  
Septembe  
r 1992,  
5.  
Septembe  
r 1992,  
9.  
Septembe  
r 1992.

AZ, 25.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 156.  
Septembe  
r 1992,  
8. Oktober  
1992.

AZ, 3.        Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 157.  
November  
1992.

AZ, 3.        Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 169.  
Januar  
1994.

AZ, 2.        Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz MF 66 2°/3, 184.  
August  
1995.

AZ, 2.        Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 189.  
Januar

1996.

AZ, 29. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 190.

Februar

1996,

4. März

1996,

6. März

1996,

7. März

1996,

12. März

1996.

AZ, 21. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 195.

September  
1996.

AZ, 2. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 196.

Oktober

1996.

AZ, 4. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 200.

März

1997.

AZ, 25. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 202.

April 1997.

AZ, 3. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 206.

September

1997.

AZ, 4. Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 208.

November

1997.

AZ, 3.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 210.

Januar

1998,

2. Februar

1998.

AZ, 2.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 221.

Januar

1999

15. Januar

1999.

AZ, 27.          Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 245.

April 2001.

AZ, 3.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 248.

Septembe

r 2001.

AZ, 9.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 249.

Oktober

2001.

AZ, 5.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 258.

Septembe

r 2002.

AZ, 8.           Wissenschaftliche Stadtbibliothek Mainz, MF 66 2°/3, 264.

Februar

2003.

AZ, 23.          „Wände fallen wie Karten.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
Februar        [https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=551F-](https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=551F-BVM1-JDMN-J3CB&csi=280434&oc=00240&perma=true)  
2012.          BVM1-JDMN-J3CB&csi=280434&oc=00240&perma=true  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).

- AZ, 23. März 2012. „Weniger Fälle, mehr Brutalität“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=557M-H8C1-F13R-83YF&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 10. Mai 2012. „Anrührende Familiensaga“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=55KV-Y9D1-JDMN-J4GS&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 9. Juli 2012. „Fünf Lehrer verabschiedet“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=562N-WSS1-F13R-840G&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 10. November 2012. „Traum von Ferien im Bayerischen Wald.“ In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5713-RYM1-JDMN-J4DT&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 28. November 2012. „Moskauer Zeuge nicht greifbar.“ In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=574Y-7BF1-F13R-830R&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 5. Dezember 2012. „Kaum verwertbare Aussagen“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=576F-2271-JDMN-J10P&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 8. Dezember 2012. „Austausch im "Wohnzimmer"“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5772-XYS1-F13R-80C5&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 15. Dezember 2012. „Arthur tolle Ferienerlebnisse bieten“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=578J-RB41-F13R-83S3&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 9. Januar 2013. „Zündende Ideen und Dauerbrenner“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=57FX-0YM1-JDMN-J18B&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 26. Februar „Raststätte auf der Wanderschaft des Lebens“. In: Allgemeine Zeitung. URL:

2013. <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=57V4-KP41-JDMN-J2P4&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 20.  
März  
2013. „Arbeit vom Mann aus Moskau“. In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=580T-YMC1-JDMN-J4BH&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 2.  
April 2013. „Geheime Konfitüre“. In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=583M-D6P1-F13R-84WX&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 19.  
April 2013. „Ein Rädchen im großen Geschäft.“ In: Allgemeine Zeitung.  
URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5876-XT71-F13R-80DH&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 13.  
Juni 2013. „Bandenmitglieder wollen auspacken“. In: Allgemeine  
Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=58MY-9Y21-F13R-8058&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 29.  
Juni 2013. „Pelmeni" gehen weg wie warme Semmeln. In: Allgemeine  
Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=58SB-VM01-F13R-8147&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 23.  
Juli 2013. „Ein Brennpunkt, besser als sein Ruf“. In: Allgemeine  
Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=58YG-4Y71-JDMN-J3YJ&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 29.  
Juli 2013. „Abschied nach 17 Jahren.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=590S-0251-F13R-807W&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 15.  
August  
2013. „Griechen leben unter sich.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=594C-G651-JDMN-J27Y&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 6. „Ältere und "buntere" Gesellschaft“. In: Allgemeine Zeitung.  
URL:

- September 2013. <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5992-V6V1-F13R-809X&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 25. September 2013. „Das Verbotene als besonderer Reiz“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=59F4-8R11-F13R-811G&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 15. Oktober 2013. „Wir schulden ihm ewigen Dank“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=59KC-PCG1-F13R-8278&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 11. Dezember 2013. „Mit der Axt auf Frau eingeschlagen“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5B1J-6F01-JDMN-J3K9&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 13. Dezember 2013. „Russische Folklore ist das Highlight“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5B20-4VD1-F13R-83F3&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 28. Dezember 2013. „Den berühmten Fresken ganz nah“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5B55-PGV1-JDMN-J09N&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 23. Januar 2014. „Integrationskurs startet bald“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5BBP-Y931-F13R-823H&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 31. Januar 2014. „Oft reicht ein russisch klingender Name“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5BDD-PT31-JDMN-J2BY&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 19. April 2014. „Junge Stadt mit vielen Singles“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5C12-8HC1-JDMN-J1R0&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 23. „Forum zur Interkulturalität“. In: Allgemeine Zeitung. URL:

- Mai 2014. <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5C89-8V01-F13R-84N7&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 3. Juli 2014. „Bundespräsident ehrt Jutta Hager“. In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5CK2-39Y1-F13R-83C7&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 23. Juli 2014. „Der neue Tykwer? Der nächste Fatih Akin?“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5CR9-H0P1-F13R-84D1&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 15. August 2014. „Sechs Leichen im Bordell“. In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5CX6-V4X1-JDMN-J04S&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 19. September 2014. „Noch fehlt es an Wahlhelfern“. In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5D5N-TP41-JDMN-J0HF&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 30. September 2014. „Letzter Aufruf für Bewerber“. In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5D81-GW71-F13R-8358&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 10. Oktober 2014. „Die Stimme von 28 000 Mainzern.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5DB5-74N1-JDMN-J2NV&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 16. Oktober 2014. „Ansprechpartner in Uniform.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5DCF-1ST1-F13R-83TS&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 21. Oktober 2014. „Listen für Integrationsbeirat.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5DDG-WK81-F13R-84YV&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 23. Oktober 2014. „Integration und Migration.“ In: Allgemeine Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5DDX-V0Y1-JDMN-J43T&csi=280434&oc=00240&perma=true>

- (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 22. November 2014. „Partizipation ermöglichen.“ In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5DNB-3YM1-JDMN-J2M5&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 5. Dezember 2014. „Tanz, Gesang und Geschichten“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5DS3-RDC1-F13R-84SN&csi=339117&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 17. Januar 2015. „Zwei Kriege und eine Revolution“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5F38-GD71-JDMN-J07G&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 24. Januar 2015. „Zar, Stalin und Perestroika.“ In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5F4S-8MP1-F13R-806V&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 11. Februar 2015. „Interkulturelle Stadtführung“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5F8K-RW71-JDMN-J2FF&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 3. März 2015. „Zwischen Spargeltopf und Samowar.“ In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5FG0-RNN1-F13R-81CH&csi=339117&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 11. März 2015. „Einfach mal ablegen“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5FGJ-Y101-JDMN-J473&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 20. April 2015. „Weniger bürokratischer Aufwand“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5FT5-4HW1-F13R-83YM&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 25. April 2015. „Ökumene auch im Lutherjahr“ In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5FV8-K1J1-JDMN-J1B4&csi=280434&oc=00240&perma=true> (Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 2. Mai „Mehrheit für Süleyman Taner“. In: Allgemeine Zeitung. URL: <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5FWR>

2015. -N8D1-F13R-854D&csi=280434&oc=00240&perma=true  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 24. „Hochheim braucht Sozialwohnungen“ In: Allgemeine  
Juli 2015. Zeitung. URL:  
<https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5GHB-V4S1-JDMN-J499&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 14. „Ein "Tsunami" der Hilfsbereitschaft“. In: Allgemeine Zeitung.  
September URL:  
r 2015. <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5GXF-9R61-F13R-831W&csi=339117&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- AZ, 23. „In Tadschikistan geheiratet“. In: *Mainzer Allgemeine Zeitung*.  
November URL:  
2015. <https://www.nexis.com/docview/getDocForCuiReq?lni=5HG3-2XY1-F13R-8147&csi=280434&oc=00240&perma=true>  
(Letzter Aufruf: 02.05.2017).
- MRZ, 19. Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 33.  
/20.  
Oktober  
1992.
- MRZ, 14. Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 34.  
November  
1991, 22.  
November  
1991.
- MRZ, 5. Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 36.  
Februar  
1992.
- MRZ, 1. Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 46.  
März  
1993.
- MRZ, 26. Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 74.  
Februar  
1996, 28.  
Februar  
1996, 2./3.  
März  
1996.
- MRZ, 2. Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 75.

- MRZ, 22.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 120.  
September  
r 2000.
- MRZ, 30.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 168.  
Juli 2005.
- MRZ, 22.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 200.  
August  
2012.
- MRZ, 19.      Wissenschaftliche Stadtbibliothek, Mainz, MF 66 2°/50, 204.  
Dezember  
2012.

Aufenthaltsgesetz idF. v. 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt  
geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S.  
1106).

Bundesvertriebenengesetz idF. v. 2. Juni 1993 (BGBl I, S. 829), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl I, S. 2535).

Bundesvertriebenengesetz idF. v. 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010).

Drittes Buch Sozialgesetzbuch -Arbeitsförderung- i.d.F. 24. März 1997.

Hessischer Landtag: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Spätaussiedler in Hessen. Wiesbaden 2004.

Hessischer Landtag: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Schließung von Behördenstandorten der Landesverwaltung. Wiesbaden 2011.

Hessischer Landtag: Kleine Anfrage der Abg. Henzler (FDP) vom 29.05.2002 betreffend Spätaussiedler in Hessen und Antwort der Sozialministerin. Wiesbaden 2002.

Hessischer Landtag: Kleine Anfrage der Abg. Merz, Roth und Ypsilanti (SPD) vom 10.03.2015 betreffend Unterbringungssituation von Asylsuchenden in Hessen und Antwort des Ministers für Soziales und Integration. Wiesbaden 2015.

Hessischer Landtag: Kleine Anfrage des Abg. Hermanns (CDU) vom 22.05.96 betreffend Aussiedlerübergangwohnheim in Langen und Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit. Wiesbaden 1996.

Hessisches Sozialministerium: Integrationsbericht der hessischen Landesregierung 2003. [o.O] 2005.

Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2094).

Landtag Rheinland-Pfalz: Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU -Drucksache 15/1286. Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz. Mainz 2007.

Landtag Rheinland-Pfalz: Gesetzentwurf der Landtagsfraktion SPD: Landesgesetz über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration. Mainz 2008.

Landtag Rheinland-Pfalz: Kleine Anfrage des Abgeordneten Fredy Schäfer (CDU) und Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport. Übergangswohnheime in Rheinland-Pfalz. Mainz 1995.

Landtag Rheinland-Pfalz: Kleine Anfrage des Abgeordneten Fredy Schäfer (CDU) und Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport. Übergangswohnheime in Rheinland-Pfalz. Mainz 1994.

Landtag Rheinland-Pfalz: Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluß des Landtags vom 7. Dezember 1989 zu Drucksache 11/3048. Mainz 1990.

Satzung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. vom 11./12. Oktober 2003.

Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern (Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Februar 1996, BGBl I, S. 225) idF. v. 11. Dezember 2001 zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. Juli 2009 (BGBl I, S. 1694).

Verordnung über die Verteilung von Flüchtlingen, anderen ausländischen Personen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und über die Gebühren für die Unterbringung vom 21. Dezember 2009.

## Literaturverzeichnis

### Onlineliteratur

„Allgemeine Zeitung“. In: Verlagsgruppe Rhein Main. URL: <https://www.vrm.de/produkte-und-services/tageszeitungen/10314196.htm> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

„Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“. In: Rheinland-Pfalz, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. URL: <https://add.rlp.de/de/themen/staat-und-gesellschaft/anererkennung-apostillen/anererkennung-auslaendischer-berufsabschluesse/> (Letzter Aufruf: 04.05.2017).

„Bundesaufnahmestelle Spätaussiedler“. In: Caritasfriedland. URL: <http://caritasfriedland.de/landesaufnahmebehörde/bundesaufnahmestelle-spataussiedler/> (Letzter Aufruf: 04.02.2017).

„Der Integrationskompass. Handlungsfelder und Projekte.“ In: Integrationskompass. URL: <http://integrationskompass.de/hmdj/home/~btm/Handlungsfelder-und-Projekte/> (Letzter Aufruf: 02.03.2017).

„Förderprogramm Garantiefonds.“ In: URL: <https://www.obs-ev.de/programme/foerderprogramm-garantiefonds/> (Letzter Aufruf: 27.04.2017).

„Gefangenensubkulturen“. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/apuz/32977/gefangenensubkulturen?p=all> (Letzter Aufruf: 22.03.2017).

„In eigener Sache“. In: Rhein-Zeitung. URL: [http://www.rhein-zeitung.de/mainzer-rhein-zeitung\\_artikel,-in-eigener-sache-arid,1041274.html](http://www.rhein-zeitung.de/mainzer-rhein-zeitung_artikel,-in-eigener-sache-arid,1041274.html) (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

„IVW: die Auflagenentwicklung der 65 größten deutschen Regionalzeitungen auf einen Blick“. In: Meedia. URL: <http://meedia.de/2015/01/21/ivw-die-auflagenentwicklung-der-65-groessten-regionalzeitungen-auf-einen-blick/> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

„Jugendcafé Lerchenberg“. In: Juvente Mainz. URL: <http://www.juvente-mainz.de/55-0-Jugendcaf+Lerchenberg.html> (Letzter Aufruf: 26.04.2017).

„Klöckner fordert Tageskontingente für Flüchtlinge“. In: Zeit online. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/deutschland-fluechtlinge-obergrenze-kloeckner> (Letzter Aufruf: 29.04.2017).

„Kommunale Beiräte für Integration und Migration.“ In: Gemeinsam Rheinland-Pfalz gestalten. URL: <https://mffjiv.rlp.de/ar/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/kommunale-beiraete-fuer-migration-und-integration/> (Letzter Aufruf: 14.03.2017).

„Liste der vom BAMF zugelassenen Integrationskursträger“. In: DAZ-Netzwerk-Hessen. URL: <http://daz-netzwerk-hessen.e2make.de/liste%20der%20vom%20bamf%20zugelassenen%20integrationskurstr%C3%A4ger.pdf> (Letzter Aufruf: 08.03.2017).

„Nach der Katastrophe von Lampedusa“. In: Tagesschau online. URL: <https://web.archive.org/web/20140108130859/http://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa536.html> (Letzter Aufruf: 07.05.2017).

„Projekt Migrationsberatung“. In: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. URL: <http://lmdr.de/projekt-migrationsberatung/> (Letzter Aufruf: 14.02.2017).

„Rhein-Main-Presse Classic“. In: IVW. URL: <http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1223> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

„Rhein-Zeitung Gesamt“. In: IVW. URL: <http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1190?> (Letzter Aufruf: 25.03.2017).

„Richtlinien Garantiefonds Hochschule“. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/integration-und-chancen-fuer-jungemenschen/garantiefonds-hochschule> (Letzter Aufruf: 27.04.2017).

„Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik:“. In: Bundesregierung. URL: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html> (Letzter Aufruf: 11.03.2017).

„Vorstellung eines neuen Integrationsprojektes der Ortsgruppe Wiesbaden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“. In: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration. URL: <https://soziales.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/vorstellung-eines-neuen-integrationsprojektes-der-ortsgruppe-wiesbaden-der> (Letzter Aufruf: 20.05.2017).

„"Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte" Empfehlungen der Ausländerbeiräte in Hessen“. In: AGAH-Hessen. URL: [http://www.agah-hessen.de/fileadmin/Dokumente/Auslaenderbeiraete/Beschluss\\_zur\\_Weiterentwicklung\\_der\\_Auslaenderbeiraete\\_Stand\\_01.02.2014\\_final.pdf](http://www.agah-hessen.de/fileadmin/Dokumente/Auslaenderbeiraete/Beschluss_zur_Weiterentwicklung_der_Auslaenderbeiraete_Stand_01.02.2014_final.pdf) (Letzter Aufruf: 15.03.2017).

„Wie der ESF funktioniert.“ In: Europäische Kommission. URL: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=525&langId=de> (Letzter Aufruf: 27.04.2017).

## Literatur

Albert Schmid: Zur Integration von Aussiedlern. In: Christoph Bergner/Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitspolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Oldenbourg 2009. S. 67-78.

Alena Petrova: Zur kulturellen Identität der Russlanddeutschen. [o.O] 2003.

Amanda Klekowski von Kloppenfels: Migration von AussiedlerInnen. Wandel der politischen Perspektive. In: Birgit Menzel (Hg.) Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014. S. 19-34.

Amanda Klekowski von Koppenfels: From Germans to Migrants: Aussiedler Migration to Germany. In: Takeyuki Tsuda (Hg.): Diasporic Homecomings: Ethnic Return Migrants in Comparative Perspective. [o.O] 2008. S. 103-132.

Andreas Diekmann: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Hamburg 2014.

Anke Hilbrenner: Russlanddeutsche und andere Zugehörigkeiten: Der Begriff der „Identität“ zwischen Erinnerung und Geschichte. In: Victor Dönninghaus/ Jannis Panagiotidis/ Hans-Christian Petersen: Jenseits der „Volksgruppe“. Neue Perspektiven auf die Russlanddeutschen zwischen Russland, Deutschland und Amerika. Bd. 68. Oldenbourg 2018. S. 29-40.

Barbara Dietz, Peter Hilkes: Rußlanddeutsche: Unbekannte im Osten. München 1992.

Barbara Dietz: Zwischen Anpassung und Autonomie. Rußlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995.

Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion: Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Bearbeitet von Karl-Heinz Ruffmann. Baden-Baden 1987.

Bernhard Köppen: Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz. In: Birte Nienaber, Ursula Roos (Hg.): Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Hannover 2015. S. 111-130.

Birgit Jagusch: Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (VJM) in Rheinland-Pfalz. Bestandsaufnahme – Chancen – Herausforderungen. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Duisburg 2009.

Birgit Menzel (Hg.): Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014.

Birgit Menzel: Identitätsfalle oder Chance? Russlanddeutsche SpätaussiedlerInnen als Sprach- und KulturmittlerInnen. In: Birgit Menzel (Hg.): Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014. S. 67-82.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bericht zur Integrationsgeschäftsstatistik für das Jahr 2015. Nürnberg 2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2012. Nürnberg 2013.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2011. Nürnberg 2012.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Berufsbezogene Deutschförderung. Das ESF-BAMF-Programm. Köln 2013.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Integration voneinander lernen – gemeinsam leben. Integrationskurse – Jahresbilanz 2005 –. Nürnberg 2006.

Caritasstelle im Grenzdurchgangslager Friedland/ Deutsches Rotes Kreuz  
Betreuungsstelle im Grenzdurchgangslager Friedland/ Innere Mission und  
Evangelisches Hilfswerk im Grenzdurchgangslager Friedland e.V.:  
Konzeption der Migrationserstberatung im Grenzdurchgangslager  
Friedland – Niedersächsisches Zentrum für Integration. [o.O] 2007.

Christoph Bergner: Thesen zur Fachtagung „zwei Jahrzehnte Politik für Aussiedler und nationale Minderheiten – Bilanz und Perspektiven“. In: Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.) Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Oldenbourg 2009. S. 23-32.

Cord Pagenstecher: „Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Netzwerk MiRa (Hg.) Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jeder kommen. 2012. S. 123-136.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin 2014.

Dimitri Steiz: Vertraute Fremdheit – fremde Heimat. Deutsche Sprache und soziale Integration russlanddeutscher Spätaussiedler in Geschichte und Gegenwart. Marburg 2011.

Dittmar Dahlmann: Die Deutschen an der Wolga von der Ansiedlung 1764 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In: Deutsche in Russland. Hrsg. v. Hans Rothe. Köln 1996. (Studien zum Deutschtum im Osten 27). S. 1-30.

Dorothea Brommler: Neue Herausforderungen – neue Instrumente? Deutsche Aussiedler-Politik am Scheideweg. In: Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.) Zuhause fremd – Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006. S. 109-129.

Eva Bund (u.a.): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Nürnberg 2013.

Gabriele Rosenthal, Viola Stephan, Niklas Radenbach: Brüchige Zugehörigkeiten. Wie sich Familien von „Russlanddeutschen“ ihre Geschichte erzählen. Frankfurt am Main 2011.

Gunter Mahlerwein: Rheinhessen 1816-2016. Die Landschaft – Die Menschen. Mainz 2015.

Hans-Dieter Schwind: Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. Heidelberg 2011.

Hans Henning Hahn: 12 Thesen zur historischen Stereotypenforschung. In: Hans Henning Hahn, Elena Mannová (Hg.): Nationale Wahrnehmungen und ihre Stereotypisierung. Beiträge zur Historischen Stereotypenforschung. Frankfurt am Main 2009 (Mitteleuropa-Osteuropa Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas 9), S. 15-24.

Hans-Werner Retterath: Endlich daheim? Postsowjetische Migration und kulturelle Integration Russlanddeutscher in Südbaden. Teil 1: Anlage des Forschungsprojektes und Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern. Freiburg 2002.

Hartmut Esser: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt am Main 2000.

Ingrid Tucci: Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen. In: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011.

Jan Skrobanek: Wahrgenommene Diskriminierung und (Re)Ethnisierung bei Jugendlichen mit türkischen Migrationshintergrund und jugendlichen Aussiedlern. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 27 (2007). S. 268-284.

Jannis Panagiotidis: Staat, Zivilgesellschaft 1950-1989. In: Jochen Oltmer (Hg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert. Berlin 2016. S. 895-930.

Josef Ehmer: Migrationen in der historischen Forschung – Themen und Perspektiven. In: Heinz Fassmann, Julia Dahlvik (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Göttingen 2011. S. 89-102.

Jürgen Biehl: Sprachprobleme von Spätaussiedlern, Sprachkenntnisse und Sprachprobleme der Spätaussiedler zum Zeitpunkt der Einwanderung. In: Ines Graudenz, Regina Römhild (Hg.): Forschungsfeld Aussiedler. Ansichten aus Deutschland. Frankfurt am Main 1996. S.175-188.

Jürgen Hesen: Zur Geschichte der Aussiedler- und Spätaussiedleraufnahme. In: Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik. Bilanz und Perspektiven. Oldenbourg 2009. S. 47-61.

Jürgen Kocka: Sozialgeschichte: Begriff, Entwicklung, Probleme. Göttingen 1986.

Jürgen Trabant (Hg.): Sprache der Geschichte. München 2005.

Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: Heimatvertriebene und Spätaussiedler – eine Bereicherung für unser Land. 2. Bericht des Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Wiesbaden 2003.

Landesregierung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2003-2004. Mainz 2005.

Landesregierung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2009-2010. Mainz 2011.

Lydia Klötzel: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung. Die Geschieke einer nationalen Minderheit vor dem Hintergrund des wechselhaften deutsch-sowjetischen/russischen Verhältnisses. München 1997.

Manuela Westphal: Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen. Bielefeld 1997.

Maria Savoskul: Russlanddeutsche in Deutschland. Integration und Typen der ethnischen Selbstidentifizierung. In: Sabine Ipsen-Pitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006. S. 197-222.

Markus Kaiser: Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien. Bielefeld 2015.

Natalie Lochmann: „Unser Volk ist vereint, unser Land unabhängig“ – zum Umgang mit nationalen Identitätsmodellen im postsowjetischen Kasachstan. Mainz 2014.

Nina Berend: Russlanddeutsche Aussiedler in Deutschland: Ein Überblick. In: Deutsche Sprache. Zeitschrift für Theorie, Praxis und Dokumentation 42 (2014). S. 193-206.

Olga Kurilo: Die Lebenswelt der Russlanddeutschen in den Zeiten des Umbruchs (1917-1991). Ein Beitrag zur kulturellen Mobilität und zum Identitätswandel. Essen 2010.

Olga Schlößler-Müller: Zum Bild der Spätaussiedler in Print-Medien und zur Rolle der Sozialen Arbeit in diesem Zusammenhang. Kiel 2002.

Ortfried Kotzian: Wer sind die Russlanddeutschen? Leben, Schicksal und Kultur einer deutschen Volksgruppe im Osten Europas und in Mittelasien. Augsburg 2015.

Peter Hilkes: Die Rußlanddeutschen in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. In: Hans Rothe (Hg.) Deutsche in Russland. Köln 1996 (Studien zum Deutschtum im Osten Bd. 27). S. 151-170.

Philipp Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel 2010.

Regionalverband Rhein-Main: Regionales Monitoring 2015. Daten und Fakten – Metropolregion FrankfurtRheinMain. Frankfurt am Main 2015.

Reinhard Brandt: Bildererfahrungen – von der Wahrnehmung zum Bild. In: Hubert Burda, Christa Maar (Hg.): Iconic Turn. Die neue Macht der Bilder. Köln 2004. S. 44-54.

Rustem Kadyrshanow: Die ethnopolitische Situation im multinationalen Kasachstan. Köln 1996 (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien).

Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006.

Sabine Zinn-Thomas: Kriminelle, junge Spätaussiedler – Opfer oder Täter? Zur Ethnisierung des Sozialen. In: Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006. S. 307-320.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH: Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Ost-West-Vergleich. Berlin 2012.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten mit Integrationsbarometer 2010. Berlin 2010.

Silke Hans: Theorien der Integration von Migranten – Stand und Entwicklung. In: Heinz Ulrich Brinkmann, Martina Sauer (Hg.) Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden 2016. S. 23-50.

Sonja Haug, Lenore Sauer im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern: Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Nürnberg 2007.

Sonja Haug: Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme. Nürnberg 2008a.

Sonja Haug: Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland. Working Paper 14. Nürnberg 2008b.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analysen. Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Bad Ems 2008.

Steffen Zdun: Russlanddeutsche im Jugendstrafvollzug: eine explorative Studie über ethnische Gruppenbildung, Ehre und Gewalt im Strafvollzug. In: Soziale Probleme 23 (2012). S. 67-96.

Stephan Walter: Alexej wagt Kasachstan: Die Darstellung von Russlanddeutschen im deutschen Fernsehen. In: Birgit Menzel (Hg.) Rückkehr in die Fremde? Ethnische Remigration russlanddeutscher Spätaussiedler. Berlin 2014.

Sylvia Hahn: Historische Migrationsforschung. Frankfurt am Main 2012.

Viktor Krieger: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen. Bonn 2015.

Walter Graßmann: Geschichte der evangelisch-lutherischen Rußlanddeutschen in der Sowjetunion, der GUS und in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gemeinde, Kirche, Sprache und Tradition. München 2006.

Wolfgang Stelly, Joachim Walter: Russlanddeutsche im Jugendstrafvollzug – was ist aus ihnen geworden? In: Neue Kriminalpolitik – Forum für Praxis, Recht und Kriminalwissenschaften 22 (2011). S. 50-54.



## Anhang

### Darstellungsverzeichnis

Wohnort	1959	1970	1979	1989
Sowjetunion	1.619.655	1.846.317	1.936.214	2.038.603
RSFSR	820.016	761.888	790.762	842.295
Moldawien	3.843	9.399	11.347	7.335
Ukraine	23.243	29.871	34129	37.849
Kasachstan	659.751	858.077	900.207	957.518
Usbekistan	17.958	33.991	39.517	39.809
Kirgisien	39915	89.834	101.057	101.309
Tadschikistan	32.588	37.715	38.853	32.671
Turkmenien	3.647	4.298	4.561	4.434
Weißrussland	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	3.517
Georgien	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	1.546
Armenien	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	265
Aserbajdschan	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	748
Estland	Ca. 700	Ca. 7.900	3.944	3.466
Litauen	Keine Daten	Keine Daten	2.616	2.058
Lettland	Keine Daten	Keine Daten	3.299	3.783

*Darstellungsverzeichnis 1: Volkszählungsdaten von 1959, 1970, 1979, 1989.*



## Herkunftsstaaten Registrierungen / Verteilungen 1990 bis 2009

Zeitraum	Gesamt	ehemalige UdSSR	Polen	Rumänien	ehemalige CSFR	ehemaliges Jugoslawien	Ungarn	andere Staaten
1990	397.073	147.950	133.872	111.150	1.708	961	1.336	96
1991	221.995	147.333	40.131	32.184	927	450	952	18
1992	230.565	195.629	17.749	16.154	460	199	354	20
1993	218.888	207.347	5.431	5.811	136	119	38	6
1994	222.591	213.214	2.440	6.615	101	176	43	2
1995	217.898	209.409	1.677	6.519	62	178	43	10
1996	177.751	172.181	1.175	4.284	18	73	14	6
1997	134.419	131.895	687	1.777	12	34	14	0
1998	103.080	101.550	488	1.005	17	13	4	3
1999	104.916	103.599	428	855	11	19	4	0
2000	95.615	94.558	484	547	18	0	2	6
2001	98.484	97.434	623	380	22	17	8	0
2002	91.416	90.587	553	256	14	3	3	0
2003	72.885	72.289	444	137	2	8	5	0
2004	59.093	58.728	278	76	3	8	0	0
2005	35.522	35.396	80	39	4	0	3	0
2006	7.747	7.626	80	40	1	0	0	0
2007	5.792	5.695	70	21	5	0	1	0
2008	4.362	4.301	44	16	0	0	1	0
2009	3.360	3.292	45	23	0	0	0	0
<b>1990-2009</b>	<b>2.503.452</b>	<b>2.100.013</b>	<b>206.779</b>	<b>187.889</b>	<b>3.521</b>	<b>2.268</b>	<b>2.825</b>	<b>167</b>



## Herkunftsstaaten Registrierungen / Verteilungen 2010 bis 2015 und Gesamt 1950 bis 2015

Zeitraum	Gesamt	ehemalige UdSSR	Polen	Rumänien	ehemalige CSFR	ehemaliges Jugoslawien	Ungarn	andere Staaten
2010	2.350	2.297	34	15	4	0	0	0
2011	2.148	2.092	33	21	2	0	0	0
2012	1.817	1.782	12	22	1	0	0	0
2013	2.427	2.386	11	30	0	0	0	0
2014	5.649	5.613	23	13	0	0	0	0
2015	6.118	6.096	13	7	0	0	0	2
<b>2010-2015</b>	<b>20.509</b>	<b>20.266</b>	<b>126</b>	<b>108</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2</b>

\* Bulgarien

Zeitraum	Gesamt	ehemalige UdSSR	Polen	Rumänien	ehemalige CSFR	ehemaliges Jugoslawien	Ungarn	andere Staaten
1950-1959	438.225	13.604	292.157	3.454	20.361	57.517	4.400	46.732
1960-1969	221.516	8.571	110.618	16.294	55.733	21.108	3.815	5.377
1970-1979	355.381	56.583	202.718	71.417	12.278	6.205	3.757	2.423
1980-1989	984.087	176.565	632.803	151.161	12.727	3.282	6.622	927
1990-1999	2.029.176	1.630.107	204.078	186.354	3.452	2.222	2.802	161
2000-2009	474.276	469.906	2.701	1.535	69	36	23	6
2010-2015	20.509	20.266	126	108	7	0	0	2
<b>1950-2015</b>	<b>4.523.170</b>	<b>2.375.602</b>	<b>1.445.201</b>	<b>430.323</b>	<b>104.627</b>	<b>90.370</b>	<b>21.419</b>	<b>55.628</b>

Zuzüge von SpätaussiedlerInnen in die Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz 1989 bis 2011

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52
Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011																												
Koblenz (kreisfreie Stadt)	235	375	386	374	280	323	357	249	240	328	225	231	244	230	211	201	289	35	16	11	19	18	19																												
Ahrweiler (Landkreis)	57	189	174	191	113	111	169	166	89	104	129	39	69	78	72	51	75	10	8	0	1	0	1																												
Altenkirchen (Landkreis)	228	589	442	582	501	345	375	307	413	274	255	251	242	163	87	152	68	2	18	10	6	3	0																												
Bad Kreuznach (Landkreis)	106	566	490	507	570	485	372	387	327	387	327	244	223	199	158	182	220	10	16	14	3	9	5																												
Birkenfeld (Landkreis)	58	352	337	495	868	688	760	615	326	215	280	279	218	187	173	99	94	28	4	20	2	2	3																												
Cochern-Zell (Landkreis)	84	484	480	533	259	236	282	159	210	198	80	47	62	57	49	65	0	1	1	1	1	0	0																												
Majenz-Koblenz (Landkreis)	446	950	874	897	1171	751	865	458	541	406	382	189	280	343	349	214	274	28	3	10	2	11	12																												
Neuwied (Landkreis)	416	1156	845	964	920	745	811	395	363	283	247	332	245	228	213	144	8	5	3	9	3	1																													
Rhein-Hunsrück-Kreis (Landkreis)	122	446	1046	1509	1546	1046	1051	581	557	367	323	243	249	149	242	45	80	11	4	10	4	0	0																												
Rhein-Lahn-Kreis (Landkreis)	146	420	449	519	384	568	476	408	407	261	191	278	232	259	182	156	164	7	13	13	9	2	8																												
Westerwaldkreis (Landkreis)	266	779	794	845	860	947	769	379	424	293	387	384	279	392	323	202	222	32	23	7	11	3	0																												
Gesamt:	2164	6305	6317	7416	7472	6215	6287	4104	3897	2992	2730	2442	2430	2302	2174	1590	1670	171	111	99	67	51	49																												
Trier (kreisfreie Stadt)	72	232	122	274	174	174	168	137	140	136	111	120	96	91	59	87	71	6	0	6	6	0	1																												
Berncastel-Wittlich (Landkreis)	56	181	220	274	237	172	260	103	166	127	114	141	128	107	79	73	109	1	6	2	0	0	3																												
Eifelkreis Birgum-Prüm (Landkreis)	31	285	166	186	264	390	320	209	153	163	136	122	72	73	31	48	26	0	2	0	1	0	0																												
Vulkaneifel (Landkreis)	33	329	263	407	427	405	468	454	274	171	162	159	117	70	127	86	23	18	6	3	6	0	6																												
Trier-Saarburg (Landkreis)	84	260	191	205	183	127	208	97	159	128	110	157	49	32	61	66	49	5	1	1	0	6	0																												
Gesamt:	276	1287	962	1346	1285	1268	1424	1000	912	725	633	699	462	373	357	360	278	30	15	12	13	6	10																												
Frankenthal (kreisfreie Stadt)	269	476	254	199	220	162	269	142	112	63	94	103	63	107	79	94	69	6	11	4	10	0	0																												
Kaiserslautern (kreisfreie Stadt)	329	990	672	728	563	823	885	375	359	290	238	145	186	201	139	268	143	22	6	21	20	2	2																												
Landau (kreisfreie Stadt)	95	102	77	49	25	57	27	46	49	66	17	22	22	20	50	15	14	0	1	0	0	0	0																												
Ludwigshafen (kreisfreie Stadt)	253	720	355	247	75	39	75	26	66	41	30	34	34	39	23	10	27	3	0	3	0	0	0																												
Mainz (kreisfreie Stadt)	256	471	234	168	49	40	58	50	16	32	51	32	22	23	14	44	88	34	13	1	3	0	1																												
Neustadt a.d. Weinstr. (kreisfreie Stadt)	263	363	213	244	129	182	143	68	69	55	49	59	64	43	61	44	54	2	5	11	2	1	7																												
Pirmasens (kreisfreie Stadt)	33	141	340	396	482	540	511	325	335	103	78	91	50	62	85	97	53	3	0	1	3	0	0																												
Speyer (kreisfreie Stadt)	284	311	221	269	194	223	207	138	154	67	64	77	102	30	39	57	20	4	6	0	6	1	0																												
Worms (kreisfreie Stadt)	238	420	253	249	267	286	253	190	152	101	120	108	81	52	151	155	181	35	77	25	25	20	21																												
Zweibrücken (kreisfreie Stadt)	64	173	246	300	333	306	251	100	87	39	70	59	48	45	41	46	12	3	3	2	0	0	1																												
Alzey-Worms (Landkreis)	166	446	230	216	130	193	219	172	260	179	152	151	96	139	122	84	81	8	17	0	0	0	4																												
Bad Dürkheim (Landkreis)	89	250	201	170	135	98	140	97	74	41	37	32	40	16	31	32	22	1	0	0	0	0	0																												
Donnersbergkreis (Landkreis)	162	330	424	454	311	338	228	233	249	251	116	118	168	95	101	106	26	5	1	6	2	5	0																												
Germerheim (Landkreis)	116	372	297	392	288	430	323	354	381	226	192	230	258	252	224	163	123	14	21	13	18	9	8																												
Kaiserslautern (Landkreis)	248	624	626	1459	773	714	691	280	231	149	112	75	66	27	67	40	57	14	1	0	2	0	5																												
Kusel (Landkreis)	110	434	301	377	304	477	475	219	243	125	142	102	112	58	101	57	21	0	6	0	1	0	0																												
Rhein-Pfalz-Kreis (Landkreis)	76	145	204	100	112	121	91	41	40	26	30	47	29	37	31	72	5	3	5	0	0	0	4																												
Mainz-Bingen (Landkreis)	147	348	213	240	179	88	97	89	89	40	61	64	50	42	90	13	90	18	4	2	1	9	6																												
Südwestpfalz (Landkreis)	23	138	300	472	258	304	258	132	104	82	42	36	12	29	20	5	0	1	0	0	1	0	0																												
Südliche Weinstraße (Landkreis)	48	188	176	314	223	336	184	201	228	85	78	102	105	80	116	98	40	9	3	10	1	1	0																												
Gesamt:	3219	7442	5837	7071	5021	5757	5385	3278	3298	2061	1773	1687	1608	1337	1585	1500	1126	184	180	100	94	49	59																												
Gesamt Rheinland-Pfalz:	5659	16034	13116	15833	13778	13240	13096	8382	8107	5778	5136	4828	4500	4072	4116	3450	3074	385	306	211	174	106	118																												

Darstellung  
sverze  
ichnis  
4:  
Zuzü  
e von  
Späta  
ussied  
lerInn  
en in  
die  
Städte  
und  
Landkreise  
in  
Rheinland-  
Pfalz  
von  
1989  
bis  
2011.

Träger von Durchgangwohnheimen	Standorte der Durchgangwohnheimen	Kapazitäten	
Land Rheinland-Pfalz	Osthofen, Landesdurchgangwohnheim	390 Pl.	
Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Pfalz e. V.	Ludwigswinkel	90 Pl.	
Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Rheinland/Hessen-Nassau e. V.	Boppard	270 Pl.	
	Idar-Oberstein, Schwesternwohnheim	198 Pl.	
	Meisenheim	54 Pl.	
	Simmertal	44 Pl.	
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Kusel e. V.	Offenbach-Hundheim	50 Pl.	
	Rammelsbach	54 Pl.	
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südliche Weinstraße e. V.	Berg	28 Pl.	
	Hagenbach	40 Pl.	
	Schwegenheim	135 Pl.	
	Wörth, Im Bergfeld	50 Pl.	
Arenberger Caritasvereinigung e. V.	Koblenz-Arenberg	83 Pl.	
Fa. Best gGmbH	Bad Salzig	60 Pl.	
Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.	Lahnstein, Bergstraße	135 Pl.	
Caritasverband für die Diözese Speyer e. V.	Bad Dürkheim	48 Pl.	
	Burrweiler	37 Pl.	
	Dahn	100 Pl.	
	Hauenstein, Elisabethenstraße	52 Pl.	
	Hauenstein, Landauer Straße	36 Pl.	
	Hinterweidenthal	56 Pl.	
	Pirmasens, Friedrichstraße	130 Pl.	
	Ramberg	52 Pl.	
	Schifferstadt	30 Pl.	
	Speyer, St.-Guido-Stiftsplatz	188 Pl.	
	Wilgartswiesen	65 Pl.	
	Caritasverband für die Region Rhein-Mosel-Ahr e. V.	Baar-Wanderath	86 Pl.
		Barweiler	54 Pl.
Honerath		108 Pl.	
Mayen, An Sagnesmühle		240 Pl.	
Mayen, Siegfriedstraße		59 Pl.	
Mendig, Heidenstockstraße		73 Pl.	
Mendig, Teichwiese		75 Pl.	
Ohlenhard		71 Pl.	
Schuld		158 Pl.	
Caritasverband für die Region Trier e. V.		Bernkastel-Wehlen	63 Pl.
	Bollendorf-Weilerbach	84 Pl.	
	Dasburg	56 Pl.	
	Echternacherbrück	112 Pl.	
	Föhren	328 Pl.	
	Freudenburg	62 Pl.	
	Gerolstein, Albertinumweg	204 Pl.	
	Gerolstein, Heiligenstein	86 Pl.	
	Herl	158 Pl.	
	Morbach, Bahnhofstraße	48 Pl.	
	Morbach-Hunolstein	40 Pl.	
	Saarburg	101 Pl.	
	Trier, Dasbachstraße	110 Pl.	
	Trier, Ehranger Straße	61 Pl.	
Trier, Korumstraße	144 Pl.		

Träger von Durchgangwohnheimen	Standorte der Durchgangwohnheime	Kapazitäten
	Trier, Peter-Scholzen-Straße	65 Pl.
	Trier, Saarstraße	80 Pl.
	Wasserliesch	218 Pl.
	Waxweiler	52 Pl.
	Zerf	89 Pl.
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands	Bad Bergzabern, Kurtalstraße	90 Pl.
	Bad Bergzabern, Weinstraße	120 Pl.
	Wörth-Maximiliansau	132 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Rheinland-Pfalz	Altenkirchen	140 Pl.
	Altenkirchen-Honneroth	60 Pl.
	Alzey	82 Pl.
	Bad Breisig, Koblenzer Straße	48 Pl.
	Bad Breisig, Sebastian-Kneipp-Straße	44 Pl.
	Bad Marienberg	100 Pl.
	Cochem-Brauheck	300 Pl.
	Daun	235 Pl.
	Elmstein-Harzofen	46 Pl.
	Hamm	60 Pl.
	Hasselbach	50 Pl.
	Hemmelzen	60 Pl.
	Kaiserslautern	248 Pl.
	Kerpen	90 Pl.
	Leiningen-Lamscheid	40 Pl.
	Neustadt a. d. W., Martin-Luther-Straße	230 Pl.
	Oberwesel	148 Pl.
	Pottum	83 Pl.
	Remagen	99 Pl.
	Rheinböllen-Kleinweidelbach	78 Pl.
	Westerburg	81 Pl.
	Wirges	120 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bernkastel-Wittlich e. V.	Binsfeld	50 Pl.
	Wittlich, Koblenzer Straße	88 Pl.
	Wittlich, Pleiner Weg	100 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Birkenfeld e. V.	Baumholder	180 Pl.
	Birkenfeld	50 Pl.
	Idar-Oberstein, Auf der Idar	90 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bitburg-Prüm e. V.	Neuerburg	136 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Kaiserslautern e. V.	Mackenbach	104 Pl.
	Otterberg	113 Pl.
	Ramstein, Landstuhler Straße	139 Pl.
	Ramstein, Miesenbacher Straße	65 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Koblenz-Stadt e. V.	Dieblich-Mariaroth	78 Pl.
	Koblenz-Stolzenfels	164 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Mainz-Bingen e. V.	Bingen	75 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Mayen-Koblenz e. V.	Burgen, Moselstraße	50 Pl.
	Burgen, Schulstraße	40 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Neuwied e. V.	Rosßbach	73 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Osthofen	Worms-Pfeddersheim	55 Pl.
	Worms-Wiesoppenheim	40 Pl.

Träger von Durchgangwohnheimen	Standorte der Durchgangwohnheime	Kapazitäten
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Pirmasens-Land e. V.	Lemberg	72 Pl.
	Obernheim-Kirchenarnbach	62 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Rhein-Hunsrück e. V.	Damscheid	107 Pl.
	Laubach	114 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Rhein-Lahn e. V.	Kamp-Bornhofen	146 Pl.
	Nastätten	199 Pl.
	St. Goarshausen	158 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Trier-Saarburg e. V.	Zemmer-Daufenbach	50 Pl.
	Zemmer-Schleidweiler	38 Pl.
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Zweibrücken e. V.	Kleinsteinhausen	43 Pl.
	Zweibrücken, Bergstraße	28 Pl.
	Zweibrücken, Dinglerstraße	64 Pl.
Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach	Bad Kreuznach	120 Pl.
	Bruchweiler	56 Pl.
	Büchenbeuren	147 Pl.
	Herrstein	110 Pl.
	Hochstetten-Dhaun	50 Pl.
	Kirn, Amalienstraße	76 Pl.
	Kirn-Kallenfels	80 Pl.
	Kirn-Kirnsulzbach	79 Pl.
	Odenbach, Hochstraße	46 Pl.
	Odenbach, Kümmelgasse	30 Pl.
	Odenbach, Schotelstraße	52 Pl.
	Sargenroth	46 Pl.
	Simmern, Binger Straße	40 Pl.
	Simmern, Vor dem Tor	82 Pl.
Diakonisches Werk für den Kirchenkreis Altenkirchen	Kirchen	132 Pl.
	Weitefeld-Oberdreisbach	44 Pl.
Evangelische Heimstiftung Pfalz	Alsenz, Industriestraße	110 Pl.
	Alsenz, Schulstraße	46 Pl.
	Eisenberg-Stauf	126 Pl.
	Imsbach	60 Pl.
	Rockenhausen	58 Pl.
	Steinbach, Donnersbergstraße	74 Pl.
Steinbach, Marienthaler Straße	74 Pl.	
Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.	Winningen	58 Pl.
Johanniter Wohnstätten gGmbH	Andernach I	115 Pl.
	Andernach II	190 Pl.
	Bürdenbach, Petershof	70 Pl.
	Bürdenbach, Ringstraße	44 Pl.
	Eichen	81 Pl.
	Flammersfeld	58 Pl.
	Oberdreis	50 Pl.
	Vettelschoß	100 Pl.
Waldbreitbach	116 Pl.	
Rheinische Gesellschaft für Innere Mission und Hilfswerk	Zell	82 Pl.
Saarländischer Schwesternverband e. V.	Gries	89 Pl.
	Waldmohr	91 Pl.
Sozialdienst katholischer Frauen e. V.	Koblenz, Kurfürstenstraße	50 Pl.

Träger von Durchgangwohnheimen	Standorte der Durchgangwohnheime	Kapazitäten
Sozialtherapeutische Kette Betreuungsgesellschaft gGmbH	Klingenmünster	110 Pl.
	Pirmasens, Bahnhofstraße	280 Pl.
	Vorderweidenthal	140 Pl.
Stiftung Diakoniewerk Friedenswarte Bad Ems	Bad Ems, Braubacher Straße	74 Pl.
	Bad Ems, Villenpromenade	99 Pl.
	Koblenz, Hohenzollernstraße	142 Pl.
	Lahnstein, Didierstraße	95 Pl.
	Lahnstein, Im Südgrund	110 Pl.
Wohnbau Wittlich GmbH	Nassau, Windener Straße	173 Pl.
	Wittlich, Danziger Straße	160 Pl.
ohne Trägerschaft	Wittlich, Kasernenstraße	120 Pl.
	Antweiler	60 Pl.

*Darstellungsverzeichnis 5: Durchgangsheime in Rheinland-Pfalz 1994-1995.*

Gebietskörperschaften	Anzahl der Spätaussiedler in Übergangwohnheimen Anfang April 2004	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Übergangwohnheimen in Monaten
Darmstadt	120	5
Frankfurt am Main	518 <sup>1</sup>	14
Stadt Offenbach	0	0
Wiesbaden	344	16
Landkreis Bergstraße	542	30
Landkreis Darmstadt-Dieburg	347	14
Landkreis Groß-Gerau	61	6
Hochtaunuskreis	294	30
Main-Kinzig-Kreis	328	10
Main-Taunus-Kreis	360	30
Odenwaldkreis	0	0
Landkreis Offenbach	515	20
Rheingau-Taunus-Kreis	264	10
Wetteraukreis	247	9
Landkreis Gießen	215	8
Lahn-Dill-Kreis	322	13
Landkreis Limburg-Weilburg	171	10
Landkreis Marburg-Biedenkopf	106	6
Vogelsbergkreis	64	9
Stadt Kassel	115	5
Landkreis Fulda	99	4
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	35	6
Landkreis Kassel	114	3
Schwalm-Eder-Kreis	117	6
Landkreis Waldeck-Frankenberg	93	10
Werra-Meißner-Kreis	11	1,5
Hessen gesamt	5.402	275,5

<sup>1</sup> 107 der Stadt Frankfurt am Main zugewiesene Spätaussiedler sind in einer Einrichtung im Odenwaldkreis vorläufig untergebracht.

*Darstellungsverzeichnis 6: Spätaussiedler in Übergangwohnheimen Anfang April 2004 in Hessen.*



Spalte1	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Einzelautoren -2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Agenturmeldungen -2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Keine Angabe -2	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzelautoren -1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Agenturmeldungen -1	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Keine Angabe -1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzelautoren	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	11	6	6
Agenturmeldungen	3	0	14	1	1	1	11	3	1	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Keine Angabe	0	3	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0	0	0	3	1	8	3
Einzelautoren +1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Agenturmeldungen +1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Keine Angabe +1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Einzelautoren +2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Agenturmeldungen +2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Keine Angabe +2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1

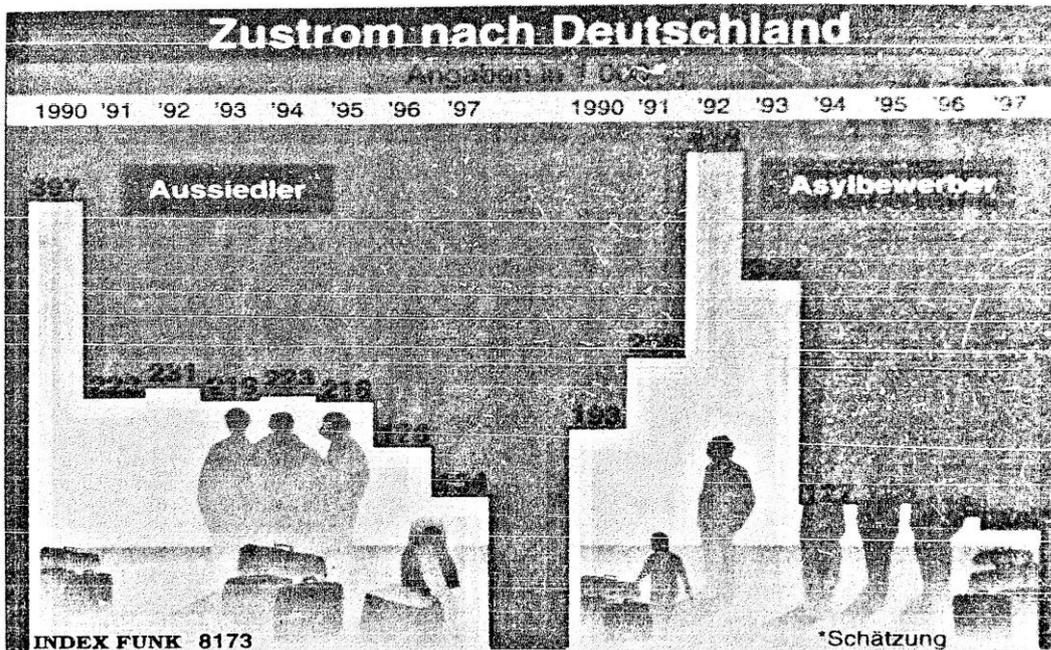
Darstellungverzeichnis 7: Verteilung der Autorenschaft von 1990 bis 2015 und der Bewertung der Texte.

Alarmierend
Angeblich
Angst
Drohen
Eifersüchtig
Eindringen
<b>Frustrierte</b> Jugendliche in Gangs
gebrochenes Schwabendeutsch
gefährliche Körperverletzung
Ghetto
glorifizierte Urheimat (kontextbezogen)
Grenze der Belastung
Heftig
Hoffnung auf neues Leben vielfach enttäuscht
jedoch <b>nur</b> Ärger
Klischee Wodka
Knast
leidlich Deutsch sprechen
Mut und Hoffnung einflößen
Nach Arm grabschend
Prostituierte
Radikaler Flügel
Scheitern
So einfach ist es also, in Deutschland Geld zu verdienen?
Streithähne
Töten
Unermüdlich, aber mit wenig Erfolg, zum Bleiben motivieren
Vergewaltigung
Verschlechtern
Welle
Zahlreiche Fälle von Geldwäsche und Computerkriminalität
Zerren
Zustrom

*Darstellungsverzeichnis 8: Klassifikationsliste zur Bewertung der Artikel; negativ.*

Positive Wörter
bereichern Kultur
Chance
Deutsche
drastische Veränderungen
gelebte Integration
Große Entbehrungen
gut für Wirtschaft
gutes Einleben
nie Lebensfreude verloren
Strapazen
verbessern ihre Kenntnisse
von Russischkenntnissen profitieren

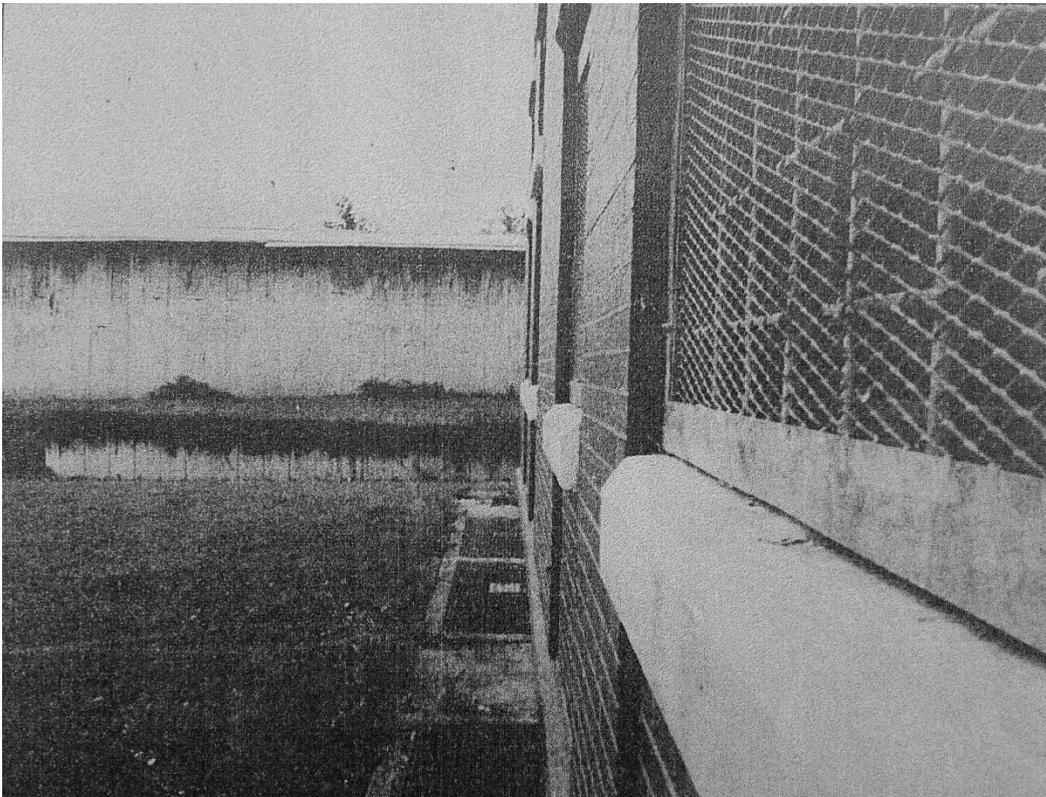
Darstellungsverzeichnis 9: Klassifikationsliste zur Bewertung der Artikel; positiv.



Darstellungsverzeichnis 10: Zustrom nach Deutschland.



*Darstellungsverzeichnis 11: Anstehen für Ausreisevisa.*



*Darstellungsverzeichnis 12: Zellenfenster in Mauernähe sind zusätzlich vergittert.*



### Eidesstattliche Erklärung

Gemäß § 15, Abs. 9 der Ordnung für die Prüfung in den  
Masterstudiengängen der Fachbereiche 02, 05 und 07 an der Johannes  
Gutenberg-Universität

erkläre ich, Sophia Sonja Guthier (Matr.-Nr.: 2715540), hiermit,

dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen  
als die

angegebenen Quellen oder Hilfsmittel (einschließlich elektronischer  
Medien und

Online-Quellen) benutzt habe.

Mainz, 20.05.2017, \_\_\_\_\_